



36. Sitzung

am Dienstag, dem 3. Februar 2015, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 2820

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
Staatssekretär **Albert Füracker** und **Johann Häusler** 2820

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
"Weg mit den Blockaden, her mit den Entscheidungen: Bahn frei für die Energiewende!"

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 2820
Markus Blume (CSU)..... 2821
Natascha Kohnen (SPD)..... 2823
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 2826
Sandro Kirchner (CSU)..... 2827 2828 2829
Martin Stümpfig (GRÜNE)..... 2829
Erwin Huber (CSU)..... 2830
Staatsministerin Ilse Aigner..... 2831 2832

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Beschluss..... 2832

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz I - Vergleichbare Klimaschutzziele für Bayern (Drs. 17/3597)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/4947)

und

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz II - Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für Bayern (Drs. 17/3598)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/4950)

und

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz III - Ehrliches Treibhausgas-Monitoring und Klimaschutzbeitrag für Bayern (Drs. 17/3599)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/4951)

und

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz IV - Langfristige, verbindliche Klimaschutzziele für Bayern bis 2050 (Drs. 17/3600)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/4952)

und

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz V - Konzept für die Reduzierung der CO2-Emissionen im Verkehr
 (Drs. 17/3601)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
 (Drs. 17/4953)

Harry Scheuenstuhl (SPD).....	2833 2840
Tanja Schorer-Dremel (CSU).....	2834 2835 2836
Florian von Brunn (SPD).....	2836 2843
Benno Zierer (FREIE WÄHLER).....	2836
Martin Stümpfig (GRÜNE).....	2837 2839 2842
Hans Ritt (CSU).....	2839 2840
Staatsministerin Ulrike Scharf.....	2840 2843
Beschluss en bloc.....	2844

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfassungsauftrag ernstnehmen - Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement umsetzen
 (Drs. 17/3718)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
 (Drs. 17/4647)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER).....	2844
	2846 2847
Dr. Gerhard Hopp (CSU).....	2845 2846 2847
Ruth Waldmann (SPD).....	2847
Kerstin Celina (GRÜNE).....	2848
Namentliche Abstimmung.....	2856
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2).....	2862

Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller u. a. (SPD)
Pflege besser machen - Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsumlage zügig einführen!
 (Drs. 17/4059)

Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 17/4942)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen II Ausbildungsumlage zur solidarischen Finanzierung der betrieblichen Ausbildung einführen
 (Drs. 17/552)

Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 17/4934)

Doris Rauscher (SPD).....	2849 2854
Ulrich Leiner (GRÜNE).....	2850
Bernhard Seidenath (CSU).....	2851
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER).....	2852
Hermann Imhof (CSU).....	2853 2854
Staatsministerin Melanie Huml.....	2855

Namentliche Abstimmung zum SPD-Antrag 17/4059..... 2856

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Antrag 17/552..... 2856

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/4059
 (s. a. Anlage 3)..... 2856

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/552
 (s. a. Anlage 4)..... 2856

Mitteilung gem. § 38 Satz 6 und 7 i. V. m. § 26 Abs. 2 GeschO betr. Wechsel in der Richter-Wahl-Kommission und gem. § 26 Abs. 2 GeschO betr. Wechsel im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen..... 2856

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bestandsstreckenausbau statt S-Bahn-Ver-schwenk Fürth (Drs. 17/3198)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/4962)

Markus Ganserer (GRÜNE).....	2857 2860
Eberhard Rotter (CSU).....	2858
Bernhard Roos (SPD).....	2859
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER).....	2859
Staatssekretär Gerhard Eck.....	2860 2861

Namentliche Abstimmung..... 2861

Erklärung gemäß § 133 Abs. 2 GeschO

Horst Arnold (SPD)..... 2861

Erklärung gemäß § 133 Abs. 2 GeschO

Petra Guttenberger (CSU)..... 2862

Ergebnis der namentlichen Abstimmung

(s. a. Anlage 5)..... 2862

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten
(Drs. 17/2872)

Beschlussempfehlung des

Verfassungsausschusses (Drs. 17/4931)

Claudia Stamm (GRÜNE)..... 2862 2864

Dr. Franz Rieger (CSU)..... 2863 2864

Horst Arnold (SPD)..... 2865

Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 2866

Staatsminister Prof. Dr.

Winfried Bausback..... 2867

Beschluss..... 2868

Eingabe

betreffend "Ablehnung der geplanten 3. Start- und Landebahn am Flughafen im Erdinger Moos" (WI.0523.16)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 2868

Dr. Otmar Bernhard (CSU)..... 2869

Natascha Kohlen (SPD)..... 2871

Benno Zierer (FREIE WÄHLER)..... 2872 2873

Staatsminister Dr. Markus Söder..... 2873 2876

Katharina Schulze (GRÜNE)..... 2875 2876

Namentliche Abstimmung..... 2877

Ergebnis der namentlichen Abstimmung

(s. a. Anlage 6)..... 2884

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Christoph Rabenstein, Günther Knoblauch u. a. (SPD)
Behördenverlagerungen in die ländlichen Räume (Drs. 17/2585)

Beschlussempfehlung des

Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/4960)

Annette Karl (SPD)..... 2877

Walter Nussel (CSU)..... 2878

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) 2879 2880

Michael Hofmann (CSU)..... 2879

Claudia Stamm (GRÜNE)..... 2880 2881

Jürgen W. Heike (CSU)..... 2881

Staatsminister Dr. Markus Söder..... 2881 2883

Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 2883

Beschluss..... 2884

Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Volkmar Halbleib u. a. (SPD)
Prioritätenlisten der großen Bauvorhaben
(Drs. 17/4361)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses

(Drs. 17/4698)

Dr. Herbert Kränzlein (SPD)..... 2884

Georg Winter (CSU)..... 2885

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 2886

Claudia Stamm (GRÜNE)..... 2886 2887

Staatssekretär Johannes Hintersberger.. 2887 2888

2889

Harald Güller (SPD)..... 2888

Beschluss..... 2889

Schluss der Sitzung..... 2889

(Beginn: 14.03 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 36. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

(Natascha Kohnen (SPD): Die stehen alle draußen!)

Bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, darf ich noch zwei Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Heute haben Herr Staatssekretär Albert Füracker und der Kollege Johann Häusler Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen des Hohen Hauses und persönlich wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarische Arbeit.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, weise ich darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 3 entfällt, da der Antrag im letzten Plenum am 29. Januar noch abschließend beraten werden konnte.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
"Weg mit den Blockaden, her mit den Entscheidungen: Bahn frei für die Energiewende!"**

Über die Regeln der Aktuellen Stunde brauche ich Sie nicht weiter aufzuklären; sie sind bekannt. Eine Einsichtnahme in die Geschäftsordnung klärt alle Zweifel.

Erster Redner ist der Kollege Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage vor, wir warten, bis derjenige hier im Hohen Haus anwesend ist, der für die Energiepolitik verantwortlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Er soll nicht draußen einen kleinen Energiedialog abhalten, sondern hier Platz nehmen und erklären, wie es bei Energiewende weitergeht.

(Zuruf von der SPD: Das ist einfach unhöflich!)

Ich würde sagen, wir warten, bis der Ministerpräsident hereinkommt, Platz nimmt und an der Debatte teilnimmt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Zeit läuft aber! Dann können Sie nicht mehr reden!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Hartmann, es ist die freie Entscheidung des Ministerpräsidenten, ob er Ihrer Rede lauscht oder nicht.

(Natascha Kohnen (SPD): Es geht um Respekt!)

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Es geht nicht um meine Rede, sondern es geht um den Respekt gegenüber dem Hohen Haus, das sich heute mit der Energiepolitik in Bayern auseinandersetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich freue mich, dass der Ministerpräsident jetzt mit einer gewissen Verspätung hereingekommen ist.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, 100 Stunden Meinungs austausch, 2.000 Liter Kaffee und 3.000 Butterbrezen und Krapfen: Die SZ hat den Energiedialog als ein dreimonatiges Kaffeekränzchen bezeichnet. Sie sprechen von Energiedialog.

Der Zweck der Veranstaltung war von Anfang an klar; es ging darum, Zeit zu gewinnen, in der weiterhin verdeckt wird, dass die Staatsregierung – genau genommen der Ministerpräsident – nicht den Mut hat, die nötigen Entscheidungen zu treffen. Er hat schlichtweg nicht den Mut, den Weg für die Energiewende in diesem Land frei zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach drei Monaten Energiedialog sind wir eigentlich noch bei dem gleichen Zustand wie im Herbst 2013. Wir wissen weiterhin, dass wir, wenn wir 100 % erneuerbare Energien möchten, den Stromnetzausbau auch in Bayern brauchen. Es hat sich nichts geändert. Lieber Horst Seehofer, Ihre Meinungen sind sehr wechselhaft; aber die Gesetze der Physik setzen Sie nicht außer Kraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Seehofer, die Gaskraftwerke waren schon im Herbst 2014 nicht wirtschaftlich und dienen nicht dem Klimaschutz – das wussten wir bereits im Herbst 2014 –, und sie bringen uns in weitere Abhängigkeit vom Erdgas. Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Blockade der Energiewende in Bayern sorgen Sie dafür, dass Bayern noch mehr vom Strom aus anderen Bundesländern abhängig wird.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich hoffe, dass Sie jetzt zuhören und die Begrüßung Ihrer Fraktionskollegen beendet haben. Es sind ohnehin nicht viele Kollegen anwesend.

(Zuruf von der CSU: Was soll denn das? – Weitere Zurufe)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, erst betreiben Sie in Bayern eine sinnbefreite Energiepolitik, eine Energiepolitik, die wirklich das Wort Chaos verdient. Jetzt sagen Sie nur: Das muss Berlin lösen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, verantwortungsloser geht es nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Glauben Sie denn wirklich, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bereit sind, für den Strom aus Gaskraftwerken einen höheren Preis zu zahlen, weil wir einen Ministerpräsidenten haben, der keine Windräder, keine Stromleitungen und keine Pumpspeicherkraftwerke haben möchte?

(Volkmar Halbleib (SPD): Was will er denn?)

Halten Sie die Menschen wirklich für so dumm?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihre Aufgabe wäre es nicht, Pressekonferenzen draußen vor dem Plenum abzuhalten, sondern zu gestalten. Das ist Ihre Verantwortung für unser Land, auch bei der Energiewende. Stattdessen schlagen Sie sich lieber in die Büsche und ducken sich vor der energiepolitischen Entscheidung in diesem Land weg. Statt Weichen für eine sichere und dauerhaft saubere Energieversorgung zu stellen, verharren Sie im Nichtstun, weil Sie Angst vor Entscheidungen haben, die aber zum Gelingen der Energiewende nötig sind.

In ganz Bayern, von Mittenwald bis Aschaffenburg, arbeiten engagierte Bürger am Gelingen der Energiewende. Sie kann funktionieren. Aber ob Seehofer wirklich noch die Energiewende will, weiß er wohl selber nicht mehr. Deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, eine Bitte an Sie: Räumen Sie die Blockade Seehofer aus dem Weg! Machen Sie die Bahn frei für die Energiewende in Bayern!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege

Markus Blume von der Christlich-Sozialen Union das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Ich frage mich ganz ehrlich, Herr Kollege Hartmann: Was war das jetzt? Sie haben wieder einmal im Hohen Haus mit keinem einzigen Wort den Beweis geliefert, dass es Ihnen bei dem Thema Energiepolitik um die Sache geht.

(Beifall bei der CSU)

Drei Monate lang haben sich Spitzenvertreter verschiedener Bereiche - von der Bürgerinitiative über die Kammern bis hin zum Umweltverband - einen Kopf gemacht; sie haben Argumente ausgetauscht und sich in die Mühsal der Argumentation begeben. Sie aber nutzen fünf Minuten Redezeit nur für billigste Polemik, Herr Kollege. Das wird dem Thema Energiepolitik nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU)

Aber Polemik ist vielleicht einfacher als die Sisyphusarbeit, die bei der Energiewende angezeigt ist, wenn man sie zum Erfolg führen will.

(Margarete Bause (GRÜNE): Dann machen Sie doch einmal!)

Zu dem Energiedialog sind drei Punkte anzumerken:

Erstens. Er war und ist ein Erfolg.

(Beifall des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Die Energiewende – darin sind wir uns sicherlich einig – ist das größte gesellschaftliche Projekt, das wir in Bayern und in ganz Deutschland seit der Wiedervereinigung zu realisieren haben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Dann machen Sie es doch!)

Deswegen kann es kein Konzept in dem Sinne geben, dass jemand vom Start weg sagt, er wisse schon alles, sondern dann muss es von Zeit zu Zeit erlaubt sein, die Ansätze gemeinsam weiterzuentwickeln. Genau dieser Prozess des gemeinsamen Weiterentwickelns hat in den vergangenen drei Monaten intensiv stattgefunden. Ich möchte mich hier nicht hinstellen und nur mit meinen eigenen Worten behaupten, dass er erfolgreich war, sondern finde es fairer, wenn man die Beteiligten zu Wort kommen lässt. Herr Hartmann, Sie waren in der letzten Sitzung nicht anwesend, aber Kollege Stümpfig aus Ihrer Fraktion hat Ihnen sicherlich berichtet, dass unisono zu hören war:

Der Energiedialog ist ein Erfolg, ein erfolgreiches und notwendiges Unterfangen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

– Wenn Sie es nicht glauben, bringe ich an dieser Stelle nur drei Zitate von Menschen, die nicht in dem Verdacht stehen, unser Parteibuch zu haben.

Der BN-Chef Dr. Hubert Weiger hat gesagt: "Es war ein Erfolg. Wir erwarten uns, dass der Energiedialog mit dem heutigen Tag nicht beendet ist, sondern weitergeht." – Welch größeres Zeichen des Zuspruchs kann es überhaupt geben, wenn jemand sagt, dass es das richtige Format war, und sich eine Fortsetzung wünscht.

Oder der DGB-Chef Matthias Jena: "Das hat Maßstäbe gesetzt."

Oder der IG-Metall-Bezirksleiter Jürgen Wechsler: Die IG Metall Bayern war von Anfang an beteiligt. Jetzt müssen die Schlüsse daraus gezogen und umgesetzt werden.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ja, eben! Entscheiden!)

Meine Damen und Herren, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen – und Sie können schreien, wie Sie wollen, Frau Bause –, eines können Sie nicht leugnen: Der Energiedialog war ein erfolgreiches Format.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

– Auch Sie waren nicht dabei. – Der Energiedialog hat selbstverständlich Ergebnisse gebracht. Gestern ist von den Beteiligten – übrigens von Beteiligten, die früher nicht einmal miteinander gesprochen haben, obwohl das bei der Energiewende dringend notwendig ist – frank und frei eingeräumt worden, dass man Positionen auch verändert hat.

Liebe Ministerin Aigner, es ist ein großes Verdienst, dass es gelungen ist, im Rahmen dieses Dialogs eine gemeinsame Faktenbasis zu schaffen, damit wir wissen: Wo stehen wir, und wo müssen wir hin? – Bisher ist hier im Hohen Haus gerade von Ihrer Seite vieles bestritten worden, aber nun steht unzweifelhaft fest: Was passiert in den Jahren 2022 und 2023? Wie groß ist die Kapazitätslücke? Gibt es eine Versorgungslücke? Wenn ja, wie kann man sie schließen? – In Bezug auf diese Fragen, auf die von Ihnen bisher immer mit halbseidenen Argumentationen reagiert wurde, gibt es jetzt eine Faktenbasis, die im Wesentlichen von allen Teilnehmern mitgetragen wird.

In diesem Zusammenhang halte ich es nicht nur für ein gutes Ergebnis, sondern auch für einen großen Erfolg, dass es neue Gesprächsbereitschaft gibt. Ohne zu viel hineinzuzinterpretieren, will ich doch darauf hinweisen, dass man hinsichtlich einzelner Energieerzeugungsformen – ich nenne die Wasserkraft – eine neue Gesprächsbasis gefunden hat. Man bemüht sich gemeinsam, Grenzen zu überschreiten, was in den vergangenen Monaten oder Jahren vielleicht nicht möglich war, und zu Lösungen zu kommen. Auch das stimmt mich zuversichtlich.

Es ist auch deutlich geworden, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Uns war vorher klar, dass die Mühsal der Maßnahme im Detail liegt. Dass es aber möglich war, mit dem Input aller Beteiligten zu dem wichtigen Bereich der Energieeffizienz einen so umfangreichen Katalog zusammenzustellen, halte ich tatsächlich für etwas Großes. Wenn es gelingt, die Ansätze im Rahmen einer Energieeffizienzoffensive tatsächlich umzusetzen und im Rahmen einer Speicheroffensive auch die Speicherforschung voranzubringen, dann sind das zählbare Ergebnisse.

Meine Damen und Herren, nach dem Energiedialog ist klar – das ist im Grunde das Ergebnis –, wo wir in Bayern bei der Energiewende stehen und welche Rahmenbedingungen bzw. Leitplanken für das weitere Vorgehen es gibt.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist aber nicht das, was wir wollten!)

Um aber auch das klar zu sagen: All denjenigen, die nun versuchen, das Gesprächsformat des Energiedialogs auf einen Trassendialog zu reduzieren, sei entgegnet: Das war nie Aufgabe des Energiedialogs; zumindest war es nicht das entscheidende Thema. Es geht auch um Versorgungssicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Nächster Punkt – das kann ich Ihnen nicht ersparen -: Die Schrittfolge des Energiedialogs ist durchaus wichtig. Zu dem Energiedialog in Bayern ein gemeinsames Verständnis herzustellen, war der erste Schritt. Der zweite Schritt muss selbstverständlich dort erfolgen, wo letztlich die Energiewende im Ganzen gesteuert wird: auf Bundesebene.

Man kann heute feststellen: Bayern hat auch insoweit seine Hausaufgaben gemacht. Nun ist tatsächlich der Bund dran.

(Zuruf von der SPD: Sie drücken sich doch!)

Ich sage das ohne jegliche Schuldzuweisung. Das ist eine ganz normale Schrittfolge. Ich erinnere mich gut,

wie in der ersten Sitzung der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums gesagt hat: Das Format passt, die Taktung passt. Selbstverständlich wird das, was im Rahmen dieses Dialogs besprochen wurde, Eingang in die Beratungen in Berlin finden.

Auch in der gestrigen Sitzung hat die Vertreterin des Wirtschaftsministeriums den Dialog begrüßt und zugesagt, dass sämtliche Ergebnisse in die Beratungen auf Bundesebene Eingang finden werden. Wenn daraus jetzt etwas konstruiert wird, dass Bälle irgendwo hingespielt würden, dann bringt uns das bei der Energiewende keinen Millimeter weiter.

Es geht jetzt darum, die Planungen zu den Szenarien zu aktualisieren, den neuen Szenariorahmen als wichtige Datengrundlage festzulegen und dann den Rahmen für Anreizmechanismen zu schaffen, damit sich die notwendigen Ersatzkraftwerke am Markt behaupten können. Dazu gehört die Reservekraftwerksverordnung bzw. deren Weiterentwicklung. Dazu gehört aber mittelfristig auch das neue Strommarktdesign. Zu klären ist zudem das Ausschreibungsdesign für alle erneuerbaren Energien – auch dies ein wichtiges Element auf Bundesebene.

Jenseits der Rahmensetzung muss der regulatorische Rahmen, müssen die konkreten Gesetze angepasst werden. Dazu hat gestern das Bundeswirtschaftsministerium eine ganze Reihe von Punkten genannt, die man nun im Dialog gemeinsam angehen muss: das Bundesbedarfsplangesetz, das Erdkabelgesetz, das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen, das KWKG-Gesetz. Diese Punkte müssen aber eben auf Bundesebene angegangen werden.

Mir ist unklar, wie man angesichts dieser Gesamtkonstellation fordern kann, es müsse jetzt in Bayern etwas entschieden werden. Die Energiewende können wir in Bayern allein nicht realisieren; das wissen Sie doch alle, meine Damen und Herren. Jetzt mit dem Bund ins Gespräch zu treten, ist genau der richtige Schritt.

Ich darf am Ende zwei Anmerkungen in Richtung der Opposition machen.

In Richtung der SPD-Fraktion – Frau Kohlen, Sie werden nachher noch das Wort ergreifen -: Ich finde es lustig, dass Sie Sorge haben, weil nun auch der zuständige Bundeswirtschaftsminister mit dem Thema befasst sein wird; Sie befürchten wohl, er werde zum "bad cop". Ich habe da offensichtlich etwas mehr Vertrauen in den Bundeswirtschaftsminister als Sie. Ich bin mir ganz sicher, dass er ein "good cop" sein wird. Wenn ich mir anschau, was er in seinem Wahlkreis durchgesetzt hat - die Erdverkabelung für die dortige

Bevölkerung -, dann bin ich zuversichtlich, dass er auch die bayerischen Interessen im Blick haben wird.

(Beifall bei der CSU)

Sie, lieber Herr Hartmann, haben gestern eine sehr bemerkenswerte Pressemeldung verschickt, die der Normalbürger wohl gar nicht verstanden hat. Sie haben davon gesprochen, was Fetisch der bayerischen Energiepolitik sei. Ich sage Ihnen einmal, was Ihr Fetisch ist, Herr Hartmann: Ihr Fetisch ist, Bayern und die Energiewende in Bayern ständig schlechtzureden.

(Beifall bei der CSU)

Bayern steht bei der Energiewende besser da als alle anderen Bundesländer. Wir haben dies auch gestern wieder bestätigt bekommen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Hartmann – ich sage das auch in Richtung der Opposition insgesamt -, hören Sie auf herumzueulen! Hören Sie auf, die Dinge in Bayern schlechtzureden und die Anliegen der bayerischen Bevölkerung madig zu machen! Helfen Sie mit, die Energiewende in Berlin gut voranzubringen!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie lassen sich da nicht helfen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Natascha Kohlen von der SPD das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohlen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Blume, es wundert mich ein bisschen: Sie tun ja gerade so, als ob wir bei dem Energiedialog bei null angefangen hätten. Ich habe Ihnen einmal das bayerische Energiekonzept von 2011 mitgebracht. Daran waren dieselben Teilnehmer wie auch schon beim Energiedialog beteiligt. Sie haben über 80 Seiten ein Konzept entwickelt. Es waren fast alle dabei; nur die Trassenbefürworter und -gegner waren nicht eingeladen. Aber Sie wollen ja wohl nicht behaupten, dass das bereits damals, 2011, nicht konsensual über alle Parteigrenzen, alle Institutionen und Organisationen hinweg erarbeitet wurde.

(Volkmar Halbleib (SPD): Leichte Amnesie bei der Staatsregierung!)

Wir sollten also nicht so tun, als ob gestern in der finalen Sitzung im Energiedialog alles neu erfunden worden wäre.

Wirklich verblüfft hat mich das, was die Frau Energieministerin gestern in ihrer Presseerklärung konstatierte: "Wir haben heute ein klareres Bild von Bayerns Energiezukunft als zuvor."

(Lachen bei der SPD)

Ist das so? – Laut Frau Aigner brauchen wir in Zukunft 2 minus x Trassen. X ist aber eine Unbekannte. Frau Aigner hat auch nicht die Definitionsmenge von x festgelegt. Wir wissen also nicht, ob sie für x von 0 bis 2 geht oder unter Umständen sogar bis 3, was ich der CSU inzwischen fast schon zutrauen würde. Ein minus 1 wäre bei Herrn Seehofer sicherlich auch möglich.

Schauen wir uns doch einmal an, lieber Herr Seehofer, wie das Bild von Bayerns Energiezukunft im bayerischen Energiekonzept von 2011 aussah, ob das unklarer war als heute. Dort steht auf Seite 28 – ich zitiere -:

Die Übertragungsnetze ("Stromautobahnen") müssen ausgebaut werden, um insbesondere große Windstrommengen aus der norddeutschen Küstenregion und Offshore-Anlagen in die süddeutschen Verbrauchszentren zu transportieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Na so was! Denn nach der letzten Plenarsitzung kamen Sie relativ erregt zu mir und haben gesagt: Frau Kohnen, die Basis für das letzte Energiekonzept waren nicht Stromtrassen. Das Wort "Stromtrassen" kommt gar nicht vor. - Stimmt, das Wort "Stromtrassen" kommt nicht vor, aber es kommt das Wort "Stromautobahnen" vor, lieber Herr Seehofer.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Nein! Sie haben gesagt, die Stromtrassen sind da drin! Nicht tricksen!)

Also war ja wohl doch die Trasse eine Konzeptgrundlage.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Politische Amnesie des Ministerpräsidenten!)

Sie haben nach der Katastrophe von Fukushima von den norddeutschen Bundesländern an der Küste verlangt, dass sie möglichst viel Windstrom erzeugen, damit dieser über Stromautobahnen nach Bayern kommt. Dem haben alle Parteien zugestimmt, auch die CSU, die FREIEN WÄHLER und auch Herr Pohl.

Und hoppla, gestern sagt Frau Aigner: Leitungen werden nur gebaut, wenn sie für die Versorgung notwendig sind, und nicht etwa für den Export von über-

schüssigem Strom, den die nördlichen Länder produzieren. - Was glauben Sie denn, Frau Aigner, warum die nördlichen Küstenländer in Strom aus erneuerbaren Energien ersaufen? - Weil der Abtransport, den Sie gewünscht haben, nicht stattfindet. Ich würde das so übersetzen: Die CSU hat bestellt und bis heute nicht abgeholt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Aigner, ich frage Sie, ob es besonders clever ist, die nördlichen Küstenländer mit Bemerkungen, wie von Ihnen gestern, als inkompetente Fehlplaner hinzustellen: "Wir halten nicht für die Überproduktion im Norden her." Glauben Sie, dass die Ministerpräsidenten der Nordländer solche Bemerkungen tatsächlich gut finden und dass im bundesweiten Kontext eine gute bayerische Verhandlungsposition entsteht, wenn Sie so mit den anderen Bundesländern umgehen und denen mit diesen lapidaren Bemerkungen mal links und mal rechts eine reingeben?

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sie sitzen im Bayerischen Landtag, nicht in Niedersachsen!)

- Ich sitze im Bayerischen Landtag. - Wenn Sie eine gute bayerische Verhandlungsposition haben wollen, dann müssen Sie sich deutlich anders positionieren.

(Beifall bei der SPD)

Aber dazu kommen wir gleich noch.

Jetzt zu Herrn Kirchner, der gestern nach dem Energiedialog verlauten ließ, die Opposition müsse in Berlin bayerisch denken; das haben Sie gerade auch gesagt. Ich frage Sie, Herr Kirchner: Ist es klug, die anderen Bundesländer wie Vollposten zu behandeln und sich gleichzeitig Gaskraftwerkskapazitäten für Bayern zu wünschen, die diese Länder mitzahlen sollen? Ist das bayerisch klug in Berlin? - Ich behaupte, nein.

Für Sie, Herr Kirchner, in Kurzform: Die CSU wünscht sich 2011 nach eigener Planung Stromautobahnen. Die CSU wünscht sich 2011 zukünftig viel Windstromproduktion in den nördlichen Küstenländern. Das alles steht hier auf der Seite 28. Die CSU treibt die Verwirklichung dieser Wünsche drei Jahre lang voran. Die CSU erschrickt 2014, allen voran der Ministerpräsident, vor den eigenen Planungen, und die Bevölkerung ist sauer.

Die CSU stellt 2015 die nördlichen Bundesländer als inkompetente Überproduzenten von Windstrom dar. Die CSU nimmt 2015 den Kampf gegen die selbst geplanten Trassen auf und versucht, sich selbst zu besiegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie, Frau Aigner, haben gestern einen ganz speziellen Begriff dafür verwendet, nämlich "Systemwechsel". Okay, wechseln wir das System. Das System heißt jetzt: Die CSU will ab 2015 ganz viele Gaskraftwerke haben. Dies müssen die anderen Bundesländer bezahlen. Dann sollen die anderen Bundesländer einmal schauen, ob Bayern noch Leitungen braucht. - Das ist der Systemwechsel von Frau Aigner. Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln, das ist schon so.

Lieber Herr Seehofer, ich sage Ihnen, was bayerisches Denken in Berlin meiner Meinung nach bedeutet: Das heißt, mit den anderen Bundesländern zusammenzuarbeiten und sie zu respektieren; denn die Energiewende ist keine bayerische, sondern sie ist eine gesamtdeutsche, so wie Herr Blume es gesagt hat. Dies ist eine Herausforderung für uns alle, für ganz Deutschland.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie sollten auch nicht vergessen, dass Bayern zum heutigen Tage noch 46,6 % Atomstrom einsetzt, die ersetzt werden müssen. Wir brauchen die Zusammenarbeit mit allen Bundesländern, um zu einer technischen Lösung für unsere bayerische Versorgungssicherheit zu kommen. Das ist bayerisches Denken in Berlin. Ich wünsche Ihnen viel Spaß und frage mich, ob Sie das noch schaffen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Es ist gut, dass ich das bei Ihnen lerne!)

- Schön, nicht wahr?

Ich habe noch einen anderen schönen Vorschlag, über den Sie auch einmal nachgrübeln könnten. Es gäbe nämlich noch eine Möglichkeit, wie Sie bayerisch in Bayern denken können. Herr Seehofer oder Frau Aigner – ich weiß ja nicht, wer am Ende des Tages entscheidet -, für ein mittelgroßes Gaskraftwerk hier in Bayern könnten Sie 200 Millionen Euro an bayerischem Steuergeld in die Hand nehmen und Ihr eigenes Gaskraftwerk bauen. Das könnten Sie tun. Sie könnten 1 plus x Gaskraftwerke bauen, je nachdem, wie Sie das x definieren. Das ist ja nach oben offen. Technisch ist das alles machbar. Dann können Sie weiter über die norddeutschen Küstenländer herziehen. Sie müssten dann nur noch Wladimir Putin als "best buddy" gewinnen. Und das mit dem Klimaschutz sehen Sie ja sowieso nicht mehr so eng, wenn Sie nur noch auf Gas hinarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben angeblich ein klareres Bild von der Energiezukunft. Aber wie passt denn Ihre gestrige Aussage, dass Sie an den Ausbauzielen der erneuerbaren Energien festhalten, mit der 10-H-Regel zusammen? Das hat sich mir gestern nicht erschlossen. Wir hätten gestern gerne gehört, welche exakten Ausbauprozentzahlen Sie für Windkraft haben wollen. Das ist keine Entscheidung Berlins; das ist Ihre Entscheidung, weil in Bayern gebaut wird.

Wir hätten auch gerne gewusst: Wie viel PV soll dazukommen, wie viel Biomasse, wie viel Wasserkraft? 2011 haben Sie das sehr genau gewusst. Damals sollten es zum Beispiel 10 % Windkraft werden. Meinen Sie, dass das mit der 10-H-Regel noch 10 % sind?

Sie haben gesagt, Sie halten an den Ausbauzielen fest. Ich glaube, das meinten wahrscheinlich auch die GRÜNEN. Wir hätten gern ein Energiekonzept mit konkreten, festen Zahlen gehabt.

Gestern haben Sie zu meinem großen Erstaunen in Richtung Bund gesagt, Sie forderten Rahmenbedingungen für die Pumpspeicher, die angeblich Erzeugungsspitzen aufnehmen und zeitversetzt wieder zur Verfügung stellen; das haben Sie gestern so gesagt. Diese Rahmenbedingungen müssten verbessert werden. Sie haben aber merkwürdigerweise bereits im September vor dem Energiedialog klargemacht, dass Sie keine Pumpspeicher in Bayern wollen. Warum fordern Sie es dann von Berlin? Da habe ich ein Verständnisproblem. Das ist mir nicht klar. Speicherforschung, lieber Herr Blume, schön und gut, aber das alleine wird das Ganze nicht regeln. Nur so viel zu Ihren Absichtserklärungen. Klarheit, liebe Frau Aigner, sieht für mich anders aus. Ich verstehe Ihre Aussage nicht mehr. Ich finde, sie ist unklarer als vor vier Jahren. Wenn wir wirklich klarer sehen wollen, liebe Frau Aigner und lieber Herr Blume, dann brauchen wir ein bayerisches Energiekonzept. Tun wir nicht so, als wäre die Welt neu erfunden worden. Im Jahre 2011 haben sich 90 % der Teilnehmer am Dialog bereits Gedanken gemacht. Wir sind doch nach Fukushima nicht wie die letzten Menschen an das Thema herangegangen und haben irgendetwas zusammengeschrieben, dem dann alle zugestimmt hätten. Das ist Quatsch. Es war doch etwas entwickelt worden, was vernünftig war, verdammt noch mal. Jetzt haben wir überhaupt nichts mehr außer einem einzigen Chaos. Keiner kennt sich mehr aus.

Ehrlich gesagt, das, was Sie gestern nach dem Energiedialog vorgetragen haben, war mehr oder minder ein Wünsch-dir-was-Katalog. Keiner weiß mehr, was Sache ist.

(Beifall bei der SPD)

Eines nervt mich noch besonders. Heute Morgen haben Sie in der "radioWelt" auf die insistierenden Fragen einer Journalistin gesagt – sie fragte, ob vielleicht der Schwarze Peter nach Berlin geschoben würde –: Nun ja, im Prinzip ist Sigmar Gabriel für alles verantwortlich.

(Zuruf der Staatsministerin Ilse Aigner)

Ja, das ist er. Aber er hat vor einem Jahr die Planungen von Schwarz-Gelb übernommen. Er versucht, 16 Bundesländer unter einen Hut zu bringen, nachdem ein Bundesland im Prinzip nicht mehr weiß, was das andere macht und was es selbst möchte.

Das alles ist verdammt schwierig. Machen Sie Ihre Aufgaben hier in Bayern und übernehmen Ihre Verantwortung dafür in Berlin, statt alles immer nur nach Berlin zu schieben und zu sagen: Es ist Sache von Sigmar Gabriel. Das ist nicht redlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat der Kollege Thorsten Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Blume, Sie haben dargelegt, dass der Dialog über die HGÜ-Trassen nicht geführt worden sei. Er wurde selbstverständlich über die HGÜ-Trassen geführt, und zwar deshalb, weil Sie nicht bereit waren, eine Entscheidung zu treffen. Um sich vor der Entscheidung zu drücken, haben Sie den Dialog ins Leben gerufen, um dann eine Lösung zu finden. Aber die Lösung lag natürlich nicht auf dem Tisch. Zunächst wurde der Ball vom Ministerpräsidenten an die Wirtschaftsministerin gespielt, jetzt kommt er wieder zurück, und dann wird er weiter nach Berlin gespielt.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- Herr Seehofer, als Sie in Berlin den HGÜ-Trassen zugestimmt haben - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich?)

- Ja, im Bundesrat! - Da frage ich mich, auf welcher Grundlage Sie diesen HGÜ-Trassen zugestimmt haben. Für mich als Ingenieur stellt sich doch diese Frage. Sie sagten nach Fukushima 2011 hier an diesem Rednerpult: Bayern soll ein leuchtendes Vorbild für Deutschland sein. Dazu braucht man natürlich

einen eigenen Beitrag. Man braucht eine Grundlage, auf der man letzten Endes in Berlin seinen Zustand verhandeln will.

Und da stellt sich mir natürlich die Frage, wieso Sie damals im Bundesrat zugestimmt haben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Herr Ministerpräsident, im Jahre 2022 sollten wir zwei Passagen haben, nämlich die Südost-Passage und den SuedLink. Ich vermute, dass beide bis dahin nicht fertig sein werden. Wenn beide Passagen nicht fertig sein werden, wie stellen Sie dann die Energieversorgung in Bayern sicher?

Wie wird es dann gemacht? - Über ein sogenanntes Redispatch. Wir werden die Energie in Bayern über Reservekraftwerke zur Verfügung stellen müssen. Wenn Sie also Bayern stark vertreten wollen, brauchen wir ein starkes Signal aus Bayern. Sie hätten bei den Koalitionsverhandlungen dafür sorgen müssen, dass ein Marktdesign geschaffen wird. Dieses müsste CO₂ bewerten, es müsste hoch effiziente und schnelle Kraftwerke bewerten, und es müsste letztendlich zukunftsorientiert sein. Was aber haben wir gemacht? - Sie haben einen Koalitionsvertrag in Berlin geschmiedet.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wir oder Sie?)

- Sie Herr Ministerpräsident! - Sie haben in Berlin einen Koalitionsvertrag unterschrieben, in dem wir eine Renaissance der Braunkohle erleben.

Meine geschätzte Kollegin Natascha Kohnen hat versucht, den Blick nach Norden zu richten. Sie hat ganz geschickt die Südost-Passage mit dem darin befindlichem Braunkohlestrom umgangen.

Wenn wir eine ehrliche Diskussion über die Passagen führen wollen, brauchen wir beide Trassen. Da liegt momentan die Südost-Passage mit der Braunkohle immer noch auf dem Tisch. Die wurde insofern interessant, als wir nun eine Renaissance der Braunkohle erfahren.

Herr Seehofer, wenn Sie jetzt nach Berlin fahren, frage ich Sie, unter welchen Gesichtspunkten das geschieht. Wir hatten eine Energiekommission. Wir hätten diesen Energiedialog nur bedingt gebraucht.

(Sandro Kirchner (CSU): Da waren Sie doch gar nicht dabei!)

Der Energiedialog ist zu Recht und mit viel Sachverstand geführt worden. Die Energiekommission hat damals genau die gleichen Dinge bewertet. Aber wo

waren CSU und Staatsregierung in Bayern? Was ist in der Energiekommission vorgeschlagen worden?

Damals ist die Kraft-Wärme-Koppelung mit einem bis zu 90-prozentigen Wirkungsgrad vorgeschlagen worden. Die CSU wollte das nicht. Obwohl das in der Kommission erarbeitet worden war, ist das hier abgelehnt worden. Sie schaden damit unseren Stadtwerken und den kommunalen Energiewerken. Hätten Sie sich damals dafür stark gemacht, dann hätten wir heute eine kommunale Energieversorgung durch die Kraft-Wärme-Kopplung, wie sie heute im Netz leider nicht zu finden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das haben Sie zu verantworten.

Wo waren Sie denn, als es um ein Programm für die kommunalen Gebäude ging?

(Erwin Huber (CSU): Das ist doch ein ganz anderer Markt!)

- Das ist kein anderer Markt. Die Kraft-Wärme-Kopplung ist derselbe Markt, Herr Kollege Huber. Muss ich Ihnen das noch einmal erklären?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben einem energetischen Sanierungsprogramm für staatliche Gebäude nicht zugestimmt. Sie haben einem Programm für die Sanierung kommunaler Gebäude nicht zugestimmt. Sie sind hergegangen und haben ein Design für die Windkraft in Bayern geschaffen, das im Moment obsolet ist, da Sie die Windkraft aus dem Markt genommen haben.

Wenn Sie jetzt einen Zustand schaffen, der Ihnen eine schlechte Verhandlungsposition in Berlin bringt, frage ich Sie, wie Sie den Bürgern später erklären wollen, dass Sie einerseits keine Trassen in Bayern wollen, aber andererseits nichts für die Energieversorgung getan haben.

Am Ende wird es so sein: Sie fahren nach Berlin – wie es heute in der Zeitung steht mit 3.000 Krapfen und Brezen. Das ist das Ergebnis: Sie können mit 3.000 Krapfen und Brezen nach Berlin fahren. Ich hätte allerdings erwartet, dass Sie ein Konzept in die Verhandlungen mitnehmen, wie wir in Bayern keine Trassen brauchen oder wie Sie sich ein Marktdesign in Bayern vorstellen. Mit leeren Händen werden Sie in Berlin nichts erreichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat der Kollege

Sandro Kirchner von der CSU das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bahn frei für die Energiewende, so ist heute das Schlagwort. Wie ich den Reden meiner Kolleginnen und Kollegen – bis auf den Kollegen Blume natürlich – entnommen habe, ist das eine oder andere noch einzuordnen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn einer weiß, wie es geht, ist es der Kollege Blume!)

Bayern ist Vorreiter bei der Energiewende. Bayern generiert bereits jetzt 35 % seiner Energie aus erneuerbaren Energien. Bundesweit sind es im Vergleich gerade einmal 24 %. Bayern ist Spitzenreiter bei vier von fünf erneuerbaren Energiearten: bei Wasserkraft, Photovoltaik, Biomasse, Geothermie und – wenn auch weniger – Windkraft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Wasserkraft stammt aus den 20er-Jahren, da hat es die CSU noch gar nicht gegeben, darauf ruhen Sie sich heute aus! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bei der Windkraft nicht, weil Bayern als windschwaches Binnengebiet für Windkraft ein weniger gut geeigneter Standort ist. Das Ausbauziel gilt nach wie vor, auch wenn es sehr komplex ist. Bis 2021 sollen nach wie vor 42,5 TWh aus erneuerbaren Energien generiert werden.

Die CSU stellt darüber hinaus auch das Energieeinsparen in den Vordergrund. Herr Aiwanger, die beste Energie ist doch die, die man nicht benötigt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Das größte Einsparpotenzial liegt im Wärmebereich. Allein 40 % entfallen auf den Gebäudebereich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Deswegen sind ja die alten Gebäude nicht saniert!)

Der Freistaat Bayern hat das mit dem 10.000-Häuser-Programm auf den Weg gebracht sowie mit den 90 Millionen Euro, die darüber hinaus in Summe für die Eigenstromerzeugung bereitgestellt werden. Auch da ist Bayern Vorreiter. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Und jetzt muss ich auch ein bisschen süffisant werden: Bayern stellt auch dafür noch 5 Milliarden Euro bereit. Also könnte sich auch da noch etwas tun.

Der Energiedialog ist angesprochen worden. Da muss ich feststellen, dass er schon einmalig ist; denn jetzt wurden auch die Bürger beteiligt. 2011 war dies nicht so. Herr Glauber, wenn Ihr einziges Problem 3.000 Krapfen und Brezen sind, dann reduzieren Sie die Beteiligten am Energiedialog auf ein Kaffeekränzchen, bei dem die Leute sich nicht eingebracht haben. Ich finde, das ist gegenüber dem Engagement ein bisschen unverschämt.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Jawohl!)

Der Energiedialog war wichtig und richtig. Bei der ersten Plattformveranstaltung waren 80 Personen zugegen, Fachkräfte aus den Interessenverbänden, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Es sind 80 verschiedene Standpunkte eingegangen, und es war eine große Kunst, bei diesem Energiedialog den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, um überhaupt Entscheidungen ableiten zu können. Die Abschluss-Statements von gestern zeigen das auch. Der Bund Naturschutz, die IG Metall, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. – vbw – und die Bürgerinitiativen, sie alle haben den Energiedialog eindeutig gelobt und als wichtig deklariert.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die Pressemitteilungen der Opposition haben deutlich gezeigt, dass der Energiedialog ein Erfolg war.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wenn man die Messlatte sehr tief hängt!)

Im Übrigen, Frau Kohnen, bei meiner Recherche heute Nacht bin ich auf eine Aussage Ihres Kollegen Dr. Rabenstein gestoßen. Er hat den Energiedialog als Erfolg bezeichnet und erklärt, er sei sehr froh, dass für die Eigenversorgung Bayerns auch Gaskraftwerke sorgen. So viel zum Standpunkt der SPD.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Für die weitere Energiewende gibt es eine klare Feststellung: Der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien ist sehr wichtig, gleichzeitig ist der konventionelle Strom unverzichtbar. Wir reden immerhin von 60 % der erzeugten Energie. Wir haben große Potenziale bei der Kraft-Wärme-Kopplung, und beides ist wichtig für die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit. Daher brauchen wir dringend ein Umdenken in unserem Energie-Design. Die EEG-Novelle war ein erster Schritt heraus aus dem "Preistreibermechanismus" durch den willkürlichen Ausbau der erneuerba-

ren Energien. Beim Ausbau geht Qualität vor Quantität. Die erneuerbaren Energien müssen dem Gesamtsystem dienen, auch sie müssen sich am Bedarf orientieren. Ich darf an dieser Stelle auch unsere Wirtschaftsministerin zitieren, die gestern sagte: Es funktioniert nicht, wenn wir die Spitzen immer weiter erhöhen, ohne die Täler zu füllen.

Insofern ist die Trassendiskussion müßig; denn die Trassen werden wohl kaum für die Versorgungssicherheit benötigt, sondern primär für den teuren Export von Stromüberschüssen. Frau Kohnen, aus bayerischer Sicht soll der Ministerpräsident deshalb in Berlin verhandeln.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Er wird verhandeln! – Heiterkeit bei der CSU)

– Also er wird verhandeln. – Aber nur die Versorgungssicherheit kann für Bayern eine Maßgabe sein.

Fazit: Bayern hält nach wie vor an seinen Ausbauzielen fest. Der Energiedialog ist erfolgreich. Wir brauchen dringend den zielorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien sowie Marktbedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb und den Bau von Gaskraftwerken. Das ist für die dezentrale Energieversorgung wichtig, auch für die erneuerbaren Energien. Das ist wichtig für die Stabilität und vor allem für die CO₂-reduzierte Versorgungssicherheit. Der Fokus muss auf die schnelle Weiterentwicklung von Speichertechnologien wie LOHC oder Power-to-Gas usw. liegen. Wir brauchen dringend die Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach wie vor gelten die drei Punkte: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umwelt- und vor allem Naturverträglichkeit. Ich darf Ihnen deshalb noch einmal die vielen Bürgerinnen und Bürger in Erinnerung rufen, die betroffen sind und die gestern sehr wohl zum Ausdruck gebracht haben, wie wichtig die Ziele der Energiewende für sie vor Ort sind.

(Natascha Kohnen (SPD): Bei der dritten Startbahn diskutieren wir das noch einmal!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie auf die Zeit hinweisen?

Sandro Kirchner (CSU): – Ich bin sofort fertig. Sehr geehrte Damen und Herren, Bayern hat seine Hausaufgaben für die weitere Energiewende gemacht. Die Auswertung des Energiedialogs ist sehr wohl eine Basis für einen bayerischen Vorschlag. Die Energiewende darf nicht an den Bürgern vorbeigehen; denn damit ist die Akzeptanz der Energiewende verbunden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Zeit, er überschreit die Zeit!)

Wenn Sie das alles mit uns berücksichtigen, dann wird die Energiewende ein großer Erfolg.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Sandro Kirchner (CSU): Jetzt ist der Bund gefordert, also her mit den Konzepten und vor allem: her mit den Entscheidungen!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank. – Als Nächster hat Herr Kollege Martin Stümpfig von den GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt brauchen wir Konzepte, jetzt brauchen wir Entscheidungen, so hat Herr Kirchner seinen Vortrag beendet. Das kann ich nur wiederholen. Gestern sind wir aber mehrere Stunden beim Energiedialog zusammengesessen und haben gerade Konzepte und Entscheidungen vermisst.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben nichts darüber gehört, wie es weitergehen soll. Sie sagen jetzt hier, die erneuerbaren Energien sollen gestärkt werden. Das haben wir gestern nicht gehört. Wir haben auch nicht gehört, wie die 70 Maßnahmen, die in der Arbeitsgruppe 1 genannt wurden und die sicherlich sehr positiv sind, umgesetzt werden. Das muss doch die Schlussfolgerung sein. Sie dürfen Frau Kohlen, Herrn Glauber und Herrn Hartmann hier nicht falsch verstehen; denn Sie kritisieren immer, wir würden nur draufschlagen. Das tun wir nämlich nicht. Den Energiedialog an sich, die eingeladenen Experten, die das Ergebnis in den Arbeitsgruppen erarbeitet haben, unterstützen wir. Der Energiedialog als solcher ist sinnvoll. Unsere Kritik setzt daran an, dass Sie keine Schlussfolgerungen ziehen. Sie ziehen sich überall dort zurück, wo strittige Entscheidungen anstehen. Das betrifft nun einmal die Arbeitsgruppe 4, das sind die Stromtrassen. Da hätten Sie gestern wirklich Klartext reden müssen, aber davor drücken Sie sich. Sie schieben die strittigen Fragen nach Berlin. Das ist wirklich jämmerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich nun die alten Kamellen höre, die Sie, Herr Kirchner und Herr Blume, vortragen, wonach wir mehr Energieeffizienz und Speicherforschung brauchen, dann stelle ich fest: Das ist alles uralt. Das haben wir doch schon mehrmals gehört. Schauen Sie doch einmal in Ihren Haushalt hinein, Herr Blume, da stehen 25 Millionen Euro für staatliche Gebäude im Jahr 2015 drin, und zwar für energetische Maßnahmen und Maßnahmen für Energieeffizienz. Sie aber stellen sich hier hin und singen ein Loblied auf die Energieeffizienz. Das ist doch lächerlich, anders kann man das nicht bezeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Blume, Sie führen aus, die Energiewende sei eine Sisyphusarbeit. Danke für diese Steilvorlage; denn bei Ihnen ist es wirklich eine Sisyphusarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Regionale Planungsverbände haben ganz Bayern überplant, haben Windkraftvorranggebiete ausgewiesen, bis auf einige wenige Ausnahmen wie beispielsweise in Ingolstadt. Diese ganzen Konzepte können wir nun alle in die Tonne treten; das haben wir schon oft genug erwähnt. Dass Sie sich aber hier hinstellen und sagen, wir würden nichts tun und nur draufschlagen, ist einfach zu billig, das lassen wir uns nicht bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen Ihre Hausaufgaben machen, und diese Hausaufgaben müssen in Bayern gemacht werden. Sie können nicht alles nach Berlin schieben. Es gibt eine Überproduktion von Windstrom in Norddeutschland, das stimmt. Frau Aigner, Sie reden aber von überflüssigem Windstrom.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Den zahlen wir!)

– Ja, Herr Seehofer, den bezahlen wir. Dieser überflüssige Windstrom ist uns aber immer noch lieber als das überflüssige Gas von Herrn Putin. Das wollen wir nämlich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Wunschkonzert gestern: Einerseits sagen Sie, wir setzen jetzt voll auf Gaskraftwerke, aber Berlin muss nun die Weichen so stellen, dass die Gaskraftwerke auf den Markt kommen. Gleichzeitig fordern Sie, Berlin müsse sicherstellen, dass der Strompreis nicht nach oben geht. Das ist doch eine Illusion, das ist doch ein Wunschkonzert, das ist ein Wolkenku-

ckucksheim! Mir fehlen da die Worte. Etwas mehr Sachverstand sollte man hier schon haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was gestern gar nicht vorkam, war das Wort Klimaschutz. Frau Aigner, ganz zu Beginn haben Sie die Arbeitsgruppe 1 vorgestellt und den Klimaschutz kurz erwähnt. Am Schluss ist der Klimaschutz aber komplett unter den Tisch gefallen. Im Sommer 2015 haben wir den G-7-Gipfel. Im Winter ist Paris. Es geht doch um den Klimaschutz, deshalb muss Bayern mit einer starken Stimme sprechen. Das aber geht nicht mit Gaskraft. Sie können nicht alleine auf Gas setzen und gleichzeitig den Klimaschutz vorantreiben wollen. Deshalb sagen wir: freie Bahn für die Energiewende, freie Bahn für den Klimaschutz. Machen Sie endlich Nägel mit Köpfen und trauen Sie sich etwas mehr zu! Wir helfen Ihnen gerne dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat Herr Kollege Erwin Huber von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde ist für die Opposition wiederum ein Flop geworden.

(Beifall bei der CSU – Unruhe)

Wenn ich von Ihnen in erster Linie höre, wie viele Krapfen beim Energiedialog verzehrt wurden,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war ein Zitat Ihrer Ministerin!)

dann glaube ich, dass Ihnen die Dimensionen völlig verloren gegangen sind.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir stehen vor einer epochalen historischen Herausforderung, und Sie werfen der Regierung in erster Linie die Zahl der verzehrten Krapfen vor.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dann können Sie doch heimgehen. Mit einer solchen "Krapfen-Opposition" ist kein Staat zu machen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Kritik an Ihrer Ministerin!)

Ich finde, dass das Regierungsmotto "Zuhören, nachdenken, entscheiden" absolut richtig ist. Natürlich hat

der Energiedialog, der von der Wirtschaftsministerin exzellent moderiert wurde – das möchte ich ausdrücklich sagen –,

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

eine Menge neuer Erkenntnisse gebracht, die weit über das hinausgehen, Frau Kollegin Kohnen, was man 2011 wissen konnte; denn drei Jahre sind wirklich genutzt worden, um die Energiewende in Bayern voranzubringen: 36 % regenerative Energien – Spitzenplatz in Deutschland -,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

Abbau von CO₂-Belastung, Versorgungssicherheit. Wir sind in Bayern auf dem besten Weg.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auf dem besten Weg wohin? - Auf dem Weg in den Straßengraben sind Sie!)

Dass wir jetzt eine Zwischenbilanz ziehen, dass wir natürlich zusammen mit den anderen Beteiligten - - Herr Kollege Aiwanger, wenn Sie fragen, ob zuerst die CSU oder die Wasserkraft da war,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Wasserkraft!)

dann muss ich sagen, die CSU war zuerst da; denn wir haben Bayern erfunden.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Kommen wir auf den jetzigen Stand zurück.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei so staatstragenden Sätzen sollte man sich nicht so aufregen.

Erwin Huber (CSU): Mir gefällt es selber so gut, dass ich darüber lachen muss. Kommen wir aber zur Sache zurück.

Der Stand von 2014 und 2015 ist natürlich ein anderer als der Stand von 2011.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Ach was?)

- Natürlich. Jetzt geht es darum, wie auf dem weiteren Weg nachgedacht und entschieden werden soll. Herr Kollege Wengert, 2014 sind erhebliche Zuständigkei-

ten auf den Bund übergegangen. Erstens sind die HGÜ-Trassen inzwischen eine Bundesangelegenheit.

(Natascha Kohnen (SPD): Das waren sie schon immer!)

Herr Gabriel hat sich ja richtig darum gerissen.

Zweitens ist der Kapazitätsmechanismus mittlerweile eine Bundesangelegenheit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Von Schwarz-Gelb beschlossen!)

Dass wir jetzt mit dieser Datengrundlage nach Berlin gehen und sagen, wir vertreten zuerst einmal bayerische Interessen - - Wenn die politisch Verantwortlichen im Norden Deutschlands über alle Maßen Windkraft ausgebaut haben und nicht mehr wissen, wohin mit dem Strom, dann ist das zunächst deren Problem und nicht unseres, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Zunächst wird ausgelotet, was an Wertschöpfung in Bayern selber unter den gegebenen Bedingungen auf die Beine gestellt werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Sie wollen ja gar nicht zuhören. – Wenn wir wissen, was wir an eigenen Kapazitäten in Bayern langfristig als Grundlast und Spitzenlast haben, erkennen wir, dass sich ein Delta ergibt. Dieses Delta muss man möglicherweise durch Importe aus anderen Bundesländern füllen.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Nur so ist die richtige Schrittfolge: Zuerst stellen wir den Umfang der eigenen Erzeugung fest, und dann ergibt sich das Defizit. Aber man kann nicht umgekehrt zuerst sagen, wir bauen die Leitungen und dann schauen wir, wie es weitergeht.

(Beifall bei der CSU)

SPD, FREIE WÄHLER und GRÜNE haben die Logik nicht erfunden. Deshalb sind sie nicht in der Lage, einen Weg sinnvoll zu beschreiten.

(Beifall bei der CSU)

Wir gehen den logischen Weg. Wir haben jetzt die Datengrundlage. Wir ziehen die Konsequenzen. Wir werden mit dem Bund zusammen feststellen, was wir im eigenen Land erzeugen können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das solltet ihr doch längst wissen und umsetzen!)

Dann sind die Entscheidungen hier zu treffen. Nicht der Energiedialog trifft die Entscheidung, sondern das Bayerische Parlament. Dazu sind wir hier mehrheitlich wirklich in der Lage.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächste hat Frau Staatsministerin Ilse Aigner das Wort. Bitte schön.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie mal was zu den Butterbrezen, Frau Staatsministerin, damit der Kollege aufgeklärt wird!)

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Vielen herzlichen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erstens möchte ich mich ausdrücklich bei allen Anwesenden herzlich für die Teilnahme am Energiedialog bedanken. Diejenigen, die auch gestern dabei waren, haben noch einmal eindrucksvoll miterleben können, dass alle Teilnehmer – quer durch alle Parteien, durch alle Organisationen – den Prozess sehr wertgeschätzt haben. Insofern ist schon dadurch widerlegt, dass er unsinnig gewesen wäre. Ganz im Gegenteil, er war ein Erfolg. Herzlichen Dank allen, die sich beteiligt haben!

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Liebe Frau Kohnen, ich würde vorschlagen, dass die bayerische SPD als Erstes bayerische Interessen im Blick haben sollte und nicht norddeutsche Interessen.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): Das haben wir!)

Das würde ich Ihnen dringend empfehlen. Vielleicht liegt ihre Sichtweise aber auch daran, Frau Kohnen, dass bei den Koalitionsverhandlungen kein einziger Vertreter der SPD aus Bayern dabei war.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist völliger Quatsch!)

- Nein, bei der Energie war kein Einziger der SPD aus Bayern vertreten. Das ist die Wahrheit.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Warum waren Sie nicht vertreten?)

– Herr Staatssekretär Pschierer war vertreten. Insofern war alles wunderbar.

Nächster Punkt. Sehr geehrte Frau Kohlen - -

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir halten jetzt keine Zwiesprache. Das Wort hat die Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Kohlen, haben Sie 2011 voraussehen können, dass es 2014 praktisch fast kein Kraftwerk mehr gibt, das rentabel betrieben werden kann? Haben Sie das im Jahr 2011 gewusst? - Nein, das haben Sie nicht gewusst. Deshalb war es richtig, dass wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass wir ein neues Marktdesign brauchen. Das hat auch der Bundeswirtschaftsminister erkannt. Im Grünbuch-Prozess geht es um die Frage, wo bestehende Kraftwerke überhaupt weiterlaufen können, die die restlichen 60 % im Jahr 2025 oder auch nur noch 55 % der Energie erzeugen können.

Sehr geehrter Herr Hartmann, ich bin schon etwas irritiert. Sie wissen ganz genau, dass bei den jetzigen Bedingungen 2025 außer erneuerbaren Energien – ich sage es noch einmal: 40 % – und außer Kohle nichts mehr laufen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wenn Sie als Umweltschutzpartei sagen, es ist Ihnen lieber, dass Kohle läuft statt Gas, dann frage ich Sie wirklich, ob Sie wissen, wovon Sie reden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Sehr geehrter Herr Hartmann, wenn wir irgendwann so viel Windkraft oder Photovoltaik, wie Sie sich vorstellen, egal wo in Deutschland installiert haben und die daraus gewonnene Energie ausschließlich dazu dient, dass wir sie ins europäische Ausland transportieren, dann frage ich Sie, welchen Sinn das hat. Deshalb ist es richtig, auf das Thema Speichertechnologie noch einmal einzugehen. Ich bleibe dabei, es ist momentan unwirtschaftlich, egal welche Speicher. Es nützt nichts, die Spitzen immer mehr zu erhöhen, sie zu transportieren, wenn wir in der Zeit, in der kein Wind und keine Sonne zur Verfügung stehen, nichts haben. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Die Vertreterin des Bundeswirtschaftsministeriums hat gestern ganz klar gesagt, es stehen eine ganze Reihe von Entscheidungen an: Die Kraft-Wärme-Koppelung ist ein wichtiges Thema – dabei bleibe ich nach wie vor –, die energetische Gebäudesanierung, die Frage, wie die Leitungen verlegt werden müssen, und vor allem die Kapazitätsmärkte. Ich bleibe dabei, alles hängt mit allem zusammen. Wenn wir über all das entschieden haben, werden wir am Schluss das Paket zusammenschnüren.

Auf meine Anweisung fährt der Ministerpräsident jetzt nach Berlin

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Auf deine Anweisung!)

und wird mit den anderen Parteivorsitzenden verhandeln. Das ist das Wesen einer Großen Koalition, dass man solche Pakete gemeinsam verhandelt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 4 bis 8** auf:

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz I - Vergleichbare Klimaschutzziele für Bayern (Drs. 17/3597)**

und

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz II - Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für Bayern (Drs. 17/3598)**

und

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz III - Ehrliches Treibhausgas-Monitoring und Klimaschutzbeirat für Bayern (Drs. 17/3599)**

und

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz IV - Langfristige, verbindliche Klimaschutzziele für Bayern bis 2050 (Drs. 17/3600)**

und

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Antragspaket Klimaschutz V - Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr (Drs. 17/3601)**

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Vielleicht können wir uns beruhigen, damit wir die einzelnen Themenbereiche mitbekommen.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Harry Scheuenstuhl von der SPD. – Bitte schön, Herr Kollege. Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, jetzt wird es ernst. Vorhin haben wir die Theorie behandelt. Jetzt kann jeder beweisen, wie ernst er es mit dem Klimaschutz meint. Zeigen Sie der Bevölkerung, dass Sie keine Dampfplauderer sind, sondern auf diesem Gebiet wirklich etwas bewegen wollen. An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen und unserer Natascha Kohnen, die sich im Bereich Energie besonders profiliert hat und das Thema hervorragend begleitet, im Namen

der Fraktion einen herzlichen Dank für ihre hervorragende Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf unserer Erde wird es immer wärmer. Der Hauptgrund dafür ist die Freisetzung von Treibhausgasen durch die Verbrennung von Erdöl, Gas und natürlich Kohle. Der Klimawandel macht auch vor unserem schönen Bayernland nicht halt. So ist die Durchschnittstemperatur im Freistaat in den letzten 100 Jahren von acht auf neun Grad angestiegen. Die Sommertage haben zugenommen, die Eistage deutlich abgenommen. Langfristig muss der Süden Bayerns mit 20 bis 30 % mehr Niederschlag rechnen, während der ohnehin schon trockene Norden Bayerns noch trockener wird. Die Alpen sind mit einem Temperaturanstieg von mehr als 1,5 Grad Celsius in den letzten 100 Jahren besonders dramatisch von dieser Entwicklung betroffen. Uns droht ein Szenario mit unabsehbaren Folgen. Es drohen Ernte- und Viehzuchtverluste, schlechte Wasserqualität sowie eine massive Zunahme des Überflutungsrisikos.

Um diesen katastrophalen Folgen des global wirkenden Klimawandels entgegenzuwirken, haben sich die Industrieländer bereits im Jahr 1997 mit dem Kyoto-Protokoll darauf geeinigt, das Niveau der Treibhausgas-Emissionen im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 gegenüber dem Emissionsniveau von 1990 um 5,2 % zu reduzieren. Als Folge dieser europäischen Richtungsentscheidung hat die damalige Bundesregierung ein integriertes Energie- und Klimaprogramm beschlossen, welches bis zum Jahr 2030 eine Minderung der klimaschädlichen Treibhausgase um 40 % vorsieht. Bis zum Jahr 2050 soll dieser Wert bei 80 bis 95 % liegen. 2014 war übrigens das wärmste Jahr seit 1881, als mit den regelmäßigen Messungen begonnen wurde.

Manche werden sich jetzt fragen, was ein Land unserer Größenordnung schon ausrichten kann. Da möchte ich meinen Vorredner Sandro Kirchner zitieren, der gesagt hat, wir sollen Vorreiter sein. Wir sollten wirklich Vorreiter sein. Deshalb sollten wir als Industrieland und als Land, das das nötige Know-how hat, den anderen zeigen, wie es geht, den Energiewandel und den Klimawandel zu stemmen.

Wir haben deshalb folgendes Antragspaket geschnürt: Wir fordern die Staatsregierung auf, alle Treibhausgas-Emissionen in Bayern kontinuierlich statistisch zu erfassen und daraus – das betone ich jetzt ganz besonders – ein mit Bundeszielen vergleichbares Minderungsziel für Treibhausgas-Emissionen auf Basis von CO₂-Äquivalenten vorzugeben.

Alle Treibhausgas-Emissionen, das heißt auch die nicht energiebedingten Treibhausgas-Emissionen aus CO₂, Methan und Lachgas, sollten nämlich erfasst werden. In Bayern beschränkt sich das derzeitige Klimaziel aber auf energiebedingte CO₂-Emissionen. Andere Emissionen werden entgegen der bisherigen Meinung der Staatsregierung, die durch die Kollegen im Umweltausschuss vorgetragen wurde, nicht berücksichtigt. Belege ergeben sich aus Antworten auf Anfragen der SPD aus den Jahren 2010 und 2011. Hier wird nur von energiebedingten CO₂-Emissionen gesprochen. Bis zum Jahr 2014 wurde immer wieder von einer Berücksichtigung der energiebedingten CO₂-Emissionen gesprochen. Der damalige Minister Huber sitzt hier. Im Jahr 2014 haben Sie das persönlich gesagt: Bis zum Jahr 2020 sollen die energiebedingten CO₂-Emissionen in Bayern pro Kopf und Jahr auf deutlich unter sechs Tonnen gesenkt werden. Das ergibt sich aus Ihrer eigenen Pressemitteilung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, künftig muss Klarheit herrschen. Die Vernebelungstaktik der CSU muss ein für alle Mal ein Ende finden. Aus diesem Grund fordern wir, dass allen Treibhausgas-Emissionen Beachtung geschenkt wird. Das darf nicht nach Lust und Laune der jeweiligen Ministerin oder des jeweiligen Ministers geschehen. Wir fordern die Staatsregierung auf, ein integriertes Klima- und Energiekonzept vorzulegen; denn Energiepolitik und Klimaschutz gehören nun einmal zusammen. Ein solches Konzept ist dann sinnvoll, wenn die Klimaschutzziele mit Sektorenzielen wie zum Beispiel Verkehr – vergleichen Sie dazu bitte unseren Antrag Nummer 5 –, Industrie oder Haushalt verbunden werden und wenn Strategien und Maßnahmen hinterlegt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein jährliches Treibhausgas-Monitoring für Bayern vorzulegen. Im Rahmen dieses Monitorings soll die Wirksamkeit von Klimaschutzmaßnahmen im Hinblick auf die Klimaschutzziele regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls Anpassungsmaßnahmen vorgeschlagen werden. Beim Monitoring sind die Beiträge und Wechselwirkungen durch Klimaschutzmaßnahmen seitens des Bundes sowie der Europäischen Union zu berücksichtigen. Ein Klimaschutzbeirat, der sich aus den Mitgliedern der Bayerischen Klima-Allianz zusammensetzen könnte, soll die Umsetzung der Strategien und Maßnahmen sowie das Erreichen der Klimaschutzziele begleiten. Außerdem fordern wir die Staatsregierung auf, bis zum Jahr 2050 vergleichbare Klimaschutzziele für Bayern gesetzlich festzulegen und eine landesgesetzliche Konkretisierung des Klimaschutzbelangs, die beim Vollzug klimarelevanter Entscheidungen zu berücksichtigen ist, herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Übrigens haben wir sehr viel Zeit verloren. Die CSU hat unser Klimaschutzgesetz 2013 abgelehnt. Wir hätten viel mehr erreichen können. Wie wir vorhin gehört haben, handelt es sich bei der Staatsregierung um wahre Energieeinsparer. Klimaschutz ist ein Generationenthema und ein Thema der sozialen Gerechtigkeit. Hier sind langfristige und vor allem verbindliche Ziele notwendig. Wir wollen, dass auch künftige Generationen sauberes Wasser trinken, eine schadstoffarme Luft einatmen und sich an der schönen Natur Bayerns erfreuen können.

Wir haben – das als Schlussbemerkung – gehört, dass Herr Huber am vergangenen Donnerstag behauptet habe, bei der 10-H-Regelung bzw. bei der Festlegung von Standorten für Windkraftanlagen könnten die Gemeinden erst aufgrund der neuen Gesetze eingreifen. Ich weise das mit Entschiedenheit zurück und möchte Herrn Huber bitten, sich doch einmal zu erkundigen. Auch über den Regionalplan, in dem die Standorte für Windkraftanlagen festgelegt sind, könnten die Gemeinden eingreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, unserem Klimaschutzpaket zuzustimmen. Reden Sie nicht nur in der Aktuellen Stunde darüber, sondern lassen Sie Ihren Worten auch Taten folgen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Jetzt bitte ich die Kollegin Schorer-Dremel zum Rednerpult.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste!

Der Schutz der Umwelt, der Ressourcen und des Klimas erfordert, dass alle auf internationaler Ebene Verantwortlichen gemeinsam handeln und bereit sind, in gutem Glauben, dem Gesetz entsprechend und in Solidarität mit den schwächsten Regionen unseres Planeten zu arbeiten.

Dieses Zitat von Papst Benedikt XVI. aus dem Jahr 2009 zeigt, dass unser Klima und der Klimaschutz uns alle angehen, dass der Klimaschutz eine Aufgabe ist, die wir im Interesse von uns, aber auch im Interesse unserer Kinder, Enkelkinder und Urenkel gemeinsam erfüllen müssen. Ich denke, darüber sind wir uns im Hohen Haus alle einig. Die Frage ist nur: Wie können wir das erreichen? Hier kann man verschiedene Wege beschreiten und sicherlich auch unterschiedlicher Auffassung sein.

Um nicht zu weit auszuholen, möchte ich mich in meiner Rede auf zwei Punkte beschränken, nämlich auf

die langfristigen Klimaziele und das Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Staatsregierung auf, verbindliche Klimaschutzziele bis 2050 festzulegen und gesetzlich zu verankern. Dies deckt sich mit dem Gesetzentwurf der SPD vom 27. Mai 2013 zur Förderung des Klimaschutzes in Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes.

Eine Festlegung gesetzlich verankerter verbindlicher Klimaschutzziele auf Landesebene ist jedoch problematisch, weil die Einflussmöglichkeiten aufgrund der EU- und Bundesgesetzgebungskompetenzen begrenzt sind. Die EU- und bundesrechtlichen Vorschriften setzen den Ländern enge Grenzen bei der Festlegung und Erreichung selbst gesteckter Klimaschutzziele. Für die Aufstellung und Einhaltung von Klimaschutzziele auf internationaler Ebene ist die Bundesregierung völkerrechtlich verantwortlich. Dies gilt auch für die Klimaschutzziele der EU, zu deren Erreichung sich die Bundesregierung im Rahmen der Aufteilung von Minderungsbeiträgen, dem sogenannten Effort Sharing, verpflichtet.

Eine rechnerische Aufteilung von Minderungspflichten auf die einzelnen Bundesländer gibt es nicht. Wegen der bundesweit unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Ausgangssituationen ist eine direkte Übertragung von Minderungszielen des Bundes auf die Länder auch nicht zielführend. Es macht im Hinblick auf CO₂-emittierende Heizungsanlagen und den Straßenverkehr eben einen großen Unterschied, ob die Bevölkerungszahlen mittel- und langfristig stabil sind, wie bei uns in Bayern, oder ob sie sinken, wie etwa in Nordrhein-Westfalen. Gleiches gilt für die Wirtschaftsleistung, insbesondere des produzierenden Gewerbes und der Industrie. Auch insofern verzeichnet Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern zum Glück Zuwächse.

Auch die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen energiepolitischen Ausgangssituationen sind zu berücksichtigen. So gibt es etwa in Nordrhein-Westfalen einen hohen Anteil an Braunkohlestrom mit hohen CO₂-Emissionen und ein dementsprechend hohes CO₂-Minderungspotenzial. Bei uns sieht es bekanntlich anders aus.

Wegen all dieser und noch weiterer landesspezifischer Unterschiede, die man nicht wegdiskutieren kann, dürfen im Hinblick auf die Klimaschutzziele nicht alle Länder über einen Kamm geschoren werden. Gleichwohl dürfen die Länder auch nicht unabhängig voneinander gesehen werden; denn CO₂-Emissionen machen vor Bayerns Grenzen nicht halt. Das muss uns beunruhigen.

Werfen wir einmal einen Blick auf die 30 Kraftwerke mit den höchsten absoluten CO₂-Emissionen in Deutschland. Keines davon steht in Bayern.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Noch nicht!)

Ganz kurz: In Nordrhein-Westfalen stehen vier mit einer jährlichen Emission von 91,8 Millionen Tonnen CO₂, in Sachsen drei mit 36,6 Millionen Tonnen CO₂ - nur um Ihnen ungefähr ein Bild von den Zahlen zu geben.

(Florian von Brunn (SPD): Und Sie müssen die 46 % Atomstrom ersetzen!)

In den Klimaschutzgesetzen der anderen Bundesländer, speziell in den Gesetzen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, sind die Treibhausgas-Minderungsziele ebenfalls nicht verbindlich festgelegt, sondern es sollen bestimmte Minderungen erreicht oder angestrebt werden. Dort wird flexibel auf anstehende Entwicklungen und Herausforderungen reagiert. Trotz aller Unterschiede sind Klimaziele auf Landesebene eine wichtige Voraussetzung. Das bayerische Kabinett hat am 8. Juli 2014 das "Klimaschutzprogramm Bayern 2050" verabschiedet. Dieses wurde nach Anhörung gesellschaftlicher Akteure vom Umweltministerium federführend erarbeitet. Es basiert auf drei bewährten Säulen: Minderung von Emissionen, regionale Anpassung an die Folgen des Klimawandels und Ausbau der Forschung zur weiteren Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen. Bayern hat dafür allein von 2008 bis 2014 eine Milliarde Euro ausgegeben und im jetzigen Doppelhaushalt 170 Millionen zur Verfügung gestellt.

In Anlehnung an das europäische Minderungsziel sollen die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 % reduziert werden. Das heißt, pro Kopf und Jahr sollen sie um zwei Tonnen reduziert werden. Das ist ein vernünftiges Ziel mit hohen Ansprüchen, da wir in Bayern – das darf ich sagen – zwar auf einer Insel der Seligen leben, aber auf keiner vom Bund und Europa unabhängigen Insel. Daher ist das Anliegen der SPD, langfristig Klimaziele gesetzlich festzuschreiben, auf Landesebene allein nicht zu erfüllen. Ich meine, das Erreichen der Klimaschutzziele muss über Bayern hinaus gesehen werden. Hier sehe ich auch Energieminister Gabriel in der Pflicht, sich in den emissionsreichen Bundesländern für eine deutliche Verringerung einzusetzen, wozu er auch im Zuge der Weltklimakonferenz im letzten Jahr aufgefordert wurde.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Noch nicht, im Anschluss, bitte. – Treibhausgas-Emissionen sind aber

nicht nur auf die Energieerzeugung, sondern auch auf den Verkehr zurückzuführen. Hier beklagt die SPD, dass Bayern im Bundesländerindex Mobilität 2013 schlecht abgeschnitten habe, und fordert nun die Staatsregierung auf, ein Konzept zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr vorzulegen.

Dazu zwei Anmerkungen: Erstens. Das bayerische Abschneiden beim Mobilitätsindex beruht auf einer verzerrten Darstellung. Dieser Index ist ein Länder-ranking des Interessenverbandes "Allianz pro Schiene". Das schlechte Abschneiden, das hier moniert wird, ist nicht auf fehlendes Engagement des Freistaates zurückzuführen, sondern darauf, dass wir an dem Ranking gar nicht teilgenommen haben. Ebenfalls nicht teilgenommen haben Brandenburg, Hamburg und Niedersachsen, mit Bayern also insgesamt ein Viertel der deutschen Bundesländer. Das ist nicht aussagekräftig. Das ist genauso, wie wenn in der Formel 1 Sebastian Vettel gar nicht mitfahren würde, keine Punkte bekäme und in der Fahrerwertung auf dem letzten Platz landet. Was sagt das über die Fahrkünste des Weltmeisters aus? – Nichts!

Auch dem Hinweis auf eine Statisticklücke muss widersprochen werden. Es gibt nämlich zwei unterschiedliche Erhebungsmodalitäten, das sind die Verursacherbilanz und die Quellenbilanz. Die Bayerische Staatsregierung hat sich ganz bewusst für die Quellenbilanz entschieden. Diese weist auf der Basis des bayerischen Energieverbrauchs die realen CO₂-Emissionen in Bayern aus. Wenn wir wie die EU die Quellenbilanz als Grundlage haben, woanders aber die Verursacherbilanz verwendet wird, dann haben wir zwei unterschiedliche Projekte, die wir nicht miteinander vergleichen können. Zu meinem zweiten Punkt. Es gibt bereits ein Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr. Dessen Ziel, mit dem Zeithorizont 2020, ist es, die Energieeffizienz im Verkehr nachhaltig zu steigern, sodass der Ausstoß von Klimagas reduziert und gleichzeitig die Mobilität im Personen- und Güterverkehr gewährleistet wird. Dies geschieht bereits. Deshalb können wir, auch wenn der Ansatz positiv ist, den beiden Anträgen nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Florian von Brunn möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Florian von Brunn (SPD): Liebe Frau Kollegin, Sie haben darauf hingewiesen, dass Bayern im Moment noch - ich betone: im Moment noch - eine relativ gute CO₂-Bilanz hat. Das ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass seit dem Jahr 1900 die Wasserkraft

in Bayern ausgebaut worden ist. Das ist keine Errungenschaft, die sich die CSU zuschreiben kann. Darauf sollte man im Zusammenhang mit der Aktuellen Stunde doch verweisen. Ein weiterer Grund für die relativ gute CO₂-Bilanz ist der Umstand, dass wir einen Atomstromanteil von 46 % haben. Mich würde interessieren, ob Sie eine Einschätzung abgeben können, wo Bayern im Hinblick auf die CO₂-Bilanz stehen würde, wenn Sie in Bayern die Atomkraftwerke abschalten.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich sage ganz ehrlich: Ich kann diese Frage mit Zahlen nicht beantworten. Da müsste ich nachfragen. Ich meine aber, dass Bayern nicht unabhängig von den CO₂-Emissionen ist, die in den Ländern um uns herum entstehen. Diese Emissionen kommen ebenfalls bei uns an. Deshalb müssen die CO₂-Emissionen in Gesamtdeutschland gesehen werden, auch die Emissionen in den anderen Bundesländern. Wenn Sie die Zahl, nach der Sie gefragt haben, wirklich haben möchten, besorge ich sie Ihnen gerne.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt kommt Herr Kollege Zierer. Bitte.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Klimaschutz nach der Anwesenheit der Abgeordneten gewichtet würde, dann gute Nacht, Welt! Ich sage deutlich: Nicht nur gute Nacht Bayern, sondern gute Nacht Welt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Der Anteil der energiebedingten Emissionen an den gesamten Treibhausgas-Emissionen der Europäischen Union liegt bei ungefähr 80 %. Der wirksamste Schutz und die wirksamste Maßnahme ist daher die Umstellung auf erneuerbare Energien. Von der bayerischen Energieministerin, die jetzt leider nicht da ist, verlautete zuletzt, dass sie immer skeptischer gegenüber erneuerbaren Energiequellen werde, da deren Beitrag zu einer sicheren Grundversorgung zu gering sei. Was will uns die Ministerin damit sagen? – Doch keine Energiewende? Weiter mit Atomstrom? Diese Fragen muss sie beantworten.

Das Problem sind doch nicht die erneuerbaren Energien, sondern die unflexiblen Energien, zum Beispiel Kernkraftwerke, die auf wechselnde Wetterbedingungen einfach nicht schnell genug reagieren können. Was wir sicherlich nicht brauchen, sind unflexible Grundlastkraftwerke. Wir brauchen jedoch relativ

schnell eine mutige Politik, Entscheidungen und Wegweisungen, wie es weitergehen wird. Wir brauchen kein Drücken vor der Verantwortung und keine Politik nach dem Motto: Schau'n wir mal, wo wir keinem wehtun. Wir brauchen kein Handeln nach dem Motto: Wir wollen es jedem recht machen. Das geht nicht. Das wird nie funktionieren.

Die Staatsregierung bezeichnet sich selbst gerne als Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Bei was denn? – Tatsache ist doch, dass Bayern hier immer mehr den Anschluss verliert. In Schleswig-Holstein liegt der Anteil der erneuerbaren Energien beim Stromverbrauch bereits bei 90 %. In Mecklenburg-Vorpommern liegt er bei 88 %. In Bayern sind es nur 35 %, und das auch nur, wenn die jahrzehntealten Wasserkraftwerke dazugerechnet werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass gerade bei Wasserkraftwerken viele Betriebsgenehmigungen bis 2025 auslaufen werden. Was dann? Wenn ich mir die Auflagen der Naturschutzbehörden und der Umweltverbände ansehe, stelle ich fest, dass es noch wesentlich weniger werden.

Der Gipfel der Frechheit ist die 10-H-Regelung. Was damit an den erneuerbaren Energien verbochen wird, kann ich im Rahmen meiner Redezeit überhaupt nicht beschreiben.

Wie soll es eigentlich nach dem Jahr 2021 weitergehen? Die Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien enden alle im Jahre 2021. Zu diesem Zeitpunkt werden wir erst einen Anteil von 50 % beim Strom erreicht haben. Ich erwarte mir von der Staatsregierung eindeutige Aussagen. Sie soll endlich einmal erklären, mit welchen erneuerbaren Energien sie eine 100-prozentige regenerative Stromerzeugung erreichen will. Sie sollten dabei nicht nur das Jahr nennen, sondern auch das Jahrhundert. Dies wäre sehr wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Einer der wichtigsten Bausteine für den Klimaschutz wäre ein wirksamer Emissionshandel. In der letzten Legislaturperiode wurde in den Landtag ein Antrag eingebracht, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wurde, sich endlich dafür einzusetzen, dass das Überangebot an CO₂-Zertifikaten verringert wird. Dies hat die CSU-Fraktion leider abgelehnt. Damit können die Betreiber von Kohlekraftwerken weiterhin schmutzige Braunkohle zu Dumpingpreisen einspeisen.

Wir alle wissen: Die Kohle ist Klimakiller Nummer 1. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, deshalb wäre es schön, wenn Sie einmal mit Ihren Parteifreunden in Brandenburg und in Nordrhein-Westfalen über den Klimaschutz sprechen würden; denn diese

setzen sich dort vehement für den Kohleabbau und für die Kohleverstromung ein. Das ist einfach so.

Für den Klimaschutz wäre neben der Stromwende die Wärmewende mindestens genauso wichtig. Rund 35 % der CO₂-Emissionen in Bayern entfallen auf den Gebäude-Sektor. Die CSU ist seit neun Jahren im Bund an der Regierung, und noch immer gibt es kein Programm zur Förderung der steuerlichen Absetzbarkeit von energetischen Gebäudesanierungen. Das ist bedauerlich und schade. Ein Antrag dazu wurde auch abgelehnt. Wir FREIEN WÄHLER fordern seit Langem ein Förderprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude. Bei den Haushaltsberatungen wurde dieser Antrag leider abgelehnt.

Nun komme ich zu den Anträgen der SPD. Sie fordern ein Konzept. Das ist absolut richtig. Sie fordern ein Monitoring. Das ist auch richtig. Nur, mit einem Konzept und einem Monitoring allein werden wir nichts einsparen. Sie müssen auf Ihre Bundespartei einwirken, dass in Bonn die richtigen Beschlüsse dazu gefasst werden.

(Florian von Brunn (SPD): In Berlin!)

- In Berlin, Entschuldigung. – Entscheidend ist natürlich die Umsetzung von konkreten Maßnahmen. Hier gibt es enorm viel zu tun. Dies sollten wir alle, die wir hier sitzen, tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn auf meine Vorrednerin, Frau Schorer-Dremel, eingehen, da sich für mich noch einige Fragen stellen. Sie sagen, es wäre wichtig, dass die Ziele auf der Landesebene festgelegt würden. Das ist aber äußerst problematisch und nicht umsetzbar; denn völkerrechtlich ist die Bundesregierung für den Klimaschutz verantwortlich. Damit sind wir wieder bei der Bundesregierung. In der Aktuellen Stunde waren wir auch schon so weit. Ich kann es nicht mehr hören.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch beim Klimaschutz schieben wir die Verantwortung an den Bund weiter. Sie sagen: Wir haben in Bayern keine vergleichbare Bilanz, deshalb kämen wir in Bayern schlechter weg; unsere Bevölkerung nimmt nichts ab, und wir haben eine Industrie, die sehr viel verbraucht; mit einer vergleichbaren Bilanz könnten wir uns jedoch darstellen und uns gut mit anderen

Ländern vergleichen. Dann könnten wir endlich einmal zu einer gewissen Ehrlichkeit kommen.

Momentan sind wir das einzige Bundesland, das immer noch mit der Quellenbilanz arbeitet, also nach dem Verursacherprinzip bilanziert, und nicht parallel auch nach dem Verbraucherprinzip. Es wäre ehrlich, wenn wir endlich einmal sagen würden, was wir verbrauchen. Das müssten wir bilanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist schwer, jemandem beizubringen, dass den Strom, der durch die Verstromung der Braunkohle in Brandenburg gewonnen und zu uns geliefert wird, das Land Brandenburg bilanzieren soll. Erklären Sie mir einmal, wo hier die Gerechtigkeit bleibt.

Das Beste war, als Sie auf die Nachfrage der SPD eingegangen sind. Wenn mehr Erdgas verstromt wird, wollen Sie es doch wieder deutschlandweit bilanzieren, dann möchten Sie wieder umschalten auf das Verbraucherprinzip. Sie picken sich die Rosinen heraus und haben nicht den Mut, einmal zu sagen: Das ist unsere Bilanz; da stehen wir; wo geht's weiter?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Aktuellen Stunde hatten wir bereits eine Diskussion zum Thema Gaskraftwerke/Klimaschutz; hier noch einmal unsere klare Botschaft: Klimaschutz und ein massiver Einsatz von Gaskraftwerken gehen nicht zusammen. So werden wir die Klimaschutzziele nicht erreichen, die besagen, dass wir als Industrieland im Jahr 2050 95 % weniger Kohlendioxid emittieren sollen. Das heißt: Wir müssen in allen Bereichen konsequent sparen. Im Strombereich ist es am allereinfachsten; bei Wärme und Mobilität werden wir noch sehr große Herausforderungen haben. Deswegen sage ich: Wir scheitern schon an den "low hanging fruits". Ich hoffe, dass Sie nicht mehr an der Regierung sind, wenn's ans Eingemachte geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Ablehnung aller fünf Anträge der SPD, die heute vorgestellt wurden und die ich wirklich sehr begrüße, leisten Sie einen Offenbarungseid; denn diese fünf Anträge wären wirklich konkreter Klimaschutz; es geht um eine ehrliche Bestandsaufnahme, eine regelmäßige Erfassung, um Monitoring, um Vergleichbarkeit. Ich habe gerade dargestellt, dass wir uns als einziges Bundesland noch dagegen sträuben. Die Anträge kann man eigentlich nicht guten Gewissens ablehnen; mit Ihrer Ablehnung ist für mich der Offenbarungseid geleistet: Sie wollen keinen Klimaschutz; Sie wollen so wie bisher weitermachen. Herr Huber hat eben schon gesagt: Bayern ist spitze,

Bayern ist toll, die CSU hat Bayern erfunden – ja super. Alles andere interessiert uns nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch total unglaubwürdig!)

- Genau. – Im Antrag II der SPD wird ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept gefordert. Ich würde sehr begrüßen, wenn das auch partizipativ gemacht würde, also gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet würde. Zudem wäre eine Zielvorgabe gut, beispielsweise könnte man sagen: Bis zum Jahr 2017 soll das Ziel erreicht werden. Ganz wichtig wären auch Teilschritte; man sollte nicht immer nur bis 2050 schauen. Das geht uns alles relativ locker von den Lippen; denn 2050 sind nur noch wenige von denen da, die heute hier sitzen. Die Reihen sind heute ohnehin nicht besonders dicht besetzt; der Saal ist relativ leer. Dann wird er auf jeden Fall ganz leer sein.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das wollen wir aber nicht hoffen; dann werden doch wohl neue Abgeordnete da sein!)

Wir brauchen klare Ziele, wohin es gehen soll, und Zwischentappen. Da begrüße ich das Vorbild von Baden-Württemberg sehr: Dort hat man es geschafft, auch die Bereiche Landwirtschaft/Landnutzung in ein integriertes Klimaschutzkonzept einzubeziehen und klar Stellung zu beziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klimaallianz soll fortgeführt und ausgebaut werden, steht hier geschrieben. Wir können dabei durchaus auf vielem aufbauen; es wurde einiges getan. Herr Marcel Huber – er war gerade noch anwesend – ist da durchaus zu loben. Momentan fehlen hier aber komplett die Initiativen. Das Ganze ist eingeschlafen; das bedauern wir sehr. Sie als CSU müssten wirklich das Heft wieder in die Hand nehmen und das Ganze vorantreiben.

Uns ist wichtig: Wir brauchen ehrliche Bilanzen, eine zum Verursacherprinzip und eine zum Verbraucherprinzip. Wir müssen in Bayern wissen, an welchen Stellschrauben zu drehen ist, um Klimaschutz betreiben zu können. Der Verkehrsbereich wurde gerade schon andiskutiert; momentan trägt der Verkehr 50 % zum Endenergieverbrauch bei. Wenn man das runterbricht, ergibt sich damit ungefähr ein Drittel der Kohlendioxidemissionen. Wir haben also im Verkehrsbereich enorm hohe Emissionen, die nicht zurückgehen, wie ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zeigt. Da sind wir in Bayern im Vergleich mit anderen Bundesländern wirklich das Schlusslicht; da müssen wir anpacken. Eine Klimabilanz würde uns zeigen, wo die großen Stellschrauben sind, um das Richtige zu

tun und um die Mittel richtig einzusetzen. Die 170 Millionen, die eben von meiner Vorrednerin, Frau Schorer-Dremel, schon erwähnt wurden, finden sich irgendwo im Haushalt; aber in den Bereich Effizienz oder Gebäudedämmung haben Sie nur zehn, fünfzehn Millionen eingestellt. Das sind etwa 0,02 % des bayerischen Haushalts. Das ist ein Witz; so wird Klimaschutz nicht gelingen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb müssen wir den Klimaschutz auf allen Ebenen anpacken. Wir dürfen nicht immer nur sagen: Der Bund soll machen. Der Bund muss natürlich auch handeln, das ist klar. Aber wir müssen hier in Bayern, in den Landkreisen, in den Kommunen unsere Hausaufgaben erledigen. Der kommunale Klimaschutz muss gestärkt werden; das ist uns ganz wichtig. Da erwarten wir von Ihnen, dass Sie Maßnahmen auflegen, dass Sie die Ergebnisse des Energiedialogs ernst nehmen. Wir haben heute ein paar Mal gehört, wie toll er war – nehmen Sie die Meinungen der Experten also ernst; setzen Sie sie um! Eine Ablehnung aller fünf Anträge der SPD finde ich wirklich bodenlos. Deswegen geht mein klarer Appell an Sie:

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Machen Sie beim Klimaschutz endlich Nägel mit Köpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich den Kollegen Hans Ritt.

Hans Ritt (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich auf eines hinweisen, Herr Kollege Scheuenstuhl: Sie sagen, wie wichtig Ihnen von der SPD die heutigen Anträge sind. Bei Ihrer Vorstellung der Anträge habe ich hier im Plenum elf Kollegen aus Ihrer Fraktion gesehen. Daran sieht man die Wichtigkeit.

(Florian von Brunn (SPD): Aber wir stellen wenigstens solche Anträge!)

- Sie stellen sie, und ich antworte jetzt, Herr Kollege von Brunn. Ich sage Ihnen, dass alle Ihre Anträge seitens der Bayerischen Staatsregierung bereits vollumfänglich erfüllt sind. Sie werden das erkennen. Im Antragspaket der SPD sind Vorschläge zur Reduzierung der Treibhausgase beinhaltet; die Staatsregierung wird zu Handhabungen aufgefordert, die bereits verwirklicht sind; andere Vorschläge sind auf Landesebene nicht sinnvoll respektive nicht durchführbar.

Der Klimaschutz ist eine der wichtigsten Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit – da stimme ich Ihnen zu, Herr Kollege Scheuenstuhl – und zugleich eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Schutz des Klimas und dahin gehende Zielsetzungen haben in Bayern eine lange Tradition und bleiben weiterhin vorrangiges Ziel der Staatsregierung. Der Klimawandel ist eine der existenziellen Zukunftsfragen. Das hat Bayern sehr früh erkannt, wie Sie zum Beispiel an den Bemühungen und Intentionen der Bayerischen Staatsregierung erkennen: Bereits 1987 wies der Freistaat Bayern mit einer Bundesratsentschließung zur Einrichtung eines wissenschaftlichen Klimabeirats auf die Dringlichkeit dieses Themas hin.

Als bevollmächtigter Kaminkehrermeister und qualifizierter Energieberater leiste ich selbst einen entscheidenden Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz in Bayern und trage zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung hinsichtlich eines verantwortungsvollen Umgangs mit den Energieressourcen bei. Da die Aufgaben des Kaminkehrers eng mit den Inhalten des Klimaschutzes verbunden sind, verstehe ich mich selbst als Klimaschutzhandwerker und bekenne mich aufgrund meines beruflichen Hintergrundes zu meiner Verantwortung für den Klimaschutz. Daran erkennen Sie die immense Wichtigkeit des Klimaschutzes für meine Funktion als CSU-Politiker, aber auch seine besondere Qualität in meinem persönlichen Empfinden.

Anhand folgender Argumente möchte ich Ihnen unsere Haltung zu den Anträgen sach- und fachgerecht erklären: Mit dem Antrag auf Drucksache 17/3597 fordert die SPD die Staatsregierung auf, alle Treibhausgasemissionen in Bayern kontinuierlich statistisch zu erfassen. Dies soll Grundlage für ein mit den Bundeszielen vergleichbares Minderungsziel von Treibhausgas-Emissionen auf Basis von CO₂-Äquivalenten für den Freistaat sein. - Für die Zeit ab 1995 werden in Bayern Daten zu den Treibhausgas-Emissionen veröffentlicht und seit dem Jahr 2003 jährlich erfasst, wobei sowohl die energiebedingten als auch die nicht energiebedingten Treibhausgasemissionen enthalten sind. Dies betrifft besonders die Emissionen aus Methan und Lachgas, der Abfallwirtschaft, der Abwasserbeseitigung, der Landwirtschaft, aus Verkehr, aus Prozessen und Produktanwendungen sowie aus Energiegewinnungs-, Energieverteilungs- und Feuerungsanlagen. Die Gesamtstatistik der Treibhausgase in Bayern umfasst alle diese Daten und stellt einen Gesamtwert in CO₂-Äquivalenten dar. Alle Treibhausgas-Emissionen sind beim Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung abrufbar.

(Christine Kamm (GRÜNE): Die Daten sind veraltet, Herr Kollege!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit schon überschritten. Mir liegt jedoch eine Zwischenbemerkung vor. Für die Beantwortung bekommen Sie wieder zwei Minuten Redezeit, wenn Sie Herrn Kollegen Scheuenstuhl zu Wort kommen lassen.

Hans Ritt (CSU): Dann habe ich wieder zwei Minuten?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jawohl, dann haben Sie wieder zwei Minuten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Hans Ritt (CSU): Bitte, Herr Kollege Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Kollege Ritt, selbstverständlich werden die Zahlen der Treibhausgas-Emissionen erfasst. Deswegen steht das Wort "und" in unserem Antrag. Vorhin habe ich das ganz besonderes betont. Wir fordern zusätzlich die Festlegung von Zielen. Anders als die Veröffentlichungen, insbesondere des ehemaligen Umweltministers Huber, sagen wir, dass nur die energiebedingten Emissionen erfasst bzw. bewertet werden. Die Ziele werden immer wieder nur auf die energiebedingten CO₂-Emissionen abgestellt. So kann man keinen Klimaschutz machen. Es geht nicht darum, Zahlen zu jonglieren. Stattdessen müssen wir den Bürgern ehrlich sagen: Das sind unsere Emissionen, und gegen diese müssen wir etwas tun.

Sie und Ihre Kollegin haben eben gesagt: Wir stellen den Klimaschutz in Bayern jetzt ein. Das kann doch nicht unser Ernst sein. Wir können den jungen Menschen, die dort oben sitzen, nicht sagen: Bayern verzichtet ab sofort auf den Klimaschutz. Das wollen wir mit Sicherheit nicht. Im Gegenteil, wir müssen – da müssen Sie mir recht geben – einen Pakt mit den jungen Leuten eingehen, für deren Zukunft wir arbeiten. Wir müssen einen Pakt eingehen und uns für die Klimaziele verbürgen. Wir sollten nicht hergehen und sagen: Wir können nichts machen, die anderen sollen etwas machen. Wenn Sie nicht in der Lage sind, Projekte zu finden, werde ich Ihnen einige zeigen. Wie ist Ihre Meinung dazu?

(Beifall bei der SPD)

Hans Ritt (CSU): Herr Kollege Scheuenstuhl, sowohl die energiebedingten als auch die nicht-energiebedingten Emissionen werden erfasst und dargestellt. Außerdem darf ich Ihnen eines sagen: Wissen Sie, was es weltweit bedeuten würde, wenn wir heute im

Landtag beschließen würden, dass Bayern kein CO₂ mehr ausstoßen wird? Der CO₂-Ausstoß in Bayern liegt bei 75,2 Millionen Tonnen. Im Jahr 1990 betrug der CO₂-Ausstoß in Bayern 85 Millionen Tonnen. Die Welt verbrauchte im Jahr 2013 39,6 Milliarden Tonnen CO₂. Im Jahr 1990 waren es 22,6 Milliarden Tonnen CO₂. Wissen Sie, was es weltweit ausmachen würde, wenn wir heute beschließen würden, kein CO₂ mehr auszustoßen? – Nichts.

(Widerspruch bei der SPD)

Sicher sind wir uns alle darüber einig, dass Bayern eine Vorbildfunktion erfüllt. Bayern hat im deutschlandweiten Vergleich den CO₂-Ausstoß am stärksten gesenkt. Die bayerische Bevölkerung macht 16 % der deutschen Bevölkerung aus. Die CO₂-Emissionen Bayerns machen mit sechs Tonnen nur einen Bruchteil des deutschlandweiten Schnitts aus. In Nordrhein-Westfalen setzt man verstärkt auf die Kohlekraft. Dort müssen die Anträge gestellt werden, nicht in Bayern. - Frau Präsidentin, habe ich noch kurz Zeit?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ihre restliche Redezeit beträgt 25 Sekunden.

Hans Ritt (CSU): Abschließend darf ich zu den Anträgen der SPD sagen: Sie sind in Bayern vollumfänglich erfüllt. Folglich sind die fünf Anträge abzulehnen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Jetzt hat Staatsministerin Scharf um das Wort gebeten.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über die Anträge, die die SPD heute vorlegt, weil sie im Grundsatz einen Konsens zum Ausdruck bringen: Wer Zukunft ernten will, der muss Klimaschutz säen. Wir wissen – das ist heute schon mehrfach angesprochen worden –, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist. Aus meiner Sicht ist Klimawandel die Kulisse, vor der sich unsere Geschichte in diesem Jahrhundert abspielen wird. Am Klimawandel entscheidet sich definitiv das Schicksal von Frieden, Freiheit und Wohlstand. Jeder verantwortlich Handelnde und jeder Staat, der die Dimension des Problems Klimawandel nicht verstanden hat, ist selbst Teil dieses Problems. Deshalb freue ich mich auch über die bescheidenen Ziele, die in der Einigung zwischen China und den USA zur CO₂-Reduzierung aufgestellt wurden. Sie sind ein wichtiges Signal und ein Schub für die Kli-

makonferenz in Paris Ende dieses Jahres. Ich freue mich auch über die ablesbaren Erfolge in den kleineren Ländern.

Sie sagen: Wir sichern die Lebensgrundlagen unserer Kinder und unserer Enkel. Wir bekennen uns zu einer Politik weit über den nächsten Wahltermin hinaus. Für uns ist Klimaschutz keine Frage der Einwohnerstärke, sondern eine Frage der Charakterstärke.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben heute fünf Anträge vorgelegt, die für mich eines ganz klar zum Ausdruck bringen: dass in diesem Hohen Haus die Klimaschutzpolitik, die wir seit Langem betreiben, noch nicht wirklich angekommen und nicht alles bekannt ist. Wir haben uns schon vor Jahren gegen eine parteipolitische Kurzsichtigkeit und für eine Politik der Weitsichtigkeit entschieden. Das belege ich ganz klar mit dem Klimaschutzprogramm Bayern 2050, das wir im letzten Jahr gemeinsam verabschiedet haben. Dieses Programm steht breit und fest auf drei Säulen, nämlich Emissionsminderung, Anpassung und Forschung. Dafür haben wir im Doppelhaushalt 170 Millionen Euro bereitgestellt. Ich möchte nicht, dass dieser Betrag kleingeredet wird.

Bereits heute liegen wir bei den Treibhausgas-Emissionen weit unter dem Bundesdurchschnitt – auch das wissen Sie. Allerdings reicht uns das noch nicht aus. Wir wollen die Emissionen bis zum Jahr 2050 auf weniger als zwei Tonnen pro Kopf und Jahr senken. Bis dahin haben wir Zielmarken. Bis zum Jahr 2020 soll der energiebedingte CO₂-Ausstoß auf deutlich unter sechs Tonnen, bis zum Jahr 2030 auf deutlich unter fünf Tonnen reduziert werden.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie haben von einer Reduzierung auf zwei Tonnen CO₂ gesprochen!)

- Bis zum Jahr 2050 wollen wir den CO₂-Ausstoß auf zwei Tonnen reduziert haben. Herr Kollege, bei den Jahreszahlen sollten Sie bitte genau aufpassen. - Ich weiß, das ist ehrgeizig. Für uns ist es keine Option, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir werden uns immer wieder fragen: Wie kann der Klimaschutz in der Region noch verbessert werden? Wie sichert man ökologische und ökonomische Zukunftskraft? Wie stellt man rechtzeitig die Weichen für Nachhaltigkeit und Generationenverantwortung in Bayern? Meine Damen und Herren, in Bayern sind diese Weichen längst gestellt. Das Antragspaket der SPD läuft ins Leere.

Trotzdem nehme ich gerne zu den einzelnen Anträgen Stellung. Ihr Antragspaket Klimaschutz I – so nennen Sie es – fordert die Erfassung aller Treibhaus-

gas-Emissionen und Minderungsziele nach CO₂-Äquivalenten. Dazu haben meine Vorredner schon etwas gesagt. Ich teile Ihnen mit: Bayern erfasst und veröffentlicht Treibhausgas-Emissionen seit Jahrzehnten, seit dem Jahr 2003 auch jährlich. Liebe Frau Kollegin, diese Zahlen sind auch aktuell. Selbstverständlich sind in der Bilanz energie- und nicht-energiebedingte Emissionen enthalten. Herr Kollege Scheuenstuhl, die Daten für Methan und Lachgas sind ebenfalls erfasst. Ebenso werden die Emissionen als Gesamtwert in CO₂-Äquivalenten dargestellt. Schauen Sie sich die Daten einfach noch einmal genau an. Ihr Antrag beruht schlichtweg auf falschen Annahmen. Die Bundesregierung strebt bis zum Jahr 2050 eine Minderung bei Treibhausgasen um 80 bis 95 % an. Das entspricht einem Pro-Kopf-Wert von 0,8 bis 3 Tonnen. Mit unserem Zwei-Tonnen-Ziel, das ich vorhin schon erwähnt habe, liegen wir exakt in diesem Korridor.

Zu Ihrem Antragspaket II, Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für Bayern, kann ich Ihnen nur sagen: Dort, wo jeder zuständig ist, ist auch keiner verantwortlich. Die Menschen erwarten von uns eine ganz klare Definition von Verantwortung und damit zusammenhängend eine ganz klare und optimale Abstimmung mit allen Verantwortungsträgern untereinander. Deshalb setzt mein Haus das Klimaschutzprogramm federführend um. Deswegen arbeiten wir mit allen Playern an allen Schnittstellen eng zusammen. Wir setzen auf eine enge Ressortabstimmung anstatt auf ein starres Mammutkonzept. Liebe Damen und Herren von der SPD, aus demselben Grund legen Energieminister Gabriel und Klimaministerin Hendricks kein gemeinsames Konzept im Bund auf. Ich freue mich über diese beiden Zeugen; sie dürften der CSU-Nähe weitgehend unverdächtig sein.

Zum Antragspaket Klimaschutz III, ehrliches Treibhausgas-Monitoring und Klimaschutzbeirat, kann ich Ihnen nur sagen: Das Monitoring machen wir seit 2003, und zwar jedes Jahr. Schauen Sie bitte beim Landesamt für Statistik nach; dort finden Sie die Daten zu jeder Zeit. Das ist für jedermann einsehbar.

Eine Differenzierung zwischen Maßnahmen von Bund, Land und EU ist nicht möglich, weil die Instrumente auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Trotzdem haben wir ein verlässliches Bild von der Wirksamkeit unserer Klimaschutzmaßnahmen in Bayern. Beispielsweise hatten wir 2011 eine CO₂-Intensität von 58 % des Jahres 1991. Das ist ein enormer Fortschritt in Sachen Reduktion der CO₂-Emissionen. Kollege Ritt hat es Ihnen genau dargelegt und anhand von Zahlen belegt – eine klare Bestätigung unserer Klimaschutzpolitik.

Wir handeln nicht aus dem Bauch heraus; wir lassen uns natürlich beraten. Es ist eine gute Idee, einen bayerischen Klimarat zu haben. Wir haben diesen Klimarat seit 2007; er berät uns mit hohem Sachverstand.

Ihr vierter Antrag zielt auf gesetzlich verbindliche Klimaschutzziele. Meine Damen und Herren, das ist ein bisschen so, wie wenn sich der FC Bayern zum Gewinn eines Triple in jeder Saison verpflichtet.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die schaffen es jetzt!)

– Die schaffen es, die haben es schon unter Beweis gestellt.

(Florian von Brunn (SPD): Nehmen Sie sich ein Beispiel daran, Frau Ministerin!)

Gesetzliche Klimaschutzziele auf Landesebene – ich betone: gesetzliche – sind eine Irreführung der Menschen. Jeder weiß, dass beim Klimaschutz die Gesetzgebung von Bund und EU dominiert. Auch das wurde vorher schon erwähnt. Damit ist jedes Klimaschutzgesetz zur Unverbindlichkeit verdammt. Ich zitiere jetzt ein paar Zeilen aus dem baden-württembergischen Gesetz. Dort steht:

Die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent verringert werden ... ; bis zum Jahr 2050 wird eine Minderung um 90 Prozent angestrebt.

Ich betone "soll verringert werden" und "wird angestrebt" – Verbindlichkeit, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Wir stehen in Bayern für die echte Verbindlichkeit. Wir stehen für klar formulierte Ziele. Lesen Sie diese bitte einmal im "Klimaschutzprogramm Bayern 2050" nach.

Zu Ihrem Antrag "Klimaschutz V – Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr" sage ich Ihnen nur: Die Staatsregierung hat bereits ein solches Konzept. Wir steigern die Energieeffizienz im Verkehr bis 2020 nachhaltig, und zwar ohne Einschränkung von Mobilität. Dieses Ziel haben wir unter anderem auch in unserem "Klimaprogramm Bayern 2020" verankert. Das von Ihnen geforderte Konzept ist längst vorhanden.

Nicht vorhanden ist dagegen die von Ihnen behauptete Statistiklücke. Das stimmt so nicht. Wir haben uns bewusst für die sogenannte Quellenbilanz entschieden. Damit kann man tatsächliche CO₂-Emissionen pro Land ermitteln. Wichtig ist zu betonen: Diese Quellenbilanz ist der gängige EU-Standard, und sie ist

internationaler Standard. An der Stelle darf ich betonen: Der Klimawandel findet global statt. Wir tun gut daran, uns an internationale Standards anzupassen.

Meine Damen und Herren, mein Fazit ist deshalb: Wir haben die Wünsche der SPD schon erfüllt, noch bevor sie sie überhaupt hatte.

(Lachen des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Die Forderungen zum Klimaschutz sind allesamt bereits erfüllt. Ich bitte Sie, die Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sollen wir sie zurückziehen?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Ich habe zwei Zwischenbemerkungen: zunächst Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Ministerin Scharf, ich gehe davon aus, dass Sie heute Nacht ziemlich schlecht geschlafen haben; denn nach dem Ergebnis des Energiedialogs,

(Staatsministerin Ulrike Scharf: Ziemlich gut!)

den Atomkraftstrom eins zu eins durch Gaskraft zu ersetzen, werden wir die Klimaschutzziele, die Sie eben erwähnt haben, unter sechs Tonnen Ausstoß, nie erreichen. Ich würde – erste Frage – dazu von Ihnen gerne eine kurze Stellungnahme hören, wie das funktionieren soll.

Zweitens. Ich habe in der Vorbereitung auf die Rede heute die CO₂-Bilanzen nachgesehen, die Bayern bis jetzt abgeliefert hat. Für das Jahr 2012 ist noch nichts vorhanden. Wir haben jetzt das Jahr 2015. Die aktuellste Bilanz ist aus 2011. Die anderen Bundesländer haben alle schon geliefert. Da ist die Frage: Wann kommen diese Zahlen? Der Einwurf von Frau Kamm ist durchaus berechtigt, dass das alles veraltet ist.

Die dritte Frage betrifft das Verbraucherprinzip. Alle Bundesländer der Bundesrepublik bis auf Bayern bilanzieren mittlerweile nach dem Verbraucherprinzip. Sie bilanzieren zwar nach der Quellenbilanz, aber auch nach dem Verbraucherprinzip. Nur dann kann ich vergleichen und feststellen: Das verbraucht unsere Industrie, das verbraucht der Verkehr usw. Für eine Verbindlichkeit brauchen wir das Verbraucherprinzip. Welche Begründung haben Sie dafür, dass wir als einziges Bundesland immer noch so bilanzieren? Oder andersherum gefragt: Wann erstellen Sie endlich die Verbraucherbilanz für den CO₂-Ausstoß?

Die letzte Frage betrifft das Konzept Verkehr. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass die CO₂-Emissionen im Verkehr, der Endenergieverbrauch, Jahr für Jahr steigen. Sie sagen, Sie hätten ein Konzept. Dann müsste ich sagen: Nehmen Sie das Konzept und überarbeiten Sie es, oder machen Sie sonst etwas damit. Es muss aber etwas passieren.

Die Anträge der SPD gehen wirklich in die richtige Richtung. Ich finde es sehr schade, dass sie einfach abgelehnt werden. Ihre Antworten dazu würden mich interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte schön.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Kollege Stümpfig, zunächst vielen Dank für die Nachfrage: Ich habe heute Nacht gut geschlafen, so wie ich das meistens tue. – Zu den Zahlen darf ich Ihnen sagen: Ich weiß nicht, bei welchen Quellen Sie nachschauen; meine Daten beschreiben den Stand des Jahres 2014.

Zu Ihrer Frage nach dem Verbraucherprinzip oder der Quellenbilanz kann ich Ihnen nur sagen: Wir gehen nach internationalen Standards vor. Es hat sehr viel mehr Sinn, sich international zu vergleichen. Ich habe es vorhin schon erwähnt – vielleicht haben Sie aufgepasst –: Klimaschutz und Klimawandel finden global statt und nicht regional.

Ganz grundsätzlich muss ich sagen, dass ich mich schon ein bisschen über dieses Selbstbewusstsein von Rot-Grün wundere. Sie sprechen da von Offenheit und Ehrlichkeit und von Verantwortung. Wenn ich mir anschau – jetzt komme ich zu Ihrem Thema Energie -, dass NRW der größte Kohleverbraucher in der Republik ist, der größte Klimakiller, dann kann ich nur sagen: Dort regiert Rot-Grün. Sie haben zwar jede Menge Kohle, aber keinen Cent Geld.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Schlechte Manieren haben Sie schnell gelernt!)

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Herr Ritt hat uns gerade gesagt, eigentlich sei es egal, was wir in Bayern im Klimaschutz machen, auf uns kommt es eh nicht an. Was sagen Sie denn dazu?

(Zuruf von der CSU)

Zweite Frage: Sie haben gerade gesagt, unsere Anträge seien im Grunde unnötig, sie würden ins Leere laufen. Machen wir im Bereich Verkehr doch einmal den Faktencheck: Der Ausstoß von Treibhausgasen im Sektor Verkehr ist in Bayern anteilmäßig doppelt so hoch wie im Bundesgebiet. Sie sagen das, was Sie immer sagen: Wir haben ein Problem, die Staatsregierung hat zwar nichts gemacht, wir haben aber ein tolles Konzept in der Schublade liegen. – Was bringt uns das Konzept in der Schublade, Frau Staatsministerin? Sie sagen ganz offiziell in Antworten auf Anfragen, eine integrierte Verkehrsplanung findet in Bayern nicht statt. Das ist ein wörtliches Zitat des Innenministeriums. Wenn Verkehr da ist, dann ist Ihre Antwort: Sie bauen Straßen.

Bei allen Projekten im öffentlichen Verkehr haben wir Stillstand und kommen nicht weiter, sei es die Elektrifizierung von Bahnstrecken, sei es das S-Bahn-Netz München usw. Was ist denn konkret Ihr Projekt für einen klimafreundlichen Verkehr? Das würde ich an der Stelle gerne einmal wissen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Ich kann Ihnen erstens sagen, dass der CO₂-Wert bei uns in Bayern noch mit der Beste im Bundesvergleich ist.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt nicht!)

- Das stimmt schon. Dann haben wir unterschiedliche Zahlen.

(Florian von Brunn (SPD): Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!)

- Wenn wir nicht mehr den Zahlen vertrauen sollen, die wir ermitteln, Sorge ich mich um die Vergleichbarkeit.

Herr von Brunn, Sie können sich die Rede nachher noch einmal anhören. Sie wissen, dass wir eine Mediathek haben. Sie können sich nachher alle Antworten, die Sie von mir gerne noch einmal hören möchten, anhören. Ich habe zu jedem einzelnen Antrag von Ihnen ganz klar Stellung bezogen und habe Ihnen die Antworten geliefert. Hören Sie sich das einfach noch einmal an!

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Jetzt drücken Sie sich um die Antwort! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Auch nicht schön!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz zugrunde legen? - Danke schön. Das ist der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Anträge sind abgelehnt.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfassungsauftrag ernstnehmen -
Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement umsetzen (Drs. 17/3718)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Ich bitte den ersten Redner, Herrn Kollegen Dr. Fahn, zum Rednerpult.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! In unserem Antrag geht es um die Förderung der Anerkennungskultur in Bayern. Es handelt sich um einen sogenannten Innovationspreis, der ausgelobt werden und bereits im Jahr 2015 vergeben werden sollte. Im Haushalt 2015 ist dafür aber kein einziger Euro vorgesehen. Der Gesamthaushalt 2015 umfasst 51,2 Milliarden Euro. Aber für die 100.000 Euro für den Innovationspreis – das sind rund 0,0002 % der Gesamtausgaben – hat die CSU keinen einzigen Cent übrig. Man kann auch sagen: Für den G-7-Gipfel im Schloss Elmau in einigen Monaten gibt Bayern 130 Millionen Euro aus, ohne dass der bayerische Bürger davon konkret profitiert; aber für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements durch einen Preis ist 2015 leider kein Geld da.

Worum geht es? Wir haben die Förderung des Ehrenamts seit 2014 in der Bayerischen Verfassung, und man muss es natürlich mit Leben erfüllen. Wir haben dazu im Landtag auch schon einige Beschlüsse,

sogar einstimmig, gefasst. Zum Beispiel haben wir am 18. April 2012 einstimmig beschlossen, dass bürgerschaftliches Engagement unterstützt und auch finanziell gefördert werden soll. Was sind eigentlich solche einstimmigen Landtagsbeschlüsse wert, wenn wir 2015 dafür keinen einzigen Cent übrig haben? - Da wird der Beschluss des Bayerischen Landtags, den Bayerischen Innovationspreis ab 2015 mit 100.000 Euro auszuloben, einfach nicht umgesetzt.

Schon 2011 hieß es in einem Antrag der CSU, dass solche Ehrungen vorgenommen werden sollen. Bereits am 27. März 2014 berichtete das bayerische Sozialministerium über die Umsetzung dieses Beschlusses. Es gab eine Arbeitsgruppe des Runden Tisches Ehrenamt. Sie hat im Jahr 2013 bereits dreimal getagt, und am 12. März 2014 kam es zu einer einstimmigen Verabschiedung.

Vertreter des Sozialministeriums – die Namen sind Insidern bekannt – haben immer wieder betont, dass es nicht genüge, das Ehrenamt in der Bayerischen Verfassung zu nennen; das Ganze müsse auch finanziell konkret umgesetzt werden. Der Vorschlag, im Haushalt 100.000 Euro einzusetzen, stammt sogar selbst vom Sozialministerium.

Als Erstes hatten wir den Vorschlag von Herrn Thomas Röpke vom Landesnetzwerk Bürgerliches Engagement, eine Stiftung einzurichten. Er wurde verworfen, weil gesagt wurde, im Haushalt 2015 stünden 100.000 Euro.

Meine Damen und Herren, wir haben eine kuriose Situation. Die FREIEN WÄHLER und die Vertreter der übrigen Oppositionsfraktionen wollen lediglich einen auf Initiative der CSU zustande gekommenen Beschluss des Landtags und einen besonderen Wunsch des Sozialministeriums umsetzen, wie das in einer funktionierenden Demokratie einfach sein sollte, und werden jetzt von der CSU gebremst, die den Antrag selbst gestellt hatte. Deshalb sprechen wir von einer verkehrten Welt in Bayern. Oder ist das ein spezieller Fall von Bürgernähe der CSU?

Ich drücke es einmal anders aus. Ich sitze ja am Runden Tisch Ehrenamt. Alle Mitglieder des Runden Tisches wollen den Innovationspreis ab 2015, der Städtetag, der Gemeindetag, der Landkreistag, der Bayerische Bezirkstag, das Diakonische Werk, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der Landes-Caritasverband, der Bayerische Landesfrauenrat, der Bayerische Jugendring, der Katholische Deutsche Frauenbund, der Bund Naturschutz, der Bayerische Landes-Sportverband usw. usf.

Jetzt bringe ich das Ganze noch einmal auf den Punkt. Der Appell richtet sich an die CSU. Auf der

einen Seite versäumt sie es nicht – das wird Herr Gerhard Hopp jetzt natürlich auch machen –, bei jeder Gelegenheit den Menschen in Bayern für ihr ehrenamtliches Engagement zu danken. Wir tun das natürlich auch, und das ist gut und richtig so. Auf der anderen Seite müssen Sie dann aber auch bereit sein, die Menschen, die sich Hunderte oder Tausende Stunden im Jahr ehrenamtlich für die Allgemeinheit einsetzen, schon ab 2015 mit dem Innovationspreis zu belohnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben die Angelegenheit immer wieder verfolgt und haben uns gewundert, dass der Innovationspreis schon für 2015 im Doppelhaushalt stand, als Betrag jedoch 0 Euro vorgesehen waren. Ich meine, das ist eine falsche Zeichensetzung und sogar ein fundamentales Eigentor fern vom Bürger. Haben Sie eigentlich vergessen, dass wir die Förderung des Ehrenamts seit 2014 in der Bayerischen Verfassung haben? - Dann muss man es auch pflegen und die Leute belohnen, die sich Tag für Tag ehrenamtlich für die Gemeinschaft einsetzen. Wir im Landtag müssen hier sagen: Ohne Moos nichts los. Wir müssen diese Leute belohnen, und deshalb beantragen wir, für den Bayerischen Innovationspreis bereits ab 2015 100.000 Euro auszuloben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Dr. Fahn. - Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Dr. Hopp. Bitte sehr.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Stimmkreis ist es wie bei vielen Kolleginnen und Kollegen in ganz Bayern gute Tradition, uns um Weihnachten, an Neujahr oder bei Neujahrsempfängen bei Ehrenamtlichen für ihr Engagement zu bedanken, seien es die Mitarbeiter von Tafeln, unsere freiwilligen Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, unsere Rettungsdienste wie das BRK, die Helfer vor Ort oder auch diejenigen, die Spendenorganisationen für Flüchtlinge organisieren. All das wäre ohne Ehrenamt und ohne das persönliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger nicht denkbar. Diese Menschen machen Bayern lebenswert und übernehmen viele Aufgaben, die der Staat alleine nie schultern könnte.

Die Wertschätzung des Ehrenamtes vor Ort ist sehr wichtig. Aber wissen Sie, Herr Dr. Fahn, welche Themen und welche Fragen von den Ehrenamtlichen an mich und an uns herangetragen werden? - Es waren Fragen wie die, wie es mit der Ehrenamtskarte weitergeht, wie das erweiterte Führungszeugnis für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit praktikabler und unbürokratischer gemacht werden könnte, wie das

Freistellungsgesetz in der Zukunft aussieht und wie bei der Fahrtkostenerstattung oder beim Mindestlohn Bürokratie abgebaut werden kann. Aber niemand – 0,00 %, um Sie zu zitieren – hat mich oder uns gefragt, ob der Innovationspreis Ehrenamt 2015 oder 2016 kommt.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sie wissen doch gar nicht, dass er geplant ist!)

- Sie dürfen mich nicht falsch verstehen. Der Innovationspreis ist eine wichtige Maßnahme, um die Anerkennungskultur beim Ehrenamt weiter zu stärken und neue Ideen zu unterstützen. Aber Sie, Herr Fahn, veranstalten schlicht und einfach einen Sturm im Wasserglas und keine seriöse Oppositionsarbeit, wie ich sie mir wünschen würde.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Ich habe das im Ausschuss auch schon mehrfach zur Sprache gebracht und Ihnen eine Brücke gebaut.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

– Herr Fahn, ich habe Sie vorher auch ertragen. Ertragen Sie jetzt bitte mich. Ich habe im Ausschuss versucht, Ihnen eine Brücke zu bauen, und ich sage es gerne noch einmal, auch zum Mitschreiben: Der Preis kommt 2016. Er ist mit 75.000 Euro ausgestattet. Dafür steht unsere Ministerin Emilia Müller. Der Preis wird beim Ehrenamtskongress in würdigem Rahmen vor 500 Ehrenamtlichen verliehen. Damit wird er sichtbar, dadurch wird er aufgewertet und trifft auch das richtige Publikum. Das Konzept wird auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Runden Tisches im März stehen. Im Jahr 2015 – das wissen Sie, Herr Dr. Fahn –

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ich weiß alles!)

war das finanziell und zeitlich nicht darstellbar. In diesem Jahr wollen wir auch vonseiten unserer Fraktion die Anerkennung des Ehrenamts im Asylbereich in den Mittelpunkt stellen. Ich danke an dieser Stelle allen, die sich in Bayern in den vergangenen Monaten so hilfsbereit und menschlich gezeigt haben.

Herr Dr. Fahn, selbstverständlich kann man es sich leicht machen und eine immer bessere Ausstattung fordern. Ihre Fraktion hat das in den Beratungen zum Doppelhaushalt mit fast 4 Milliarden Euro Mehrforderungen, ohne zu sagen, wo das Geld herkommen soll, hinreichend bewiesen.

(Beifall bei der CSU)

Wir aber haben das Vertrauen der Menschen erhalten und tragen Verantwortung. Deshalb müssen wir auch den Gesamthaushalt mit all seinen Herausforderungen im Blick behalten. Das ist nun einmal nicht immer ein Wunschkonzert. Das kann man gut oder nicht gut finden. Man kann sich auch ärgern, wie Sie es mir vorhin persönlich gesagt haben. Aber Sie haben im Ausschuss gezeigt, dass Sie nicht an Kompromissen interessiert sind, obwohl das im Sinne der Sache wäre. Das merken die Menschen. Daher meine Bitte an Sie: Hören Sie auf, einzig und allein aus taktischen Gründen Anträge in das Plenum hochzuziehen. Wir sind, auch wenn es um den finanziellen Aspekt des Ehrenamtes geht, nicht auf dem Basar. Wir können hier nicht darüber verhandeln, auch nicht vor der Plenarsitzung, ob es 75.000 oder 100.000 Euro sein sollen. Wir dürfen das Ehrenamt nicht auf das Finanzielle reduzieren.

Hören Sie bitte auch auf, das Ehrenamt schlechtzureden. Das Ehrenamt hat in Bayern einen hohen Stellenwert.

(Beifall bei der CSU)

Ich verweise auf das Erfolgsmodell der Ehrenamtskarte, die jetzt zum 100.000. Mal verliehen wird; geistiger Vater ist Markus Sackmann, der als Ehrenamtsbotschafter der Staatsregierung tätig ist. Ich nenne als weitere Beispiele den Ehrenamtsnachweis, die Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement, den Bürgerkulturpreis, die Erhöhung der Übungsleiter- und der Ehrenamtspauschale. Wir stehen für eine Wertschätzungs- und Anerkennungskultur in einer aktiven Gesellschaft. Ehrenamtliches Engagement kann aber niemals vollständig mit Geld aufgewogen werden. Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass der Staat nicht alles leisten kann. Wir brauchen aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihre Anliegen, für das Gemeinwohl, für eine offene Gesellschaft starkmachen. Wir haben das auch in der vergangenen Woche beim Auschwitz-Gedenktag eindrucksvoll erlebt.

Auch die Jugend ist im ehrenamtlichen Bereich sehr engagiert. Ich danke unserer Sozialministerin Emilia Müller und unserem Justizminister Winfried Bausback, dass sie sich für ein praktikables erweitertes Führungszeugnis in der Jugendarbeit einsetzen.

Ich bedanke mich bei meinen Kollegen in der Jungen Gruppe für die Initiative gegen mehr Bürokratie bei der Fahrtkostenerstattung im Ehrenamt.

Ich bedanke mich bei allen Kollegen für die Unterstützung bei der größten Erhöhung der Finanzausstattung

der Jugendarbeit, die wir in den vergangenen Jahren erlebt haben.

Ich bin davon überzeugt: Mit dem demografischen Wandel wird die Bedeutung des Ehrenamtes noch wichtiger. Die Aufnahme der Förderung des Ehrenamtes in die Verfassung war und ist ein wichtiges Signal, insbesondere an die 39 % der Bevölkerung, die sich zwar vorstellen können, sich zu engagieren, dies aber bislang nicht tun.

Ich nutze die Gelegenheit, um den vier Millionen Ehrenamtlern in Bayern, die sich engagieren, um unsere Gesellschaft zu bereichern, nochmals Dank zu sagen. Sie sorgen für Zusammenhalt. Sie tragen dazu bei, dass 98 % aller Menschen im Freistaat gern in Bayern leben.

Fast jeder Ehrenamtler, auf den ich treffe, sagt mir: Das Ehrenamt gibt mir mehr zurück, als ich einbringe. - Deswegen möchte ich alle auffordern, sich ehrenamtlich zu engagieren, insbesondere die fast vier Millionen Menschen, die das noch nicht tun. Wir sollten auch die Menschen unterstützen, die noch nicht engagiert sind.

Gelegenheiten zum Engagement gibt es viele: in Vereinen, Verbänden, sozialen Initiativen, Kirchen oder im politischen Bereich. Den Zugang zum Ehrenamt sollten wir erleichtern. Darüber sollten wir sprechen – das ist wichtig –, nicht aber eine Scheindiskussion über die Frage führen, ob der Innovationspreis erstmals im Jahr 2015 oder im Jahr 2016 verliehen wird. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab, Herr Dr. Fahn.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Dr. Hopp. Sie sehen schon: Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Fahn.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Ich habe zwei Minuten gewonnen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie hätten ohnehin noch Redezeit übrig, oder? Eine Minute und 22 Sekunden hätten Sie noch. – Herr Dr. Fahn, bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Dr. Hopp, Ihre Behauptung, wir redeten das Ehrenamt schlecht, muss ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir von den FREIEN WÄHLERN sind die Fraktion, die gerade zum Ehrenamt wohl die meisten Anträge gestellt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Dann stellen Sie doch bitte Anträge, die Sinn ergeben.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Dr. Gerhard Hopp, wissen Sie überhaupt, dass es die FREIEN WÄHLER waren, die die Initiative ergriffen hatten, das Ehrenamt in die Bayerische Verfassung aufzunehmen?

(Lachen bei der CSU)

Wissen Sie, dass von der CSU zu hören war, das sei ein guter Vorschlag? Wissen Sie das eigentlich?

Ich verstehe eines nach wie vor nicht: Es geht um einen Preis, den ursprünglich die CSU vorgeschlagen hatte. Das ist ein Vorschlag von Ihnen. Wir wollen nur das, was Sie wollten, umsetzen. Heute wollen Sie aber davon nichts mehr wissen.

Sagen Sie mir: Warum haben Sie nicht 100.000, sondern nur 75.000 Euro eingestellt? Das versteht niemand.

Wenn Sie sagen, die Ehrenamtler wüssten nichts von diesem Preis, dann ist das logisch. Wir haben doch dazu noch gar nichts veröffentlicht. Daher können Sie davon noch nichts wissen. Deshalb geht Ihre Kritik voll ins Leere.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Herr Dr. Fahn, wir, die CSU, tragen Verantwortung und leben in der politischen Realität. Wir wollen über aktuelle Themen und Probleme diskutieren, nicht aber über die Frage, ob ein Antrag in diesem oder erst im nächsten Jahr umgesetzt werden kann. Die Menschen interessiert, wie wir Bürokratie beim Mindestlohn abbauen können. Die Menschen interessiert, wie die Arbeit vor Ort erleichtert werden kann, nicht aber, ob ein Preis in diesem oder im nächsten Jahr erstmals verliehen wird.

Ich wollte zum Ausdruck bringen, dass Sie mit Ihren Anträgen unsere Arbeit an den wirklich wichtigen Fragen erschweren. Deshalb meine Bitte an Sie – ich hoffe, dass Sie ihr nachkommen -: Wir haben Wichtigeres zu besprechen als die Frage, ob ein Antrag 2015 oder 2016 realisiert wird. Ich hoffe, das habe ich zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Dr. Hopp. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Waldmann für die SPD-Fraktion. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Substanz geht es natürlich nicht darum, ob ein Preis in diesem oder im nächsten Jahr verliehen wird. Aber das ist auch nicht die Frage, über die wir heute zu diskutieren haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Entscheidend ist das Signal, das Sie von der CSU aussenden, insbesondere an die Teilnehmer des Runden Tisches, die sich auf den Innovationspreis für das Ehrenamt geeinigt haben. Es sind auch Ihre Partner, die am Runden Tisch gesessen haben. An Ihre Partner senden Sie das Signal, dass sie keine Partner auf Augenhöhe sind, dass Absprachen bzw. gemeinsam gefasste Beschlüsse für Sie nicht voll verbindlich sind. Sie machen die Umsetzung davon abhängig, ob Sie gerade Zeit dazu haben oder ob Sie dieses Anliegen gerade für wichtiger halten als ein anderes; ich hoffe, dazu kommt noch etwas. Aber das ist, ehrlich gesagt, nicht das, was wir uns unter echter Anerkennungskultur vorstellen. Dann hätte auch dieser Preis nicht besonders viel Sinn, egal, in welchem Jahr man ihn verleiht.

Sie müssen von der reinen Symbolpolitik wegkommen. Auch Sie müssen umdenken. Heute erwarten die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, echte Beteiligung auf Augenhöhe. Beim bürgerschaftlichen Engagement geht es um das Recht des mündigen Bürgers, sich an der Gestaltung der Gemeinschaft bzw. Gesellschaft zu beteiligen. Kommen Sie also weg vom Verteilen irgendwelcher goldener Ehrennadeln! Das mag alles wichtig sein; aber verstehen Sie bitte, dass es viel wichtiger ist, die aktiven Bürger als echte Partner zu sehen. Ein Innovationspreis wäre zwar nicht das einzige wichtige, aber doch ein wichtiges Signal, weil es geeignet ist, Formen des Engagements hervorzuheben, die neu sind und für die sich gerade junge Menschen begeistern können. Wir müssen auf veränderte gesellschaftliche Herausforderungen reagieren. Auch dafür ist ein Innovationspreis gedacht. Aber zunächst einmal muss ein Konzept erstellt werden. Damit braucht man nicht erst im nächsten Jahr anzufangen, sondern damit kann man sofort beginnen; denn das kostet nicht sehr viel.

Wenn Sie aber Absprachen, die Sie mit Ihren Partnern am Runden Tisch getroffen haben, einfach so in den Wind schreiben, das heißt, ihnen keine Verbindlichkeit zuerkennen, dann ist dies das fatalste Signal, das Sie aussenden können. Das ist unser Problem mit Ihrer Haltung, nicht so sehr, ob der Preis in diesem oder im nächsten Jahr verliehen wird.

Die Staatsregierung verlässt sich in vielen Bereichen sehr stark auf das Ehrenamt. Das sehen wir insbesondere im Bereich der Flüchtlingshilfe. Aber ich betone: Dann müssen sich die ehrenamtlich Tätigen auch auf die Politik, insbesondere die der Staatsregierung, verlassen können. Absprachen, ob sie im Kleinen oder im Großen getroffen worden sind, müssen als verbindlich gelten; sonst brauchen wir keine Runden Tische einzuberufen und uns nicht immer wieder mit diesen Themen zu befassen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern ist Symbolik sehr wichtig; da geht es nicht nur um diesen Preis. Absprachen müssen auf Augenhöhe getroffen werden und verbindlich sein. Sie müssen den aktiven Bürger als mündigen Partner sehen, nicht als jemanden, dem man ab und zu auf die Schulter klopf, während man ansonsten froh ist, dass das Engagement nicht viel kostet.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn dieser Preis also einen Sinn haben soll, dann muss die Einführung verbindlich sein und darf nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden, wenn man gerade nichts Besseres zu tun hat.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Celina das Wort. Bitte schön. – Meine Damen und Herren, der Grundpegel ist ein bisschen sehr laut. Das darf ich auch einmal in Richtung Regierungsbank sagen. – Danke schön. – Frau Celina, bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, manchmal denke ich, es wäre besser, wenn die Regierungsfractionen und die Staatsregierung weniger reden und weniger oft vollmundig Versprechen machen würden, die nicht eingehalten werden, wie in diesem Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst beschließt der Landtag im Jahr 2011 auf Antrag der CSU-Fraktion, neue Formen der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements zu konzipieren, die die Arbeit von Bürgerinitiativen, von Selbsthilfeprojekten und -vereinen würdigen. Daraufhin wird der "Runde Tisch Bürgerschaftliches Engagement" einberufen. Genau dafür wird ein Konzept entwickelt, das

im März 2014, also drei Jahre später, einstimmig beschlossen wird.

Und schwuppdwupp wird der Beschluss einfach nicht beachtet und findet im Haushalt keinen Niederschlag, frei nach dem Motto: Was interessiert uns unser Geschwätz vom März oder das Geschwätz der vielen Verbände, die Ehrenamtliche vertreten und die sich im Rahmen des Runden Tisches intensiv darüber Gedanken gemacht haben, wie der Auftrag des Landtags aus dem Jahre 2011 umzusetzen ist. Aber vielleicht war das im Jahr 2011 ja auch nur Geschwätz.

Liebe CSU, lieber Herr Kollege Hopp, ich frage mich schon, woran es liegt, dass dieser Beschluss nicht umgesetzt wird. Lieber Herr Hopp, die Fragen, die Sie gestellt haben und die uns beim Neujahrsempfang ebenso gestellt werden, können wir gerne zusätzlich lösen, aber doch nicht stattdessen.

Der Haushalt ist kein Wunschkonzert, haben Sie gesagt. Aber haben Sie denn überhaupt ernsthaft gewünscht, dass der Beschluss umgesetzt wird? Ist etwa der nächste Haushalt ein Wunschkonzert? Worauf soll man denn vertrauen, wenn nicht auf Beschlüsse, die im Bayerischen Landtag und in den speziell beauftragten Gremien gefasst werden?

Warum sollten wir Landtagsabgeordnete oder die Ehrenamtlichen glauben, dass der Beschluss demnächst umgesetzt wird? Das ist ein Beschluss, der sich auf eine Summe bezieht, die gerade einmal zwei Tausendstel Promille des bayerischen Haushalts umfasst, ein Beschluss, der gekippt wurde, obwohl der Haushalt des Sozialministeriums um 124 Millionen Euro gestiegen ist.

Was meinen Sie, wie viel die Arbeit der Ehrenamtlichen wert ist, die mit diesem Preis nicht nur honoriert, sondern auch motiviert werden sollen, sich weiter für unsere Gesellschaft einzusetzen? Liebe Kollegen, ich bin sicher, deren Arbeit ist viel mehr wert als der Geldwert dieses Preises. Deswegen verstehe ich die Ablehnung der CSU-Abgeordneten in diesem Fall nicht.

Versprochen ist versprochen und wird auch nicht gebrochen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mit diesem Satz aufgewachsen, sicherlich auch viele von Ihnen. Ich jedenfalls kann mir nicht vorstellen, dass nur Mitglieder der Oppositionsfractionen das zu Hause beigebracht bekommen haben. Rufen Sie sich doch diesen Satz gelegentlich in Erinnerung! Ich bin sicher, wir werden in Zukunft viel mehr Konsens im Landtag haben und müssen uns dann nicht mehr darüber streiten, warum Versprechen gebrochen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Celina. – Meine Damen und Herren, soeben wurde mir gemeldet, dass für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Zuruf: Von wem?)

- Von wem, weiß ich nicht.

(Inge Aures (SPD): Von der CSU ja wohl! – Zuruf von der SPD)

- Wenn Sie es wissen, brauchen Sie mich nicht zu fragen. Ich weiß es nicht.

Das heißt, wir kommen nach der Geschäftsordnung jetzt nicht zur Abstimmung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Deswegen schließe ich jetzt die Diskussion, damit wir die Form wahren. Die Abstimmung wird auf den Anschluss des nächsten Tagesordnungspunkts verschoben.

Ich rufe gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 10 und 11** auf:

**Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller u. a. (SPD)
Pflege besser machen - Maßnahmen ergreifen I:
Ausbildungsumlage zügig einführen!
(Drs. 17/4059)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen II
Ausbildungsumlage zur solidarischen
Finanzierung der betrieblichen Ausbildung
einführen (Drs. 17/552)**

Ich darf darauf hinweisen, dass für beide Tagesordnungspunkte Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt wurde, aber dieses Mal von den jeweiligen Antragstellern. Das darf man einmal dazusagen.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Rauscher von der SPD. Bitte sehr.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Bayeri-

schen Landtag! Bereits zehn Jahre diskutieren wir bzw. unsere Vorgänger und Vorgängerinnen hier im Hohen Hause über die Einführung einer Ausbildungsumlage in der Pflege – zehn Jahre, in denen sich der Mangel an praktischen Ausbildungsplätzen und die einseitige finanzielle Belastung der Ausbildungsstätten in der Altenpflege bereits abgezeichnet haben, Jahre, in denen Bayern schon längst umfassend auf den Mangel an Fachkräften in diesem Bereich hätte reagieren müssen.

Bereits 2004 haben die Berufsfachschulen für Altenpflege mehr Schulplätze angeboten, als praktische Ausbildungsplätze in den Einrichtungen zur Verfügung standen. Bereits 2004 hat die SPD darauf aufmerksam gemacht, dass immer weniger Praxisausbildungsplätze angeboten werden, weil die Einrichtungen die entstehenden Kosten für die Auszubildenden nicht tragen möchten oder können und weil sie einen Wettbewerbsnachteil fürchten, da sie die entstehenden Kosten auf die Pflegesätze der Heimbewohner in ihren Einrichtungen umlegen müssen.

Nachdem der Antrag der SPD zur Einführung einer Ausbildungsumlage im November vergangenen Jahres erneut abgelehnt wurde, haben wir uns dafür entschieden, diesen Antrag im heutigen Plenum zum wiederholten Male auf die Tagesordnung zu setzen. Denn das Thema Pflege ist zu wichtig, als dass wir diese dringend notwendige Initiative heute nicht noch einmal mit Ihnen diskutieren wollen. Die Bitten zur Einführung dieser Umlage landen nämlich stapelweise auf unseren Tischen.

Im Ausschuss für Gesundheit und Pflege waren wir uns doch eigentlich fraktionsübergreifend einig, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen eine Ausbildungsumlage in Bayern, um mehr Frauen und Männer in die Ausbildung der Altenpflege zu bekommen.

Wie wichtig eine solche Umlage ist, zeigen uns inzwischen auch die Zahlen, die die TU Dortmund für Bayern ermittelt hat. Kurz das Fazit dieses Gutachtens: Für Bayern wäre die Einführung einer Ausbildungsumlage auf Basis der angestellten Untersuchung der Ausbildungsbedarfs- und Ausbildungsplatzzahlentwicklung gerechtfertigt, um Personalengpässe und Nachwuchssorgen zu verringern.

Ich möchte betonen, dass wir sehr wohl Sorgen und Nöte haben; denn wenn man sich die Prognosen für 2020 ansieht, stellt man fest, dass uns annähernd 50.000 Altenpflegekräfte in Bayern fehlen werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Zahlen und Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen zeigen, welchen positiven Effekt eine Aus-

bildungsumlage haben kann. Sie wurde erst 2012 eingeführt. Aber bereits nach einem Jahr zeigten sich erste Erfolge. Die Ausbildungszahlen konnten um sage und schreibe 20 % allein im ersten Jahr erhöht werden, Tendenz rapide steigend.

Umso mehr hat es meine Kolleginnen von der SPD-Fraktion und mich gewundert, dass unser Antrag im Ausschuss für Gesundheit und Pflege erneut abgelehnt wurde. Wir möchten mit einer klaren Aufforderung und durch einen Beschluss des Bayerischen Landtags die Ministerin in ihrer Absichtserklärung auch gegenüber dem Ministerpräsidenten stützen. Gleichzeitig möchten wir mit diesem Beschluss für uns selbst als Parlamentarier die Sicherheit, dass diese Ausbildungsumlage nun auch wirklich kommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Dafür braucht es in unseren Augen ganz klar einen Auftrag durch das Parlament, den wir der Staatsregierung doch eigentlich alle gerne erteilen wollen, wenn ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, im Ausschuss richtig verstanden habe. Das Recht und den Auftrag eines Landesparlaments, der Staatsregierung Aufträge zu erteilen, sollten wir uns nicht durch eine reine Absichtserklärung einer Ministerin nehmen lassen. Wofür sind wir denn hier?

(Beifall bei der SPD)

Verlieren Sie sich doch bitte nicht in Klein-Klein und Formulierungsdetails! Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, einen gemeinsamen parlamentarischen Beschluss auf den Weg zu bringen, um mehr Ausbildungskapazitäten zu ermöglichen. Lassen Sie uns bitte bei diesem wichtigen Thema endlich an einem Strang ziehen, und zwar auf der gleichen Seite! Natürlich darf und kann das nicht die einzige Maßnahme sein, die der Freistaat ergreifen muss, um mehr Nachwuchskräfte in der Pflege zu bekommen. Aber es wäre ein guter Schritt, um dem Fachkräftemangel in diesem wichtigen Bereich entgegenzutreten.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, gemeinsam mit der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heute ein parlamentarisches Zeichen zu setzen, indem Sie diesen Anträgen zustimmen. Die Ausbildungsumlage wurde schon einmal für das Jahr 2014 versprochen. Parlamentarische Arbeit kann man aber nicht auf Absichtserklärungen oder Versprechungen aufbauen, sondern sie muss auf Beschlüssen beruhen. Deshalb bitte ich Sie nochmals um Zustimmung zu den Anträgen. Alles andere wäre unangemessen und hochmütig. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Kollege Leiner gemeldet. Bitte sehr.

Ulrich Leiner (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist beachtlich, erstaunlich und unverstündlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dass wir uns heute im Plenum noch einmal mit der Ausbildungsumlage beschäftigen müssen.

Unser Antrag vom 4. Februar 2014 zielte genau in die Richtung, die Ausbildungsumlage möglichst zügig ein- und durchzuführen. Wir haben unseren Antrag damals zurückgestellt, weil uns gesagt wurde, dass das Gutachten der TU Dortmund bis Mai vorliegen werde und wir dann diese Ausbildungsumlage einführen könnten oder auch nicht.

Wir waren schon damals der Ansicht, dass dieses Gutachten nicht unbedingt notwendig wäre, weil zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit und das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung das Fehlen von Ausbildungsplätzen bestätigt hatten.

Durch die Zurückstellung haben wir im Prinzip ein Jahr verloren, in dem die Ausbildung der dringend benötigten Pflegekräfte von den zu Pflegenden zu zahlen war, also ungerechterweise von Bewohnerinnen und Bewohnern, die ambulant oder stationär in Einrichtungen betreut werden, die ausbilden. Die Bewohnerinnen und Bewohner in anderen Einrichtungen waren davon befreit. Das ist eine tiefe Ungerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein ganz entscheidender Punkt ist also die Wettbewerbsverzerrung, die zwischen den Einrichtungen stattgefunden hat. Die Kosten der Ausbildung müssen ja irgendwie bezahlt werden. Sie ist den Bewohnern aufgebürdet worden. Das hat dazu geführt, dass die Pflegesätze in diesen Einrichtungen deutlich höher lagen. Es ging um einen Betrag von etwa 180 bis 200 Euro, die in den anderen Einrichtungen nicht zu zahlen waren. Das führte zu diesem ungerechten Wettbewerb zwischen diesen Einrichtungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders ärgerlich ist – das haben mir viele Heimleiter berichtet –, dass die fertig ausgebildeten Arbeitskräfte dann von Heimen, die nicht ausgebildet haben, abgezogen wurden. Das ist eine ganz ärgerliche und ungerechte Situation, die heute noch besteht. Diese

Situation gilt es so bald und so schnell wie möglich zu beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klar ist auch, dass die Ausbildungsumlage allein nicht die Wende bringen kann. Vielmehr ist dafür zu sorgen, dass die Pflegeberufe insgesamt attraktiver werden. Wir müssen klarmachen, dass der Pflegeberuf eine interessante und erfüllende Aufgabe sein kann. Deshalb müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, mehr Menschen für diesen Beruf zu begeistern. Die Kampagne "Herzwerker" ist ein gutes Beispiel, aber sie reicht bei Weitem nicht aus. Besonders ist dafür zu sorgen, dass die Ausbildungsplätze so gestaltet werden, dass junge Menschen in diesem Beruf nicht das Gefühl bekommen, ausgenutzt und verheizt zu werden. Eine solche Situation haben wir im Moment.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des Weiteren ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen zu ergreifen, zu dem wir schon viele Vorschläge gemacht haben. Ich nenne beispielsweise die Einführung einer generalistischen Ausbildung, für die wir im Grunde schon eine Mehrheit gefunden hatten. Außerdem muss die Praxisanleitung in den ausbildenden Betrieben dargestellt und Zeit dafür eingeplant werden. Als weitere Beispiele nenne ich die Einführung einer Pflegekammer sowie von Pflegestützpunkten.

Die Begründung, mit der Sie unseren Antrag damals abgelehnt haben, ist mehr als fadenscheinig. Die Kritik lag in dem Satz begründet: "Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf..." Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass diese Begründung zu weitgehend gewesen wäre. Es kann nicht sein, dass wir aufgrund des Gutachtens, das endlich im Oktober auf den Tisch gelegt wurde, die Bayerische Staatsregierung nicht mehr auffordern dürfen, entsprechende Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Ich halte diese Sprachklauberei für unerträglich und für der Ernsthaftigkeit des Themas sowie der Bedeutung des zuständigen Ausschusses nicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Ich bin gespannt, meine Damen und Herren, wie Sie sich heute entscheiden werden. Bisher liegt kein Antrag von Ihnen vor. Es wurde bisher kein Antrag im Ausschuss für Gesundheit und Pflege beschlossen,

mit dem wir diese Ausbildungsumlage wollen. Ich bin, wie gesagt, gespannt auf Ihre Entscheidung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Leiner. - Nun hat Kollege Seidenath für die CSU das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Einstieg, lieber Herr Kollege Leiner, kann ich genau so wählen wie Sie. Es ist schon erstaunlich und befremdlich, dass wir uns heute hier im Hohen Hause noch einmal mit der Ausbildungsumlage beschäftigen müssen. Ein bisschen kommt mir das vor, wie im Film "Das Leben des Brian" von Monty Python. Da ist die Volksfront von Judäa, die mit aller Härte die jüdische Volksfront bekämpft. Genau diesen Fall haben wir jetzt beim Thema Ausbildungsumlage.

Was ist geschehen? - Wir haben am 11. November im Ausschuss für Gesundheit und Pflege vom zuständigen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gehört, dass nun eine neue Bedarfsprognose der TU Dortmund vorliegt. Dieses Gutachten werde den Weg für eine Ausbildungsumlage frei machen. Das Ministerium hat damals gesagt, dass es den Weg Richtung Ausbildungsumlage beschreiten kann und möchte.

Das bedeutet doch, dass wir gar nicht weit auseinander sind. Wir alle streben die Einführung einer Ausbildungsumlage an. Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Zahl der Pflegefachkräfte zu erhöhen, müssen ernsthaft in Betracht gezogen werden. Genau aus diesem Grund waren und sind wir mit Ihrer Formulierung nicht einverstanden, weil Sie mit Ihren Anträgen die Staatsregierung auffordern, eine Umlage einzuführen. Das ist aber unnötig. Sie will es ja selbst.

Ich gebe Ihnen dazu ein vergleichendes Beispiel. Wir stehen im Tal und wollen auf den Gipfel. Alle Fraktionen sind im Tal versammelt und sagen, wir wollen auf diesen Gipfel hochgehen. Da geht einer von der Staatsregierung voran und sagt, ich will mal sehen, ob es dafür einen gerichtsfesten, ungefährlichen Weg gibt. Der Betreffende kommt zurück und sagt, ich habe den Weg gefunden. Dann fordern Sie ihn auf, da hochzugehen. Richtiger wäre doch zu sagen: Lasst uns das gemeinsam anpacken und gemeinsam hochgehen.

Nun ist aber der Streit um des Kaisers Bart passiert, und deswegen gebe ich Ihnen da vollkommen recht, lieber Herr Kollege Leiner: Diese Sprachklauberei ist

unerträglich und der Bedeutung des Ausschusses nicht angemessen. Wir sind uns ja, wie gesagt, im Grunde einig und haben im Ausschuss für Gesundheit und Pflege bei unseren Beratungen bisher auch immer die Sache in den Mittelpunkt gestellt.

Ich kann deshalb nicht nachvollziehen, warum Sie unseren Weg nicht mitgegangen sind. Sie haben auf ein starkes Signal seitens des Landtages pro Ausbildungsumlage verzichtet, als Sie unserem Vorschlag nicht folgen wollten. Wir haben doch gesagt, dass wir bei Ihrem Antrag mitgehen würden, wenn Sie unserem Vorschlag folgen, das Wort "auffordern" durch die Worte zu ersetzen: "Wir bestärken die Staatsregierung in ihrer Haltung." - Damit hätten wir den Antrag am 11. November schon beschließen können. So aber mussten wir ihn noch einmal mit den Worten "Wir bestärken die Staatsregierung" in den Landtag einbringen. Er wird in den nächsten Wochen im Ausschuss beraten. Das führt nach der Geschäftsordnung zu einer mehrmonatigen Verzögerung. Wir hätten das im Grunde deutlich einfacher haben können.

(Doris Rauscher (SPD): Das sehe ich auch so, Herr Kollege!)

Die Sympathie für die Umlage war von uns allen lange formuliert; das betone ich hier gerne ausdrücklich. Um einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2009 Genüge zu tun, geht es aber nicht ohne eine gerichtsfeste Angebots- und Bedarfsprognose; das müssen Sie sich noch einmal anschauen. Deshalb mussten wir diese Angebots- und Bedarfsprognose erstellen lassen. Das ist jetzt geschehen. Das Kriterium der zu wenigen Bewerber für die Ausbildungsstellen reicht nicht; es müssen auch zu wenig Ausbildungsplätze vorhanden sein. Die neue Angebots- und Bedarfsprognose weist nun nach, dass in der Tat zu wenig Ausbildungsplätze vorhanden sind. Nachdem nun beides der Fall ist, ist der Weg für eine Ausbildungsumlage frei.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Vielen Dank. - Diesen Weg wollen wir nun konsequent gehen, meine Damen und Herren. Was uns auf diesem Weg erwartet, darauf wird nachher noch mein Kollege Hermann Imhof eingehen. Wir haben jedenfalls einen Antrag pro Ausbildungsumlage auf den Weg gebracht. Mit unserer Formulierung bringen wir zum Ausdruck, dass die Umlage das Ziel von uns allen ist. Sie lassen das hingegen nicht erkennen, deshalb können wir Ihren Anträgen nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. - Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat sich Herr

Professor Dr. Bauer gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Pflegenotstand ist in Bayern längst tägliche Realität. Die Versorgungslücke ist mit Händen zu greifen, und sie besteht in unserem Land seit vielen Jahren bis heute. Sie wird täglich größer, und das macht uns Sorge. Ich appelliere deshalb auch an die Kollegen von der CSU, hier mit einer Stimme zu sprechen. Wir haben es im Ausschuss gehört, und wir haben es im Ausschuss auch gemeinsam besprochen.

Ich bin deshalb überrascht, dass inzwischen ein Jahr vergangen ist, ohne dass etwas passiert ist. Das müsste man doch schneller in die Wege leiten und diese Umlage gemeinsam auf den Weg bringen. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wird die Anzahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 in Bayern um 48 % steigen, in München sogar um 102 %. Diese Zahlen sollten uns doch zu denken geben; denn sie bedeuten dramatische gesellschaftliche Veränderungen, auf die die Politik reagieren muss. Die Staatsregierung muss deshalb so schnell wie möglich handeln. Wir können jetzt nicht wieder aus formalen Gründen - wie wir das gerade von Herrn Kollegen Seidenath gehört haben, weil die Geschäftsordnung so gestaltet ist - einige Monate damit verbringen, nichts zu tun.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Menschlichkeit in der Pflege - das zu betonen, ist mir an dieser Stelle besonders wichtig - darf bei all unseren Aktivitäten im Hinblick auf die Umlage nicht aus den Augen verloren werden. Wir müssen sie im Auge behalten. Wir müssen die Menschlichkeit in der Pflege immer wieder sicherstellen. Wir FREIEN WÄHLER fordern dies seit Jahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben deshalb entsprechende Anträge gestellt. Für gute Pflege ist auch eine ausreichende Anzahl von Pflegekräften und von Auszubildenden notwendig. Sie müssen aber erst einmal gewonnen werden. Die Situation in der Pflege ist heute als prekär zu bezeichnen; denn wir gewinnen diese Kräfte nicht. Es ist unser gemeinsames Bemühen, diese Pflegekräfte zu gewinnen.

Es ist auch in keiner Weise nachvollziehbar - und darauf haben meine Vorredner bereits hingewiesen -, dass die Einrichtungen, die ausbilden und damit aktiv etwas gegen den Pflegenotstand tun, vollständig für die Ausbildungskosten aufkommen müssen. Dadurch

fehlt nicht nur ein sinnvoller Anreiz für die Ausbildung, sondern es ist sogar ein Wettbewerbsnachteil. Das ist - das haben Sie vorhin schon gesagt - ein klarer Wettbewerbsnachteil für die Betriebe, die ausbilden. Dieser Missstand ist weder zu verantworten noch zu verstehen, weder von den Bürgerinnen und Bürgern draußen im Land noch von den Pflegenden und den zu Pflegenden. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns seit Jahren für eine erhöhte staatliche Förderung ein. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an unsere jahrelangen Forderungen zur Abschaffung des Schulgeldes für Pflegefachschülerinnen.

Ich möchte auf die rechtliche Situation eingehen. Herr Kollege Seidenath, ein Gutachten des Instituts für Gerontologie hat ergeben, dass in Bayern im Jahr 2030 mehr als 63.000 – hier unterscheiden sich die Zahlen vielleicht ein bisschen – Vollzeitpflegekräfte fehlen werden. Das ist eine erhebliche Anzahl. Damit ist die faktische Grundlage für die Einführung der Umlage gegeben. Nach § 25 Absatz 1 des Altenpflegegesetzes ist dies die notwendige Voraussetzung. Wir FREIEN WÄHLER sehen die Ausbildungsumlage als einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Pflegeausbildung an. Wir fordern auch weiterhin, die Finanzierung durch staatliche Zuschüsse zu erhöhen, beispielsweise durch die Einzahlung des Bundes in die Pflegekassen. Auch dies dürfen wir nicht vergessen. Das jüngste Gutachten - ich habe es vorhin zitiert - hat bestätigt, wie ernst die Situation in der Pflege schon heute ist. Es zeigt auch, welche schwerwiegenden Probleme in den kommenden Jahren auf uns zukommen werden, wenn wir nicht umgehend zielgerichtet handeln. Ich betone: umgehend und zielgerichtet.

Jetzt muss politisch entschieden und gehandelt werden. Wir FREIEN WÄHLER werden diese Schritte politisch unterstützen und mittragen. Deshalb stimmen wir auch dem Antrag der SPD zu, so wie er hier vorliegt.

Über den Antrag der GRÜNEN haben wir uns ausführlich unterhalten. Wir können ihm leider nicht zustimmen, wir werden uns enthalten. Leider reicht die Zeit nicht mehr aus, unser Abstimmungsverhalten zu begründen. Wir können aber im Anschluss noch darüber reden. Hier sind noch einige Unklarheiten zu erörtern. Vielleicht können wir diesem Antrag in geänderter Form dann später auch zustimmen. Heute aber ist eine Zustimmung leider nicht möglich. Die FREIEN WÄHLER werden sich enthalten. Ich bitte noch einmal um Zustimmung zum Antrag der SPD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die CSU hat sich Herr Kollege Imhof gemeldet. Bitte.

Hermann Imhof (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitens unserer Fraktion sage ich ein klares Ja zur Ausbildungsumlage, ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Einfach zustimmen! – Zurufe von der SPD: Zustimmung!)

Dieses klare Ja ist im Übrigen schon sehr häufig öffentlich dokumentiert worden, beispielsweise von mir, aber auch von der Ministerin und von Gesundheitspolitikern meiner Fraktion. Ich hätte mich deshalb gefreut, Herr Kollege Leiner, wenn Sie das, was Sie als Wortklauberei bezeichnen, als Brückenbau verstanden hätten. Dann hätten wir nämlich aus dem Ausschuss ein klares Signal an die Öffentlichkeit senden können. Im Grunde will doch jeder von uns haargenau dasselbe.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns mit der ganzen Trägerlandschaft über die angestrebte Ausbildungsumlage. Wenn man sich bei den Trägern umhört, dann stellt man dort eine große Zustimmung fest, dass sie kommt. Sie ist wirklich ein wichtiger Aspekt, um neue Kräfte zu gewinnen. Sie ist ein starker Anreiz. Sie ist auch konkret im Fünf-Punkte-Programm der Ministerin verankert, um Pflegekräfte zu gewinnen. Dazu gehört aber auch, Herr Leiner, die Praxisanleitung gezielter zu gestalten und die "Herzwerker"-Kampagne weiter zu entfalten. Mit Sicherheit gehört dazu auch, das Dokumentationssystem ein Stück so zu reduzieren, dass Frauen und Männer in der Pflege sich mehr dem zuwenden können, wofür sie eigentlich da sind, nämlich den Menschen. Dazu gehört aber auch, die große Zahl der Abbrecher zu verringern.

Herr Kollege Leiner, Sie haben auch zu Recht gesagt: Es ist nur eine Teilmaßnahme hin zu mehr Gerechtigkeit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage ganz unverblümt als Gesundheits- und Sozialpolitiker: Unser Ziel muss letzten Endes sein, eine gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit zu schaffen. Derzeit werden auf wenige Bewohner die Ausbildungskosten umgelegt. Der zweite Schritt ist nun die Ausbildungsumlage. Der dritte Schritt - und das ist auch im SGB XI festgelegt – muss die Umlage aus Steuern und Beiträgen auf die Gesamtgesellschaft sein. Es wurde bereits gesagt: Die rechtlichen Voraussetzungen sind gegeben.

Ich möchte nun noch etwas zu Nordrhein-Westfalen sagen; denn dieses Bundesland wurde genannt. Nordrhein-Westfalen hat die Ausbildungsumlage zu Recht. Meine Damen und Herren, immer ist davon die Rede, hier würde etwas verzögert, die Staatsregierung würde sich zu viel Zeit lassen und nichts umsetzen. Ich sehe das Ministerium hingegen nach der Bedarfs- und Angebotsprognose aktiv handeln. Im Landespflegeausschuss wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein Konzept vorzulegen. Dieses Konzept wird in Abstimmung mit dieser Gruppe bis etwa September vorliegen. So lange dauert es, meine Damen und Herren. Die Trägerlandschaft hat ja auch verschiedene Vorstellungen.

Wenn Sie sich erinnern, in Nordrhein-Westfalen hat man zwei Jahre dazu gebraucht. Es geht natürlich darum, zum einen eine Art Behörde oder Institution damit zu beauftragen. Die ganzen Verwendungsnachweise, Anträge, zum anderen, Vergabebescheide zu erstellen, bedeutet Personalmehrungen. Das bedeutet, dass eine geeignete Software und natürlich eine Administration erforderlich sind, die eines Tages – ich sage optimistisch – im Frühjahr 2016 tatsächlich eine Ausbildungsumlage einführen kann. Das ist ein realistischer Zeitraum, meine Damen und Herren, weil wir wissen, dass die Große Koalition Pflegereformgesetz bis Ende dieses Jahres vorbereiten soll. Sie wissen, es wird die generalistische Ausbildung diskutiert, und es wird die generalistische Finanzierung dieser Ausbildung diskutiert. Wir brauchen eine Ausbildungsumlage, die in dieses System stimmig hineinpasst.

Die Ausbildungsumlage wird kommen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche, behaupte ich. Aber ihre Einführung wird dauern, weil es eben Vorbereitungen bedarf. Wenn wir das miteinander schaffen, dann möchte ich, ehrlich gesagt, im Kollegenkreis und in Ausschüssen nicht mehr hören, dass nichts passiert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Stimmt doch!)

- Nein, das stimmt nicht, Herr Pfaffmann. Das Ministerium ist seit der Bedarfs- und Angebotsprognose konsequent diesen Schritt gegangen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Seit zehn Jahren!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Imhof, Sie haben schon mehr als eine Minute überzeugt.

Hermann Imhof (CSU): Okay, dann mache ich Schluss. - Kolleginnen und Kollegen, die Ausbildungsumlage wird kommen, so sicher wie das Amen in der Kirche, aber eben erst im Frühjahr 2016, vermute ich.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Herr Kollege Imhof, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Kollegin Rauscher hat eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Doris Rauscher (SPD): Ich möchte doch noch den einen oder anderen Kommentar nach den Reden der beiden Herren loslassen.

Zum einen kann ich es wirklich nicht fassen, dass Sie heute erneut diese Anträge ablehnen und sich nach wie vor an einem Wörtchen aufhängen. Da frage ich mich, wer hier Erbsenzählerei betreibt. Wir haben im Ausschuss sehr wohl eine Brücke gebaut, Herr Kollege. Wir haben angeboten, die Worte "Die Staatsregierung wird aufgefordert" zu ersetzen durch: "Wir bitten die Bayerische Staatsregierung". Was kann man noch mehr tun, als die Staatsregierung freundlich zu bitten, einen Auftrag umzusetzen?

(Zuruf von der CSU: Untertänigst!)

- Ja, untertänigst zu bitten. - Zum anderen, Herr Kollege Seidenath, finde ich es schon ein bisschen dreist, der Opposition heute fast vorzuwerfen, dass wir auf der Grundlage der Geschäftsordnung einen Beschluss hinausgezögert hätten, weil wir nicht in der Lage gewesen seien, uns der Formulierung der Mehrheitsfraktion anzuschließen. Hätten Sie sich doch einfach uns angeschlossen und der Formulierung einer Bitte zugestimmt, dann wären wir weiter und könnten, Herr Kollege Imhof, die Ausbildungsumlage vielleicht schon im September 2015 und nicht erst im Frühjahr 2016 einführen.

(Beifall bei der SPD)

Die Wahrheit ist, dass Sie einem Antrag der Opposition, auch wenn er noch so gut ist, einfach nicht zustimmen möchten.

(Beifall bei der SPD)

Darum bringen Sie nächste Woche einen eigenen Antrag ein. Dann werden wir die Ausbildungsumlage bekommen – Ziel erreicht. Aber es ist wirklich traurig.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Seidenath (CSU))

Hermann Imhof (CSU): Liebe Frau Kollegin Rauscher, ich habe das zwar am Anfang schon relativ dezidiert ausgeführt, aber ich sage es noch einmal. Unser "Brückenbau" war keine Wortklauberei. Wenn ein Ministerium auf dem Weg ist, und zwar zeitgenau, passgenau auf der Spur ist und alle Voraussetzungen

schaft, um eine Ausbildungsumlage einzuführen, dann muss es nicht mehr aufgefördert werden. Dann finde ich das nicht dreist, wie Sie es formulieren, sondern dann würde ich sagen: Jawohl, das Ministerium ist auf einem guten Weg. Ermächtigen wir es doch, bestärken wir es doch in dieser Auffassung.

Wir sind im Zeitplan, weil der Landespflegeausschuss mit seiner Arbeitsgruppe längst aktiv ist und ein Konzept ausarbeitet, dessen Fertigstellung allerdings bis September dauern wird.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Imhof. - Dann lassen wir jetzt die Staatsregierung zu Wort kommen. Frau Staatsministerin Huml, bitte schön.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie brauchen uns weder aufzufordern noch zu bitten, wir setzen das um, wir wollen diese Ausbildungsumlage.

(Beifall bei der CSU – Doris Rauscher (SPD): Seit zehn Jahren!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben seit gut einem Jahr ein Gesundheits- und Pflegeministerium. Wir sind wirklich auf gutem Wege, viele Anträge, viele Dinge für die Pflege umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man den vierten Pflege-Qualitätsbericht des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherungen liest, erkennt man, dass sich die Pflegequalität in den letzten zehn Jahren verbessert hat. Ich danke den engagierten Pflegekräften, dass es möglich gewesen ist und sie sich so eingebracht haben. Gleichzeitig ist es aber auch Ansporn für mich weiterzuarbeiten. Wir wollen uns nicht ausruhen, sondern wir wollen da weiterarbeiten. Wir wollen uns für das Zukunftsthema Pflege einsetzen. Dabei ist für mich sonnenklar: Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen müssen die Pflegekräfte stehen. Denn gute und verlässliche Pflege braucht heute wie morgen ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal. Entscheidend ist eben, die Attraktivität des Pflegeberufes zu steigern, damit junge Menschen diesen Beruf ergreifen, der zugleich anspruchsvoll wie auch erfüllend sein kann.

Deswegen ist es mir ein ganz wichtiges Anliegen, nicht erst seit den Anträgen, sondern auch schon zuvor, dass wir schauen, was wir tun können, wie wir die Ausbildung verbessern können. Es ist eben so,

dass jeder, der von seiner Ausbildung begeistert berichtet, der beste Werbeträger für uns ist, damit noch mehr junge Menschen diesen Beruf ergreifen. Deswegen ist für mich ganz wichtig, die Bedingungen für Auszubildende und Pflegekräfte umfassend und nachhaltig zu optimieren.

Wir haben schon einiges erreicht. Ich darf daran erinnern, dass die tatsächlich bezahlten Tariflöhne in den Pflegesatzverhandlungen nicht aus Unwirtschaftlichkeitsgründen abgelehnt werden dürfen. All das haben wir schon auf Bundesebene auf den Weg gebracht. Wir wollen die Ausbildung in der Pflege verbessern.

Auf meine Initiative hin hat der Landespflegeausschuss Ende November eine Arbeitsgruppe "Ausbildung" eingerichtet. Auftrag der Arbeitsgruppe ist festzulegen, wie die Umlage umgesetzt wird – nicht ob sie umgesetzt, sondern wie sie umgesetzt wird. Das möchte ich hier ganz klar sagen.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig wird neben der Ausbildungsumlage auch die Ausbildungsanleitung Thema sein. Kollege Leiner, Sie haben das angesprochen. Sie wissen, ich habe im letzten Jahr schon das Fünf-Punkte-Programm für die Ausbildung auf den Weg gebracht. Dazu gehören Entbürokratisierung, Ausbau der "Herzwerker"-Kampagne, bessere Anleitung in der praktischen Ausbildung, ein Projekt zum Stopp von Ausbildungsabbrüchen und eben auch damals schon ein konkretes Konzept für eine Ausbildungsumlage. Das war schon damals mein erklärtes Ziel gewesen.

Allerdings gehen wir Schritt für Schritt vor; denn seit letztem Herbst wissen wir, dass rechtlich eine Umlage möglich ist. Deswegen haben wir diese Studie in Auftrag gegeben. Ohne eine solide Datengrundlage hätte eine Ausbildungsumlage nämlich eventuell vor Gericht nicht standgehalten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben es in Sachsen erlebt. Dort ist die Umlage-Regelung aufgehoben worden. Deswegen war es notwendig, dass wir erst das Studienergebnis abwarten, um jetzt die Umlage entsprechend umzusetzen. Aber auch das braucht seine Zeit, bis wir das Schritt für Schritt umsetzen.

Ich bin der Meinung, dass die Ausbildungsumlage für mehr Gerechtigkeit sorgt. Deswegen stehe ich dazu. Ich bin der Auffassung, dass sich alle, die für die Ausbildung in der Pflege stehen, an den Kosten beteiligen sollen. Gleichzeitig müssen wir darauf schauen, was auf Bundesebene entsteht, um angemessen reagieren zu können.

In diesem Sinne arbeiten wir in Bayern für die Umlage mit Blick auf die Bundesebene, damit unsere Konzepte zusammenpassen. In diesem Sinne danke ich für jede Unterstützung. Wir brauchen uns aber nicht auffordern oder bitten zu lassen. Wir werden es umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Tagesordnungspunkte werden wieder getrennt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Bitte, meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu drei namentlichen Abstimmungen. Ich bitte um etwas Konzentration. – Ich lasse über den Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/4059 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 10. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die namentliche Abstimmung ist hiermit eröffnet. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.00 bis 17.05 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Das Ergebnis der Abstimmung wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein, damit wir mit den Abstimmungen fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein. Ich würde gern mit den Abstimmungen fortfahren. Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein. Ist das schwierig zu verstehen? – Offensichtlich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie reden nicht bairisch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse nun über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/552, Tagesordnungspunkt 11, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt wiederum die Ablehnung des Antrags. Auch hierzu wurde namentliche Abstimmung

beantragt. Ich eröffne die Abstimmung. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.06 bis 17.09 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Auch dieses Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Ich darf Sie noch einmal bitten, wieder zur Ruhe zu kommen und sich hinzusetzen. Wir haben noch eine namentliche Abstimmung. Dazu wäre es gut, wenn Sie wüssten, um welche es geht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt 9, dem Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Verfassungsauftrag ernstnehmen – Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement umsetzen". Das ist die Drucksache 17/3718. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.10 bis 17.13 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. Ich gebe jetzt das Ergebnis der durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt. Zum Antrag der Abgeordneten Sonnenholzner, Rauscher, Müller und anderer (SPD) betreffend "Pflege besser machen – Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsumlage zügig einführen!", Drucksache 17/4059 – das war der Tagesordnungspunkt 10: Mit Ja haben 72 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 93. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Nun zum Tagesordnungspunkt 11, zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Leiner und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen II – Ausbildungsumlage zur solidarischen Finanzierung der betrieblichen Ausbildung einführen", Drucksache 17/552: Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 90. Es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit sind die Tagesordnungspunkte 10 und 11 erledigt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich noch folgende vonseiten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN mitgeteilte Umbesetzungen bekannt: Frau Kollegin Margarete Bause wird anstelle des Kollegen Dr. Dürr neues Mitglied der Richter-Wahl-Kommission. Neues Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen wird anstelle des Kollegen Dr. Dürr Frau Kollegin Katharina Schulze. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 12:**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bestandsstreckenausbau statt S-Bahn-Verschwenk Fürth (Drs. 17/3198)**

Auch zu diesem Antrag ist bereits namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Ganserer.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren macht sich die Stadt Fürth für einen umweltverträglichen Ausbau der S-Bahn zwischen Fürth und Erlangen stark. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir diese Forderung unterstützen. Nach den Plänen der Deutschen Bahn soll im Planfeststellungsabschnitt 16 das dritte Gleis für die S-Bahn von der bestehenden Trasse ausgeschwenkt werden und in einem hohen Bogen durch das Knoblauchsland über einen Acker geführt werden. Ursache für diese Planung war ein ursprünglich geplantes Gewerbegebiet in der Schmalau, das bis heute nur auf dem Papier existiert und bereits vor Jahrzehnten verworfen worden ist.

Obwohl die DB wichtige Planungsunterlagen nicht bereitstellen wollte und die Stadt Fürth die Vorlage erst einklagen musste, konnte die Stadt Fürth nachweisen, dass sowohl bei der Nutzen-Kosten-Untersuchung als auch bei den weiteren Planungsgrundlagen erhebliche fachliche Mängel zu finden waren und dass bei einem Verzicht auf den Verschwenk der Fahrplankontakt von 20 Minuten für die S-Bahn pünktlich eingeführt werden könnte. Das hat auch das Bundesverwaltungsgericht im Eilsacheverfahren so gesehen.

Im Februar letzten Jahres wurde dann der Planfeststellungsbeschluss erlassen. Dagegen hat sich in Fürth ein einmaliges Klägebündnis aus der Stadt Fürth mit einem einstimmigen Stadtratsbeschluss,

dem Bund Naturschutz und mehr als einem Dutzend betroffenen Landwirten formiert.

Bei diesen Planungen ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt, weil diese geplante Variante in hohem Maße das Grundeigentum von Privatpersonen in Anspruch nimmt. Wenn Sie sich schon immer als Schutzpatron der Landwirtschaft darstellen, stimmen Sie diesem Antrag zu und schützen Sie die betroffenen Landwirte vor der drohenden Enteignung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Planung greift zudem in Wasserschutzgebiete ein und richtet sich gegen die Ziele der Raumordnung und Landesplanung. Darüber hinaus ist eine ganze Reihe von Mängeln in der Umweltverträglichkeitsprüfung so gravierend, dass der Planfeststellungsbeschluss schon formal rechtswidrig ist.

Der dritte Spiegelstrich unseres Antrags hat sich in der Zwischenzeit positiv erledigt, weil eben das Bundesverwaltungsgericht mit Beschluss vom 16. Oktober 2014 im Eilsacheverfahren der Stadt Fürth recht gegeben hat.

Der zweite Spiegelstrich unseres Antrags ist im Prinzip eine Bekräftigung des einstimmig gefassten Beschlusses des Wirtschaftsausschusses vom Sommer 2013, als der Wirtschaftsausschuss die Petition "pro S-Bahn ohne Verschwenk" zur Würdigung an die Staatsregierung überwiesen hat. Auch wenn der heute zuständige Verkehrsminister Herrmann nichts dafür kann, dass sein Vorgänger dieses Problem jahrelang ausgesessen hat, so wird er trotzdem in den "Nürnberger Nachrichten" vom 4. Februar 2014 zitiert, dass er den Planfeststellungsbeschluss zwar bedaure, aber selbstverständlich die offenen Fragen bestmöglich beantworten wolle. Diese Äußerung bezieht sich eben auf die Petition. Doch eine neutrale und objektive Überprüfung der Nutzen-Kosten-Untersuchung seitens der Staatsregierung ist bis heute nicht erfolgt.

Zuletzt fordern wir mit dem ersten Spiegelstrich die Staatsregierung auf, auf Bundesebene und bei der Deutschen Bahn darauf hinzuwirken, dass die Pläne für den S-Bahn-Verschwenk in Fürth nicht mehr weiterverfolgt werden und dass dafür die Bestandsstrecke ausgebaut wird. Verstecken Sie sich heute nicht weiter hin dem Bundesverwaltungsgericht. Treffen Sie hier eine politische Entscheidung und machen Sie den Weg frei für einen umweltfreundlichen und umweltverträglichen Ausbau der S-Bahn zwischen Fürth und Erlangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. Der nächste Redner ist der Kollege Rotter. Bitte schön, Herr Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Abschnitt, über den wir heute erneut reden, ist Teil des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 8.1, das einzige Projekt, das noch nicht realisiert ist, das aber hoffentlich in drei Jahren endlich fertiggestellt sein wird und das für Bayern eine überragende Bedeutung hat. Entsprechend dieser überragenden Bedeutung haben wir uns schon in der letzten Legislaturperiode mit diesem Projekt sehr intensiv auseinandergesetzt.

Es gab zwei Petitionen, eine an den Bayerischen Landtag und eine an den Deutschen Bundestag. Wegen der Petition an den Deutschen Bundestag fand sogar ein Ortstermin statt, was im Bundestag sehr selten ist. Er geht normalerweise relativ schnell über die Dinge hinweg. Das beweist, dass es durchaus um schwierige und strittige Fragen geht. In dem Berücksichtigungsbeschluss, den der Deutsche Bundestag an die Bundesregierung gerichtet hat, ist sehr genau erläutert worden, welchen Klärungsbedarf er im Einzelnen hat. Am Ende dieser Petition ist auch ausgeführt, dass die Stadt Fürth diese Argumente wohl in das seinerzeit laufende Planfeststellungsverfahren einbringen werde. Ich gehe davon aus, dass das geschehen ist.

Gleichwohl ist der Planfeststellungsbeschluss so ergangen, wie ihn die Deutsche Bahn AG beantragt hat, also mit diesem Verschwenk. Dagegen wurde Klage erhoben. Das Bundesverwaltungsgericht hat, durchaus bemerkenswert, in einer Eilentscheidung die aufschiebende Wirkung dieser Klage wieder angeordnet. Herr Kollege Ganserer hat schon darauf hingewiesen, dass sich dadurch der dritte Spiegelstrich des Antrags bereits erledigt hat. Die DB AG hat schon im Vorfeld erklärt, sie werde bis zur endgültigen Entscheidung bei der Verschwenk-Strecke keine vollendeten Tatsachen schaffen.

Wir haben aber noch zwei weitere Spiegelstriche. Mit dem einen wird gefordert, dass zu den Aussagen der Stadt Fürth Stellung genommen werden solle, dass das Nutzen-Kosten-Verhältnis bei der bestehenden Trasse im Vergleich zum S-Bahn-Verschwenk günstiger sei. Wir haben bereits im Ausschuss festgestellt, dass diese Frage noch offen ist. Sie hat sich bis heute nicht klären lassen und muss im Hauptsacheverfahren beim Bundesverwaltungsgericht, zu dem bereits 500 Seiten Schriftsätze eingereicht wurden, geklärt werden. Insoweit hat sich auch der zweite Spiegelstrich erledigt.

Damit komme ich zum ersten Spiegelstrich, zum eigentlichen Wunsch dieses Antrags: Der Freistaat Bayern soll danach auf Bundesebene und bei der Deutschen Bahn AG darauf hinwirken, dass die DB AG die Pläne für den Verschwenk nicht mehr weiterverfolgt. Sie soll vielmehr alternativ sofort den Bestandsstreckenausbau realisieren. Lieber Herr Kollege Ganserer, hier geht es nicht darum, wessen Schutzpatron wir sind. Es geht darum, dass in diesem Gerichtsverfahren vor dem höchsten deutschen Verwaltungsgericht geklärt werden muss, welche Strecke die wirtschaftlichere ist. Dabei werden mit Sicherheit die unterschiedlichen Berechnungen zur Verschwenk-Strecke genau untersucht werden. Wenn dann festgestellt wird, dass der Nutzen-Kosten-Faktor deutlich besser ist, nämlich so, wie ihn die Stadt Fürth mit der Zahl 1,23 angesetzt hat, gegenüber dem Wert von 0,93, den die Bahngutachter bisher angesetzt haben, ist das wirtschaftlich.

Die Wirtschaftlichkeit ist entscheidend, weil wir nur dann, wenn sie gegeben ist, die Bundesförderung bekommen. Das sind immerhin 60 % der Baukosten. Sollte das Nutzen-Kosten-Verhältnis des Verschwenks, der mehr als 4 km lang ist, für die Gesamtstrecke der Linie Nürnberg bis Bamberg unter einen Wert von 1,0 sinken, wäre sogar die Gesamtförderung gefährdet, nicht nur die Förderung für diesen kleinen Teilabschnitt. Aus diesem Grunde habe ich in der Ausschusssitzung argumentiert, dass wir diesem Antrag nicht stattgeben sollten. Wir müssen jetzt die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts abwarten.

Nachdem die Eilentscheidung für den Antragsteller positiv ausgegangen ist, besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass auch das Hauptsacheverfahren so ausgehen wird. Wenn das Gericht dann all diese schwierigen Fragen geprüft und festgestellt hat, dass diese Lösung entgegen der Ansicht der Bahn doch wirtschaftlich ist, dann muss uns der Bund auch diese Förderung gewähren. Angesichts der Bedeutung dieses Projekts für Mittelfranken, für Oberfranken, ja für ganz Bayern und darüber hinaus, sollten wir jetzt nicht vorschnell auf die Bahn einwirken und ihr irgendetwas vorschreiben, was sich hinterher als nicht wirtschaftlich und nicht förderfähig herausstellen könnte. Nur aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag ab.

Wir haben uns bereits in der letzten Legislaturperiode mit Zweifeln an diesem Verschwenk beschäftigt. Herr Kollege Ganserer, Sie waren damals noch nicht dabei. Ihre Fraktionskollegen können Ihnen das aber sicher bestätigen. Die endgültige Klarheit wird dieses Gerichtsverfahren bringen. Das Ergebnis dieses Verfahrens sollte abgewartet werden, um Schaden bezüglich der Fördermöglichkeiten vom Freistaat Bayern abzuwenden und um das Gesamtprojekt nicht zu ge-

fährden. Deshalb bitte ich Sie, ebenso zu entscheiden wie der Wirtschaftsausschuss, also den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Rotter. Der nächste Redner ist Herr Kollege Roos. Er ist schon auf dem Weg. Bitte schön, Herr Roos.

Bernhard Roos (SPD): Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der S-Bahn-Verschwenk Fürth ist seit etlichen Jahren ein Dauerbrenner. Seit ich im Bayerischen Landtag bin, beschäftigt mich dieses Thema, zunächst als Berichterstatter bei einer Petition und mittlerweile als verkehrspolitischer Sprecher in der Nachfolge meines Kollegen Dr. Thomas Beyer, eines Mittelfranken, der mir die notwendige Expertise gegeben hat.

Meine Vorredner, Herr Kollege Ganserer und Herr Kollege Rotter, haben die Situation bereits eingehend und im Detail geschildert. Deshalb möchte ich, wenn das erlaubt ist, auf die Metaebene gehen: Hier geht es um die Infrastruktur, um die Ertüchtigung des Verkehrsnetzes im gesamten Mittelfranken und um ein Projekt im Rahmen der Deutschen Einheit. Wie wir alle wissen, hat es die Bayerische Staatsregierung, bis dato CSU-geführt, unterlassen, eine Priorisierung von Verkehrskonzepten und –projekten vorzunehmen. Das ist eine Unterlassungssünde; denn der Freistaat Bayern muss schon sagen, wo der Wagen hingehen soll. Was ist der Kurs? – Werte Frau Ministerin, diese Frage muss sowohl bei der Energiewende als auch in der Verkehrspolitik beantwortet werden. Hier steht die Bayerische Staatsregierung in der Pflicht.

Herr Ministerpräsident, die berühmte Koalition mit dem Bürger ist in einer solchen Gemengelage nur sehr schwer herzustellen. Es wird immer Gegner und Befürworter geben. Diese gibt es querbeet in Mittelfranken und querbeet durch die Fraktionen. Herr Kollege Ritt nickt; er weiß das. Deshalb können wir heute nicht pro Fürth, pro Nürnberg oder für den weiteren Spieler, die DB AG, votieren, sondern müssen zur Kenntnis nehmen, dass dieses Thema auch das Bundesverwaltungsgericht beschäftigt. Dieses Verfahren wird noch ein Jahr, wenn nicht länger dauern.

Die Bayerische Staatsregierung müsste mit den Experten der Obersten Baubehörde in der Lage sein, darzulegen, wo der Kosten-Nutzen-Mehrwert bei einer Verschwenk-Lösung oder bei der Bestandsstrecke liegt. Dies müsste zu bewerkstelligen sein, um der Politik vor Ort Handreichungen geben zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich spielt auch die Ökologie eine Rolle. Ich nenne nur das Stichwort Knoblauchsland. Es spielt auch eine Rolle, dass die besagten Grundstücke noch nicht im Besitz bzw. in der Verfügungsgewalt der Deutschen Bahn sind. Nach Abwägung all dieser Punkte kommen wir von der SPD-Landtagsfraktion im Gegensatz zu meinem persönlichen Motto "Politik mit Haltung" zu dem Ergebnis, dass wir uns enthalten müssen, um weder der einen noch der anderen Position zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Roos. - Unser nächster Redner ist der Kollege Glauber. Bitte schön, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unseren Bürgerinnen und Bürgern hilft es natürlich sehr wenig, wenn wir hier über die Frage philosophieren, ob das Projekt in einem Jahr kommen wird oder nicht, ob wir jetzt schon Maßnahmen ergreifen können oder nicht. 2008 bin ich in den Landtag gewählt worden, und seitdem beschäftigt mich das Thema. Im Prinzip lag damals auch schon die erste Petition zum Thema vor. Wir hätten eigentlich damals schon abschätzen können, wohin die Reise geht. Jetzt sind wir im sechsten Jahr danach, und jetzt wird die Sache von einem Gericht geklärt – vielleicht in einem Jahr. Das ist dann das siebte Jahr.

Von allen Rednern ist angesprochen worden, dass wir von dem Projekt Deutsche Einheit Nr. 8.1 aus dem Jahr 1996 sprechen. Die Bürger im Frankenland verstehen nur bedingt, dass wir bei dem Projekt sechs Jahre verstreichen haben lassen und dass die Bahn hier sehr hartleibig agiert, obwohl man weiß, dass der Planfeststellungsbeschluss so, wie er vorliegt, der gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten wird. Von daher verlieren wir jetzt ein weiteres Jahr. Wir werden dann den mehrspurigen Ausbau nicht bekommen; für das Frankenland wird es keinen 20-Minuten-Takt geben. Viele wünschen eigentlich, dass die Bürger auf den Nahverkehr umsteigen; so bekommen wir das nicht. Insofern unterstützen wir den Antrag der GRÜNEN; denn wir wollen nicht noch ein weiteres Jahr verlieren, nachdem schon sechs Jahre ins Land gegangen sind und wir den Bürgern kein positives Signal senden konnten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): So verlieren Sie erst recht Zeit und noch ein weiteres Jahr!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Glauber. Sie haben so schön erfrischend kurz geredet; da war es kein Problem, dass die Redezeit-

uhr nicht funktioniert hat. Vielen Dank dafür. – Nun hat sich noch Staatssekretär Eck für die Staatsregierung zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Redebeiträge nicht wiederholen, sondern im Wesentlichen den Beitrag des Kollegen Roter unterstreichen. Auf die Details möchte ich, wie gesagt, nicht mehr eingehen. Allerdings ist die Antwort auf die Frage, ob es sinnvoll ist oder nicht, hin- und hergeschoben worden. Da muss deutlich gemacht werden, dass der Ausbau der S-Bahn in Nürnberg unumgänglich ist. Er stärkt letztendlich die Mobilität der gesamten Region und die Wirtschaftskraft Mittelfrankens. Darüber ist überhaupt nicht geredet worden; das ist für uns aber unabdingbar wichtig.

Der Linienast S 1 Nürnberg – Bamberg, der auch durch den Fürther Verschwenk ausgebaut werden soll, hat – auch das ist nicht angesprochen worden – das größte Fahrgastaufkommen in diesem Großraum Nürnberg. Ich will die Zahl nennen, damit Sie sich das vorstellen können: 12.000 Reisende pro Tag fahren hier, und dieser Bedarf kann schon heute nicht ausreichend bedient werden. Geplant ist, den S-Bahn-Betrieb ab Dezember 2018 voll aufzunehmen und in der Achse Nürnberg – Fürth – Erlangen annähernd einen 20-Minuten-Takt zu erreichen.

Ständig wird auch darüber diskutiert, dass die Infrastruktur bis zu diesem Zeitpunkt nicht mitgewachsen ist. Ich kann hier an dieser Stelle sagen: Es wurde geprüft; die Infrastruktur steht dann bis auf den Abschnitt des Fürther Verschwenks sicher zur Verfügung. Für die Streckenführung beim S-Bahn-Verschwenk Fürth besteht – für mich ist unerklärlich, dass es den vorliegenden Antrag überhaupt gibt – zurzeit kein Baurecht. 2014 erging der Planfeststellungsbeschluss. Er bestätigt die Trassenführung inklusive der neuen Haltepunkte Stadeln und Steinach.

Ich fasse zusammen: Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss haben – deshalb verstehe ich die Kritik an der Staatsregierung letztendlich nicht – die Stadt Fürth, der Bund Naturschutz und betroffene Grundstückseigentümer Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Wir respektieren das alles, aber die Kritik daran nicht ganz. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Oktober 2014 den Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses aufgehoben – nicht wegen mangelnder Erfolgsaussichten, sondern wegen der Komplexität und der vielen Fragestellungen.

Dass dies alles komplex ist, haben auch die Wortmeldungen gezeigt, lieber Herr Kollege Ganserer. Sie

haben einige Dinge ein Stück weit miteinander vermengt; das kann man eigentlich so nicht stehen lassen. Unter anderem haben Sie gesagt, dass die Zahlen, Daten, Fakten, die vorgelegen haben, um die Analysen zu erstellen, nicht aktuell gewesen seien. Da muss ich Ihnen absolut widersprechen: Hier wurden aktualisierte Zahlen, Daten und Fakten verwendet. Das wird bei der Entscheidung des Gerichts letztendlich noch geklärt werden.

Einen weiteren Punkt möchte ich noch ansprechen. Lieber Herr Kollege Roos, Sie fragen, wohin die Reise geht; die Staatsregierung solle sich äußern, sagen Sie. Es gibt überhaupt keine Diskussion darüber; die Staatsregierung hat sich geäußert. Die Staatsregierung ist ohne Wenn und Aber für die Verschwenk-Trasse, und die Staatsregierung respektiert selbstverständlich gerichtliche Entscheidungen, wie auch die Deutsche Bahn. Wir werden – das ist unsere Meinung – die Entscheidung abwarten; deswegen sollten wir jetzt auch keine neuen Planungen, neuen Überlegungen anstellen, weil das letztlich nur Verwirrung unserer Gesellschaft bedeuten würde.

Zurzeit überlegen wir eine Interimslösung; denn die Verzögerungen durch dieses Verfahren – wir kritisieren das nicht; wir sind ein Rechtsstaat – sollen nicht auf dem Rücken der Reisenden ausgetragen werden. Deshalb verhandeln wir zurzeit mit der DB und der BEG. Es werden Lösungen gesucht, damit wir schon gebaute Gleise durch Bauweichen an die Bestandsstrecke anschließen können. So könnten wir gegebenenfalls die Reisezeiten verkürzen, sodass die Zeit letztendlich nicht ungenutzt bleibt. In diesem Sinne ist der Antrag, so meine ich, überflüssig und abzulehnen. Sie sehen: Die Staatsregierung ist bemüht, die Situation dort zu verbessern. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Bitte bleiben Sie noch am Redepult; wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Markus Ganserer. Bitte schön.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie haben die Komplexität des S-Bahn-Netzes und der ganzen Planung angesprochen. In der komplexen Materie haben Sie vielleicht auch den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts gelesen; er umfasst immerhin zwölf Seiten. Es ist also ziemlich komplex, den zu erfassen. Aber darin wird ganz deutlich, dass das Bundesverwaltungsgericht der Stadt Fürth durchaus recht gegeben hat, die befürchtet, dass die DB bei ihren Prognosen mit falschen Güterzugzahlen gerechnet hat, und dass die

Trassenkapazität insofern nicht gefährdet ist. Stimmen Sie der Auffassung zu, dass die Deutsche Bahn hier mit falschen Zahlen gerechnet hat? – Sie haben angesprochen, dass man hier nach Lösungen sucht. Die Lösungsvorschläge sind nicht neu; sie kommen von der Stadt Fürth und werden von den Betroffenen seit Jahren vorgetragen. Demzufolge soll man zwei Weichen einbauen, was innerhalb weniger Wochen erledigt werden könnte. Mit dieser Maßnahme würde sich die Netz- und Fahrplanstabilität um ein Vielfaches erhöhen; somit wäre bei der S-Bahn von Nürnberg nach Erlangen ab 2018 ein 20-Minuten-Takt möglich, was wir uns alle wünschen, ohne dass im Planfeststellungsabschnitt 16 ein drittes Gleis dazu gebaut werden muss. Dementsprechend hätte man dann Zeit, mit den Planungen noch einmal von vorne anzufangen. Deswegen wäre es vernünftig, jetzt eine politische Entscheidung zu treffen, um nicht weitere Zeit zu verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Lieber Herr Kollege Ganserer, Sie werden nicht erleben, dass ich jetzt eine Zahl bestätige oder dementiere, die Sie aus einem zwölf Seiten umfassenden Papier herausgreifen.

(Markus Ganserer (GRÜNE): Das ist ein Gerichtsurteil!)

Mir ist berichtet worden, dass die Zahlen aktualisiert sind; sie liegen vor. Das Gericht soll nun entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, die, wie bekannt gegeben, in namentlicher Form durchgeführt wird. Die Abstimmung erfolgt zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Ganserer und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bestandsstreckenausbau statt S-Bahn-Verschwenk Fürth", Drucksache 17/3198. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen sind für die namentliche Abstimmung bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.40 bis 17.45 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird wie üblich außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Kolleginnen und Kollegen, zu einer Erklärung zur Abstimmung nach § 133 Absatz 2 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag haben sich der Kollege Arnold und die Kollegin Guttenberger zu Wort gemeldet. Zunächst erteile ich Herrn Kollegen Arnold das Wort.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Über eine Gerichtsentscheidung ist viel gesprochen worden. Das ist auf der einen Seite zutreffend. Auf der anderen Seite hat das Gericht bereits am 16. Oktober 2014 entschieden. Entgegen der Darstellung ist auch eine inhaltliche Entscheidung erfolgt, die bedenklich ist. Darin steht zum Planfeststellungsbeschluss:

Im Übrigen weist er in der artenschutzrechtlichen Prüfung erhebliche Unklarheiten auf... Zu den Ausnahmevoraussetzungen, insbesondere zu der Frage, ob eine zumutbare Alternative gegeben ist ..., enthält der Planfeststellungsbeschluss keine Ausführungen.

Zu der berühmten Sorge, dass die Finanzierung dadurch möglicherweise vereitelt oder – so ist es angeführt worden – ein ganzes Projekt zur Disposition gestellt wird, stehen deutliche Worte im Urteil. Diese lauten wie folgt:

Dass wegen des Auslaufens von Förderungsmöglichkeiten nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zum 31. Dezember 2019 die Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klagen die Finanzierung des Vorhabens ernstlich gefährden könnte, hält der Senat nicht für hinreichend wahrscheinlich.

Also: Viel Lärm um nichts. Die Finanzierung ist auch nach derzeitiger Sicht gerichtsfest. Was jetzt im Raum steht, ist nichts anderes als der Wille, politisch Farbe zu bekennen. Ich halte fest, dass sich von den 19,7 Hektar, die zur Realisierung dieses Projektes notwendig sind, bislang kein einziger Quadratmeter im Eigentum der Deutschen Bahn befindet. Das bedeutet, dass es tatsächlich Enteignungen geben wird. Bislang hat das Planungsbüro 21 Planungsfehler zugegeben. Bei einer Rentabilitätsberechnung von 0,97 ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass das Projekt kippt. Darüber hinaus – das ist für mich entscheidend – hat der Bayerische Landtag eine Petitionsentscheidung getroffen. Das ist zutreffend ausgeführt worden. Der Bundestag hat ebenfalls eine Petitionsentscheidung getroffen. Vor diesem Hintergrund besteht aufgrund meiner politischen Überzeugung kein Raum für

eine Enthaltung. Deswegen habe ich diesem Antrag zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Arnold. - Nun erteile ich Frau Kollegin Guttenberger das Wort. Bitte schön.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Abstimmung ebenfalls begründen. Ich habe dem Antrag zugestimmt, wohl wissend, dass sich der dritte Spiegelstrich – darauf haben Sie hingewiesen – bereits erledigt hat. Ich bin mir bewusst, dass wir den S-Bahn-Verschwenk nur bauen können, wenn wir ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1,0 erreichen, da nur dann Bundesmittel fließen. Kollege Arnold hat darauf hingewiesen, dass in der Gesamtabwägung, die ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 0,98 hervorgebracht hat, Lärmschutzwände, nicht nachvollziehbar, dreimal so viel kosten wie beim Bau der S-Bahn-Verschwenk-Trasse. Plötzlich stehen weniger Fahrgäste zur Verfügung als heute. Für mich gibt es an dieser Stelle so viele Unwägbarkeiten, dass ich der festen Überzeugung bin, dass auch die Bestandstrasse ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 1,0 erreichen wird. Zwar halte ich es für den richtigen Weg, zu warten, was ein Gericht entscheidet. Ich halte es jedoch ebenfalls für den richtigen Weg, klar gegen den Strecken- und Flächenverbrauch vorzugehen. Wir sollten nur dort eine Strecke errichten, wo sie von der Bevölkerung akzeptiert wird.

Zum Vorwurf, man würde damit das gesamte Verkehrsaufkommen blockieren. Im Urteil findet sich ebenfalls die klare Stellungnahme der Bahn, wonach der Verkehr nicht blockiert wird, weil man ohnehin vor dem Jahr 2019 nicht fertig geworden wäre. Deshalb habe ich diesem Antrag zugestimmt. Ich hoffe, dass uns bald klare Zahlen vorliegen, um diesen S-Bahn-Verschwenk, der nutzlos und wenig sinnvoll ist, verhindern zu können.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Guttenberger. - Ich kann gleich das Ergebnis zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 12 bekannt geben. Bei der Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Ganserer und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bestandsstreckenausbau statt S-Bahn-Verschwenk Fürth", Drucksache 17/3198, haben 33 Abgeordnete mit Ja gestimmt. Mit Nein haben 89 gestimmt. Es gab 37 Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt komme ich zu Tagesordnungspunkt 9. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Verfassungsauftrag ernstnehmen – Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement umsetzen", Drucksache 17/3718, bekannt. Mit Ja haben 72 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 91 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten (Drs. 17/2872)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Unsere erste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Niedersachsen hat gerade einen Antrag auf den Weg gebracht, die Opfer des § 175 des Strafgesetzbuches zu rehabilitieren und zu entschädigen für das Unrecht, das ihnen angetan wurde. Sie wurden verurteilt und geächtet, einfach nur, weil zwei Männer sich liebten. Hessen hat einen solchen Antrag schon in der letzten Legislatur verabschiedet, noch unter Schwarz-Gelb. Schleswig-Holstein fordert, dass Schwule, die wegen des § 175 verurteilt wurden, entschädigt werden. Ebenso fordern dies die Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich finde aber – ehrlich gesagt -, das reicht auch. Ich will nämlich nicht, dass Bayern Letzter ist, dass Bayern Schlusslicht ist, wenn es darum geht, Unrecht etwas abzumildern. Wie sagte Kollege Blume heute? – Jetzt ist er, glaube ich, gerade nicht da.

(Markus Blume (CSU): Doch!)

Wir wollten Bayern schlechtreden. – Ach, da sind Sie, ich habe Sie dort vermutet. – Nein. Wir wollen, dass Bayern sich bewegt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, dass wir aus Bayern ein starkes Signal in Sachen Gerechtigkeit senden. Wir wollen, dass sich in und für Bayern etwas bewegt. Glauben Sie mir, meine Kolleginnen und Kollegen: Es würde Bayern gut anstehen, in der Gleichstellungspolitik nicht immer die Hardliner-Positionen einzunehmen und nicht immer als Schlusslicht zu agieren.

Worüber reden wir? – Wir reden über nichts anderes als Unrecht. Da ist es egal, ob das Unrecht vor 1945 oder nach 1945 geschehen ist. Es ist kein Unrecht, einen anderen Menschen zu lieben. Das gilt, egal, ob zwei Frauen, ein Mann und eine Frau oder zwei Männer sich lieben. Das ist kein Unrecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dass der § 175 während der Zeit der Nationalsozialisten Unrecht war, das hat der neue Gesetzgeber, die Bundesrepublik Deutschland, anerkannt. Die Opfer wurden rehabilitiert, und man hat ihnen zugestanden, dass es Unrecht war.

Wie unlogisch ist es dann, dass das Gleiche jenen nicht zugestanden wird, die nach 1945 aufgrund des § 175 verurteilt wurden? Wenn ein Rechtsstaat Gesetze zur Grundlage hat, die eben nicht den Grundwerten entsprechen, die eben nicht dem Grundgesetz entsprechen, dann ist es an der Zeit, diese Menschen, schwule Männer, zu rehabilitieren und ihnen für das Unrecht eine Entschuldigung entgegenzubringen, ihnen für das Unrecht einmal klipp und klar zu sagen: Es tut uns leid, dass wir als Staat Ihnen dieses Unrecht angetan haben. Es tut uns leid.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geben Sie sich einen Ruck und machen Sie Bayern etwas fortschrittlicher! Die Würde des Menschen ist unantastbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Dr. Rieger. Bitte schön.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Legt man unsere heutigen Wertmaßstäbe zugrunde, so ist es aus heutiger Sicht nicht nachvollziehbar, dass es in der jungen Bundesrepublik Deutschland einen Straftatbestand gegeben hat, der freiwillige sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellte, und deswegen bis 1969 Zigtausende Männer verurteilt wurden.

Noch schwerer tun wir uns mit dieser historischen Tatsache, wenn man sich vor Augen führt, dass der Deutsche Bundestag die diesbezüglichen Urteile aus der Zeit vor 1945 als Ausfluss eines Unrechtsstaates aufgehoben hat, die Urteile aus der Zeit nach 1945 aber Bestand haben. Das heißt, die vor 1945 Verurteilten haben damit eine gewisse Rehabilitation erfahren; die nach 1945 verurteilten Männer bleiben bis heute rechtskräftig festgestellt Straftäter.

Ich brauche nicht besonders zu betonen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, dass diese Situation beschämend ist und unseren heutigen Moralvorstellungen natürlich nicht entspricht. Deswegen hege ich für den Antrag der Fraktion der GRÜNEN eine gewisse Sympathie.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber?)

Die entscheidende Frage, meine Damen und Herren, die sich bei der Bewertung dieses Antrags stellt, ist aber eine ganz andere, nämlich die, ob wir, gerade auch als Landesparlament, noch mehr tun können, um zur Rehabilitation der damals verurteilten Männer beizutragen, vor allem noch mehr, als der Bundestag schon getan hat. Insbesondere stellt sich die Frage, ob wir juristische Sachverhalte und Verurteilungen von vor 50, 60 oder 70 Jahren durch die Brille von heute betrachten oder gar abändern können. Rechtlich ist die Antwort auf diese Fragen eindeutig: Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahre 1957 festgestellt, dass der einschlägige § 175 des Strafgesetzbuches alte Fassung verfassungsgemäß ist und die darauf beruhenden Urteile rechtmäßig sind. Ebenso hat das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2006 entschieden, dass Urteile, die deutsche Gerichte auf der Grundlage unseres Grundgesetzes gefällt haben, nicht aufgehoben werden können. In dieser Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich aufgeführt, dass nur solche Urteile aufgehoben werden können, die – ich zitiere – "zur Förderung eines Unrechtsregimes gegen die elementaren Grundgedanken der Gerechtigkeit verstoßen ... sowie Urteile von Institutionen, die wie der Volksgerichtshof zwar als Gerichte bezeichnet, aber aufgrund ihrer Stellung und Aufgabe keine Organe einer unabhängigen rechtsprechenden Gewalt waren ...".

Würde man nun mit den Urteilen nach 1945 ebenso verfahren wie mit denen von vor 1945, so würde man unterstellen, dass auch die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland bis zur endgültigen Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuches im Jahr 1994 Teil eines Unrechtsregimes waren.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Stamm?

Dr. Franz Rieger (CSU): Nein. Ich möchte zu Ende reden. – Mit der Aufhebung gerichtlicher Entscheidungen, die in der Bundesrepublik gefällt wurden, würde der Gesetzgeber also nicht nur gegen das Gewaltenteilungsprinzip und die Unabhängigkeit unserer Gerichte verstoßen; er würde auch die Rechtssicherheit gefährden und durch die Verstöße einen Präzedenzfall schaffen. Würde man dies tun, meine Damen und Herren, und die heutigen Wertmaßstäbe an die Vergangenheit anlegen, würde sich die Frage stellen, inwieweit wir dies auch in anderen Bereichen tun müssten. Müssten wir dann auch Menschen rehabilitieren, die früher wegen Kuppelei oder Ehebruch verurteilt wurden? Noch problematischer eine Frage in die Zukunft gerichtet: Was tun wir mit heutigen Urteilen, wenn sich unsere heutigen Moralvorstellungen und Wertvorstellungen in 10, 20, 30 oder 40 Jahren ändern? Müssen wir auch all diese Urteile aufheben, oder wie wird unsere gesetzliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch von der nächsten Generation beurteilt?

Allein diese Fragen zeigen uns, dass uns nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich die Hände gebunden sind, alte Urteile zu ändern, und dass wir das akzeptieren sollten. Genau aus diesen Gründen konnte auch der Deutsche Bundestag bisher unabhängig davon, wie er sich zusammensetzte, nicht mehr zur Rehabilitation beitragen, als er ohnehin schon getan hat. Der Deutsche Bundestag – die Frau Kollegin hat es schon erwähnt – hat bereits im Jahr 2000 einstimmig einen Beschluss gefasst, in dem die Fortgeltung der betreffenden Straftatbestände bedauert und ausdrücklich anerkannt wurde, dass hierdurch homosexuelle Menschen und Bürger in ihrer Menschenwürde verletzt worden sind.

Ebenso hat der Deutsche Bundestag, wie bereits erwähnt, schon im Jahr 2002 die Urteile aus der Zeit vor 1945 aufgehoben. Darüber hinaus hat sich der Deutsche Bundestag auch in den Jahren 2008, 2009 und 2012 immer wieder intensiv und nachhaltig mit Fragen der Rehabilitation beschäftigt und im Jahr 2013 sogar im Rechtsausschuss eine Sachverständigenanhörung durchgeführt. Ergebnis war immer, dass – auch und gerade wegen der begrenzten rechtlichen Möglichkei-

ten – keine weiteren Maßnahmen zur Rehabilitation beschlossen wurden.

Im Ergebnis, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, können wir hier das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Anderenfalls würden wir ein Fass aufmachen, das unser Rechts- und Justizsystem infrage stellen würde. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag, auch wenn es schwerfällt – das gestehe ich zu –, abzulehnen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Rieger. - Für eine Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Stamm gemeldet. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Rieger, zunächst einmal danke ich Ihnen, dass Sie unserem Antrag Sympathien entgegenbringen können. Ich hätte mir allerdings ein bisschen mehr gewünscht.

Ich könnte jetzt die Länder noch einmal aufzählen, die sich entschlossen haben, ein klares und starkes Signal zu zeigen und zu sagen: Wir müssen die Menschen, denen Unrecht geschehen ist, rehabilitieren. Das sind nicht wenige Bundesländer. Ich frage mich, warum sich zum Beispiel die schwarz-gelbe Landesregierung in Hessen trotz der Argumente, die Sie vorgebracht haben, dazu durchringt, den Menschen, die nach 1945 verurteilt worden sind – die vor 1945 Verurteilten sind ja schon rehabilitiert –, eine Rehabilitation zugutekommen zu lassen. Das ist unlogisch, ganz abgesehen davon, dass ich finde, dass auch Teile Ihrer Rede unlogisch waren.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Rieger.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr verehrte Kollegin, es ist doch schon schön, wenn ich Ihnen Sympathie entgegenbringe. Das haben Sie ja gesagt.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Sie will Sie aber nicht heiraten!)

Zur Sache selbst. Zum Ersten haben wir im Rechtsausschuss einem Berichtsantrag zugestimmt, nach dem die Sache sozusagen historisch aufgearbeitet werden soll. In den wissenschaftlichen Instituten ist ja auch schon etwas im Gange.

Es geht hier – ich habe das nicht erwähnt, weil ich nicht zu tief einsteigen wollte – um eine gesamtdeutsche Problematik. Betroffen ist nicht nur die ehemalige Bundesrepublik, sondern auch die ehemalige DDR. Dort haben wir die gleiche Problematik. Einzelne Länder haben schon lange Anträge gestellt, und

auch im Bundesrat ist nichts herausgekommen. Das habe ich nicht erwähnt.

Wir sind, so nützlich Ihr Anliegen vielleicht ist – das gestehen wir ja zu –, der Ansicht, dass das auf Bundesebene geregelt werden sollte. Denn es handelt sich um eine gesamtdeutsche Angelegenheit, und es nützt nichts, wenn Länder, welcher politischen Couleur auch immer, Anträge stellen und dann nichts herauskommt.

Das Problem muss auf Bundesebene gelöst werden. Der Bundestag müht sich – ich habe Ihnen das ja vorgetragen – schon die letzten eineinhalb Jahrzehnte an diesem Problem ab. Er hat es aber immer wieder, auch das letzte Mal, vertagt. Deshalb sollte die Angelegenheit auch auf Bundesebene bleiben. Ich habe ja am Anfang gesagt, gerade wir als Landesparlament sollten hier nicht weiter einsteigen. Im Rechtsausschuss haben wir ausführlich diskutiert und damit alles uns Mögliche getan. Wir haben den Antrag angenommen, dass einmal berichtet werden soll, wie das Problem historisch und wissenschaftlich aufgearbeitet wird. Der Bericht kommt. Dem haben wir zugestimmt, aber diesen Antrag lehnen wir aus den Gründen ab, die ich vorher vorgetragen und die ich jetzt genannt habe. Ich glaube, wir sollten das Problem auf Bundesebene belassen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Rieger. - Kollege Arnold ist unser nächster Redner. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der § 175 des Strafgesetzbuches ist keine Erfindung der Bundesrepublik Deutschland. Er ist ein Relikt aus dem Kaiserreich, im Nazi-Reich extrem verschärft. Er blieb, zunächst etwas abgemildert, auch nach 1949 im Strafgesetzbuch und wurde eigentlich erst 1994 gänzlich gestrichen.

Wenn wir uns über Rehabilitation unterhalten, wird hier der Eindruck erweckt, dass es nur um eine Formalie ginge, weil die Urteile, die zurückliegen, in der Tat möglicherweise eingedenk der heutigen moralischen Anschauungen gar nicht mehr relevant sind. Wenn wir uns aber vorstellen, dass in dieser Zeit 50.000 Männer, und nur Männer – denn es wurde nur die Homosexualität zwischen Männern als strafbar bezeichnet –, verurteilt worden sind, wird es schon etwas deutlicher. Man muss sich auch anschauen, welche Strafen verhängt worden sind und zu welchen Konsequenzen es, auch hier in Bayern, gekommen ist. Dann wird noch deutlicher, wie zwingend die Gedanken über eine Rehabilitation sind. Es geht aber nicht nur um Gedanken, also einen Bericht, wie die

Angelegenheit aufzuarbeiten ist, sondern auch um konkrete Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weise darauf hin, dass auch Verurteilungen zu Freiheitsstrafen von mehr als einem und teilweise von über zwei Jahren erfolgt sind und damals der Beamtenstatus bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr weg war. Wegen solcher Handlungen sind, wie teilweise auch den Urteilsbegründungen zu entnehmen ist, bis auf diesen Bereich unbescholtene Männer ihrer beruflichen, persönlichen und damit auch sozialen Existenz beraubt worden. Das waren nicht nur pittoreske Einzelfälle, sondern das wirkt bis in die heutige Zeit nachhaltig.

Ich frage Sie, was dies für ein Staat ist, der den Leuten sagt: Pech gehabt, möglicherweise zur falschen Zeit verurteilt worden; wir wissen zwar, dass die Verurteilung heute unmöglich wäre, können aber nichts weiter tun. Das ist kein Staat, der menschlich ist, sondern ein Staat, der sich auf Formalia zurückzieht. Das ist der Rechtsstaat, den wir nicht wollen; denn er wird draußen nicht mehr verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Dr. Rieger, heben mit Sicherheit darauf ab, dass das Bundesverfassungsgericht den § 175 für verfassungsgemäß erklärt hat. Schauen Sie bitte einmal auch in die Begründung. So würde ein Bundesverfassungsgericht heute nicht mehr begründen können; denn der § 175 ist mit Verweis auf die körperliche Bildung von Geschlechtsorganen – wörtlich –, deren Funktion beim Mann eine drängende und fordernde und bei der Frau eine zur Hingabe bereite ist, für verfassungsgemäß erklärt worden. So etwas in den Entscheidungsgründen des Bundesverfassungsgerichts ist für dieses Gericht und für diese Geschichte nichts Schönes. Deswegen ist es in der Tat veranlasst, diese Rechtsprechung aufs Korn zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das nicht hilft, muss man erwähnen, dass die Europäische Menschenrechtskonvention schon seit Langem gilt. Danach – damals ist noch nicht entschieden worden – könnte man durchaus sagen, dass es sich schon damals um objektiv falsche Gesetzesgrundlagen gehandelt hat und damit eine permanente Rechtswidrigkeit gegeben war.

Nun habe ich natürlich Verständnis, dass die Diskussion um die Aufhebung von Urteilen im Bundestag zu Recht geführt wird. Man könnte über seinen Schatten springen. Aber die Präzedenzfälle in diesem Zusammenhang geben uns in der Tat zu denken. Doch was

sind das für Präzedenzfälle? – Man muss sich vorstellen, dass noch bis 1969 Menschen wegen Kuppelei verurteilt wurden, weil sie sich unverheiratet in einem befriedeten Besitztum einander zugewandt hatten

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Oder es gestattet hatten!)

– oder es gestattet hatten; sehr wohl, Herr Ministerpräsident –, oder dass Menschen sich gar deswegen strafbar machten, weil sie dem Eheversprechen nicht treu geblieben waren und nachgewiesenermaßen wegen Ehebruchs verurteilt wurden. Auch das sollte uns allen Anlass geben, unsere Positionierung zu überdenken und nicht so zu tun, als ob das in fernen Zeiten gewesen sei. Diese Urteile führten letztlich zur Vernichtung von Existenzen in der Gesellschaft. Grund war ein Verhalten, über das heute niemand mehr strafrechtlich nachdenken würde.

Nicht zuletzt deswegen können wir uns möglicherweise auf Entschädigungsleistungen verständigen, und seien sie nur symbolischer Art. Es genügt, wenn der Bundestag oder wir bekunden: Diese Verurteilung tut uns leid. Für dieses Leid, das im Namen des Volkes und im Namen des Gesetzes zugefügt wurde – wir sehen ein, dass es Unrecht war –, wird eine Entschädigung in dieser oder jener Höhe gewährt. – Das wäre Rehabilitation in concreto und kein Verweisen auf abstrakte juristische Theorien zu der Frage, ob Urteile aufgehoben werden können. Den Betroffenen wird dadurch geholfen, dass man sie anspricht und ihnen sagt: Damals ist Mist geschehen, wir wollen das gemeinsam aufarbeiten. Deswegen stimmen wir dem Antrag der GRÜNEN zu.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Streibl das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werter Herr Ministerpräsident! Uns liegt ein Antrag vor, der - das muss man schon sagen - in die Tiefe geht und mit dem umzugehen schwierig ist, da er uns in unserer Moralität, unseren Wertvorstellungen und unserer Haltung zur Rechtsstaatlichkeit herausfordert.

Wer von politischer Rehabilitierung spricht, meint damit, dass Urteile, die ergangen sind, aufgehoben werden müssen. Aber wir sprechen hier von Richtern, die unabhängig waren und in einem demokratischen Rechtsstaat lebten. Wir sprechen von Gesetzen, die von einem demokratisch gewählten Parlament so verabschiedet oder bestätigt worden waren.

(Horst Arnold (SPD): Bestätigt!)

Insofern befinden wir uns im Grunde in einem Dilemma: Wir können von der politischen Seite her nicht mit unseren heutigen Moralvorstellungen Rechtsprechung aus der Vergangenheit in Frage stellen oder aufheben. Es wird schwierig, wenn wir unsere heutigen Moralvorstellungen rückwirkend auf die damalige Rechtsprechung anwenden. Wir müssen die Trennlinie klar ziehen: Die damaligen Richter waren dem Recht und dem Gesetz, das damals galt, gegenüber verantwortlich. Dieses Gesetz war Ausdruck der damaligen Wertvorstellungen.

Dass sich Wertvorstellungen in der Gesellschaft – und dann auch die Rechtsprechung – ändern, ist etwas Normales; Gott sei Dank haben sie sich in diesen Fällen geändert. Die Ex-post-Betrachtung entzieht sich jedoch unserer Wertung. Von daher sind wir in einem Dilemma. Wir wissen: Das, was den betroffenen Menschen damals passierte, verletzte sie in ihrer Menschenwürde und war, wenn man es moralisch betrachtet, schlecht. Von daher ist unsere Gesellschaft, unser Staat an diesen Menschen schuldig geworden. Wir müssen uns heute fragen, wie wir mit dieser Schuld umgehen.

Wenn wir aber nun hingehen und Gesetze und Rechtsprechung aufheben würden, widerspräche das unserer Rechtsordnung. Hier ist dann auch die Staatsräson gefragt. Wir müssen feststellen, dass wir letztlich in unserer Rechtsordnung gefangen sind und aus dieser nicht herauskommen. Von daher wäre es durchaus eine Aufgabe für den Bundesgesetzgeber, darüber nachzudenken, welche anderen Wege gefunden werden können, um auch diesen Menschen gerecht zu werden.

Kollege Arnold hat einen möglichen Weg angedeutet, die symbolische Entschädigung. Vielleicht kann es das Bekenntnis dazu geben, dass man in diesen Fällen schuldig geworden ist – das auch. Aber wir können, wie gesagt, nicht die Rechtsprechung rückwirkend verändern. Gingen wir diesen Weg, dann würden wir ein Tor öffnen, das wir nicht mehr zubekämen, da letztlich jede Rechtsprechung später politisch-moralisch infrage zu stellen wäre. Genau das wollen wir vermeiden. Wir wollen unabhängige Gerichte, die nicht von politischen Wertmaßstäben beeinflusst werden.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ich fasse zusammen: Wir müssen versuchen, einen anderen Weg zu finden. Den Antrag verstehen wir so, dass vorgeschlagen wird, Rechtsprechung vonseiten des Gesetzgebers aufzuheben. Auf diesem Weg kön-

nen wir nicht mitgehen. Deswegen habe ich die herzliche Bitte an die Parteien, die auch mit Fraktionen im Deutschen Bundestag vertreten sind: Sucht dort nach gangbaren Wegen, die unsere Rechtsordnung nicht in Frage stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Professor Dr. Bausback um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Es besteht kein Zweifel: Tausenden von Männern ist in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland schweres Unrecht geschehen. Sie wurden wegen der Vornahme homosexueller Handlungen verfolgt, verurteilt und gebrandmarkt. Diese Verurteilungen widersprechen unseren heutigen Rechtsvorstellungen, unserem heutigen Rechtsverständnis; sie lassen uns beschämt auf ein dunkles Kapitel deutscher Strafrechtsgeschichte schauen.

Freilich ist das keine neue Erkenntnis, auch hier im Bayerischen Landtag nicht. Wir haben uns bereits vor zweieinhalb Jahren mit diesem Thema befasst, damals auf der Grundlage eines beinahe identischen Antrags der SPD-Fraktion, eingebracht von Herrn Kollegen Schindler.

Kolleginnen und Kollegen, auch nach dem neuerlichen Antrag der GRÜNEN soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine Rehabilitierung einsetzen. Wie diese aussehen soll, lässt der Antrag vollkommen im Dunkeln; vermutlich weiß man es bei den GRÜNEN selbst nicht so genau. Insoweit kann ich das, was Kollege Streibl dazu ausgeführt hat, teilen.

Festzuhalten bleibt: Dass die Strafvorschriften zur Homosexualität heutigen Rechtsanschauungen widersprechen, zeigt bereits deren Aufhebung durch den Bundesgesetzgeber. Sofern es darum gehen sollte, dass die heute politisch Verantwortlichen gegenüber den damals Verurteilten aussprechen, dass wir die Verurteilungen bedauern, so ist dies durch den Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2000 bereits geschehen, Frau Kollegin Stamm.

Soll aber die Rehabilitierung in der Aufhebung von rechtskräftigen Gerichtsurteilen liegen – der Antrag geht sehr deutlich in diese Richtung –, so stehen dem unser Grundgesetz und das dort verankerte Gewaltenteilungsprinzip entgegen. Ich will den letzten Punkt kurz vertiefen; denn in der Forderung nach einer de-

artigen Rehabilitierung zeigt sich ein verfehltes rechtsstaatliches Verständnis.

Herr Kollege Roos sprach vorhin, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, von einer "Metaebene". Hier geht es um eine verfassungsdogmatische Metaebene. Das wird jetzt für den einen oder anderen sicherlich zu abstrakt werden, aber wir können die Metaebene nicht ausklammern.

Von Verfassung wegen ist dem Gesetzgeber ein Einbruch in den Kernbereich einer anderen Gewalt – wie den der Judikative – grundsätzlich verwehrt. Das Bundesverfassungsgericht – der Kollege Rieger hat dies exzellent ausgeführt – verlangt für die Aufhebung formell bestehender Strafurteile durch den Gesetzgeber daher zu Recht eine besondere Rechtfertigung. Sie sei möglich bei Urteilen, die zur Förderung eines Unrechtsregimes gegen die elementaren Grundgedanken der Gerechtigkeit verstießen – die sogenannte Radbruch'sche Formel –, sowie bei Urteilen, die nicht als Entscheidungen einer unabhängigen rechtsprechenden Gewalt anzusehen seien.

Diese Voraussetzungen für eine pauschale Aufhebung von Urteilen im Falle der Strafnorm zur Homosexualität sind erkennbar nicht erfüllt; denn die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland haben Recht umgesetzt, das der Deutsche Bundestag und damit der demokratisch legitimierte Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 – daran besteht leider kein Zweifel – bewusst in Geltung belassen und dessen Gültigkeit das Bundesverfassungsgericht – die entsprechende Entscheidung wurde schon genannt – selbst bekräftigt hatte.

Wollte man mit den nach 1945 ergangenen Urteilen ebenso verfahren wie mit denjenigen der nationalsozialistischen Justiz, so müsste man dazu unterstellen, dass auch die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1969 Teil eines Unrechtsregimes gewesen sind und die Bezeichnung "Justiz" nicht verdienen. Es liegt auf der Hand, meine Kolleginnen und Kollegen, dass das nicht in Betracht kommen kann.

Was folgt daraus für die Verurteilung wegen homosexueller Handlungen nach 1945? – Der Gesetzgeber hat sich hierzu in der Vergangenheit bereits klar zu seiner geschichtlichen Verantwortung bekannt. Darüber hinaus besteht kein Anlass, hart erkämpfte rechtsstaatliche Grundsätze wieder über Bord zu werfen. Es ist eine Sache, Kolleginnen und Kollegen, Recht zu ändern, das wir heute und seit Langem für falsch halten. Die damals ergangenen Urteile aufzuheben, ist jedoch eine andere Sache.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion der SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

**Eingabe
betreffend "Ablehnung der geplanten 3. Start- und Landebahn am Flughafen im Erdinger Moos" (WI. 0523.16)**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat sich mit der Eingabe in seiner Sitzung am 4. Dezember 2014 befasst. Er hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären; dem Petenten sind die Stellungnahme der Staatsregierung und ein Protokollauszug zu übersenden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf gleich bekannt geben, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diesem Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich darf darauf hinweisen, dass die Gesamtredezeit nach der Geschäftsordnung insgesamt 24 Minuten beträgt, und zwar CSU acht, SPD sechs, FREIE WÄHLER fünf, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fünf und die Staatsregierung acht Minuten.

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem Herrn Kollegen Magerl das Wort erteilen. Er steht schon bereit. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Bei der Petition geht es darum, dass 82.000 Bürgerinnen und Bürger überwiegend aus der betroffenen Region rund um den Flughafen im Erdinger Moos, aber auch von außerhalb die Forderung erheben, dass der Freistaat Bayern alles daransetzen

soll, um den Bau der dritten Start- und Landebahn nicht mehr weiterzuverfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben von Anfang an, seit Beginn der Planungen im Jahr 2005, gesagt: Es besteht kein Bedarf für eine dritte Start- und Landebahn im Erdinger Moos. Die Planungen laufen seit fast zehn Jahren. Es zeigt sich klar und deutlich – das ist einer der Hauptgründe, warum die Petition eingereicht worden ist -: Es gibt keinen Bedarf für eine dritte Start- und Landebahn. Ich möchte dies auch begründen.

Im letzten Jahr, also 2014, wurden am Flughafen München 376.678 Flugbewegungen abgewickelt, das ergibt ein Minus von 1,4 %. Die Firma Intraplan hatte in dem Gutachten für das Raumordnungsverfahren im Jahr 2007 vorausgesagt, es würden 526.000 Bewegungen sein. Das ist ein Minus von 149.000. So falsch war noch selten eine Prognose in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der zweiten Prognose zum Planfeststellungsverfahren lag die Zahl bei 458.000 Flugbewegungen; erneut ein Minus, nämlich von 81.000. Auch hierzu wurde eine ganz klare Fehlprognose abgegeben.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sagen Sie noch dazu, dass das nicht die Staatsregierung war!)

- Das war die Flughafen München GmbH. Aber der Freistaat Bayern hat 51 % der Anteile an der Flughafen München GmbH. Da besteht schon ein gewisser Zusammenhang zwischen der Firma, dem Freistaat Bayern und der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hintergrund ist, dass sich der Gutachter beim Sitzladefaktor – das heißt, wie viele Leute in einem Flugzeug sitzen – fürchterlich vertan hat. Mittlerweile gab Herr Schubert von der Firma Intraplan im Bayerischen Fernsehen am 22. Januar in der Fernsehsendung "Quer" klar und deutlich zu: Ich gebe Herrn Thießen – das ist ein anderer Gutachter – recht in dem Sinne, dass die Flugbewegungsentwicklung derzeit nicht so stattfindet, wie es in den Prognosen erwartet wird. – Das sagt der Gutachter der Flughafen München GmbH! Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Verlassen Sie endlich die Traumwelt der Prognosen! Kommen Sie in der harten Realität an, und ziehen Sie daraus die entsprechenden Schlüsse!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mittlerweile haben genügend andere Leute Prognosen abgegeben, zum Beispiel Herr Scheurle von der Deutschen Flugsicherung – das ist sicherlich ein guter Experte –, der sagt, in der Zukunft würden wir noch 1 bis 1,5 % Zuwachs haben. Herr Schubert von Intra-plan sagt beispielsweise für Frankfurt, auch dort würden es in den nächsten zehn Jahren nur 1,5 bis 1,6 % sein. Wenn man das hochrechnet, dann stellt man fest, dass man deutlich unter dem Prognosenullwert von 480.000 Bewegungen bleibt, von dem die Flughafen GmbH selbst sagt, sie könnte das leicht abwickeln. Das heißt, es gibt keinen Bedarf, auch im neuen Jahr nicht.

Die Zahlen von der DFS für den ersten Monat liegen vor: Wir haben ein Plus von sage und schreibe 0,3 % bei den Flugbewegungen, also keinerlei Trendwende.

Die Flughafen GmbH sieht das ähnlich, schaut man in ihren Finanzbericht. Sie spricht von Konsolidierungsmaßnahmen im Hinblick auf die Verbindungszahl. Sie spricht von der Tendenz, vermehrt kleineres Fluggerät durch die Ausnutzung von Größenvorteilen zu ersetzen. Das heißt, das Vorhaben, die Flugzeuge besser auszulasten, läuft weiter. Wir haben da zwar im letzten Jahr einen Rekordwert von 75 % gehabt. Aber die Lufthansa liegt bei 80 % und die Swissair bei 83 %. Da ist also noch deutlich Luft nach oben. Das wird erst einmal ausgelastet, bevor es irgendwann einmal wieder in die Richtung geht, dass ein Wachstum stattfindet.

Ich möchte an die Kolleginnen und Kollegen der CSU aus dem Nürnberger Raum appellieren. Ich habe mir die Nürnberger Zahlen vom Januar angeschaut: fast minus 7 %. Solange die Planung der dritten Startbahn im Raum steht, wird eine Sanierung des Flughafens Nürnberg nicht stattfinden; denn München wird versuchen, alles, was irgendwie geht, nach München zu ziehen, und damit Nürnberg weiter auf diesem niedrigen Stand halten. Das sollten Sie sich einmal durch den Kopf gehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als weitere Gründe sind der enorme Landverbrauch, nämlich fast 1.000 Hektar im Vogelschutzgebiet Erdinger Moos, die Lärmbelastung, die zusätzlich käme, und die Abgasbelastung zu nennen. Zu der persönlichen Betroffenheit wird der Kollege Zierer von den FREIEN WÄHLERN sicherlich noch einiges sagen.

Ich komme zum Schluss, Kolleginnen und Kollegen. Meine Redezeit ist fast zu Ende.

Ich wende mich mit einer persönlichen Bitte an die CSU-Fraktion, nicht in meinem Namen und auch nicht für die Fraktion, sondern im Namen der 82.000 Bür-

gerinnen und Bürger, die seit fast zehn Jahren unter dieser Planung und den damit einhergehenden Folgen der Frage "Absiedlung oder nicht?" zu leiden haben. Kolleginnen und Kollegen, geben Sie Ihrem Herzen ein Stoß. Stimmen Sie mit uns. Nehmen Sie das Damoklesschwert dritte Startbahn von dieser Region. Ich bitte Sie inständig darum.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Bernhard.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Petitum der Eingabe lautet, alle Aktivitäten zur Realisierung der dritten Start- und Landebahn einzustellen und in der Gesellschafterversammlung gegen alle derartigen Vorlagen zu stimmen. Dem wollen wir nicht zustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Dazu komme ich noch, Herr Kollege.

Wie stellt sich nun die Situation dar? Wir haben Nichtzulassungsbeschwerden vor dem Bundesverwaltungsgericht, über die noch nicht entschieden ist. Es wäre ein großer Unfug, hier im Hohen Hause jetzt eine solche Entscheidung zu treffen. Vielmehr wollen wir die Entscheidung offenhalten. Außerdem hat die Staatsregierung erklärt, dass sie vom Baurecht solange keinen Gebrauch macht, bis das Urteil rechtskräftig ist.

Ich gehe außerdem davon aus, dass sich vor einer Entscheidung sowohl die Staatsregierung als auch die Gesellschafter noch einmal mit allen Aspekten befassen werden. Ansonsten haben wir einen Planfeststellungsbeschluss, und wir haben ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, das alle Aspekte ausführlich geprüft hat.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

- Zum Bedarf komme ich gleich.

Wir haben einen Münchner Bürgerentscheid, bei dem die Münchner Bürger aus ihrer lokalen Sicht ihre Entscheidung getroffen haben.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Das ist so. Ich habe volles Verständnis für diesen Protest der Münchner, aber wir hier im Bayerischen Landtag haben eine Entscheidung für ganz Bayern und im Interesse ganz Bayerns zu treffen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dieses Interesse unterscheidet sich ganz erheblich von der lokalen Betroffenheit, aus der heraus die Münchner ihre Entscheidung getroffen haben. Im Übrigen sollten Sie wissen, dass dieser Bürgerentscheid rechtlich ohnehin keine Bindung mehr hat.

Für uns ist der entscheidende Beurteilungsmaßstab, was dem Interesse Bayerns dient und was für den Standort Bayern gefordert ist.

(Beifall bei der CSU)

Maßstab kann nicht sein, was in München entschieden worden ist.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

Das ist so, Herr Kollege. Da können Sie ruhig sagen: Hört, hört. Ich freue mich, wenn Sie Ihre Konsequenzen daraus ziehen.

(Florian von Brunn (SPD): Ich sehe das als Münchner Abgeordneter!)

Ich habe als Münchner Abgeordneter ganz offen auf allen Informationsveranstaltungen für diese dritte Start- und Landebahn geworben. Dabei bleibe ich auch.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt zum Thema Flugbewegungen. Richtig ist, dass die Zahl der Flugbewegungen zurückgegangen ist. Sie war im Übrigen schon einmal wesentlich höher, als sie es jetzt ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war schon schlimm genug!)

Warum ist die Zahl der Flugbewegungen zurückgegangen? Zum einen spielen technische Themen eine Rolle, und zum anderen spielt die wirtschaftliche Entwicklung eine Rolle. Es hat bei der Finanzkrise Einbrüche gegeben. Entscheidend ist aber die Frage, ob die Passagierzahlen ansteigen. Das ist das entscheidende Kriterium. Die Passagierzahlen steigen kontinuierlich. Das sollten Sie sich einmal in einer Grafik ansehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Es wird so sein – das ist die Prognose des Flughafens und kein Wunschdenken –, dass die Passagierzahlen dieses Jahr wahrscheinlich 40 Millionen erreichen. Diese Zahlen beruhen auf den Anmeldungen der Airlines, nach denen die Zahl der Flugbewegungen um zwei bis drei Prozent steigen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Grund dafür ist, dass die Auslastung pro Flieger erheblich gestiegen ist. Diese Entwicklung ist natürlich endlich. Die Lufthansa hat beispielsweise die Sitzabstände weiter verkürzt. Das ist endlich, da man sich sonst nicht mehr hinsetzen kann.

(Heiterkeit bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Dieser Entwicklung sind also Grenzen gesetzt, und deshalb muss man davon ausgehen, dass die Zahl der Flugbewegungen wieder steigt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die Prognosen des Bundesverkehrsministeriums stellen in Aussicht, dass sich bis zum Jahre 2030 die Flugverkehrsleistungen um 50 bis 60 % erhöhen.

(Zurufe von den GRÜNEN – Glocke der Präsidentin)

Das bedeutet, dass wir in Deutschland dann, wenn wir ein vernünftiger Standort sein wollen, die Infrastruktur in diesem Bereich ausbauen müssen.

Der Flughafen steht im Übrigen im Wettbewerb mit anderen Hubs.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit Nürnberg und Memmingen!)

Diese Drehkreuzfunktion ist außerordentlich wichtig für Bayern. Ich möchte nur eine Zahl nennen. In Istanbul werden sechs Start- und Landebahnen gebaut, weil man Flugverkehr in die Türkei lenken will.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das müssen Sie sich alles in Ruhe anhören, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eine weitere erstaunliche Zahl: Der Tourismus in Bayern wird zur Hälfte über diesen Flughafen abgewickelt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn wir die wirtschaftlichen Chancen Bayerns weiterhin nutzen wollen, müssen wir auch den Flughafen München ausbauen und das zur Verfügung stellen, was heute verlangt wird, nämlich schnelle Anbindungen am Flughafen, kurze Umsteigezeiten etc.

Ich sage Ihnen noch etwas: Wenn wir denjenigen gefolgt wären, die damals gegen den neuen Flughafen protestiert haben – sie kommen aus derselben Ecke –, wäre München heute ein Provinznest.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Sie wissen doch alle, dass der Flughafen eine Jobmaschine ist. Ich will Ihnen die Zahlen ersparen, sie sind ganz erstaunlich.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn ein großer Flieger als Basis in München stationiert ist, sind das gut 100 Arbeitsplätze. Betrachten Sie doch einmal den Bevölkerungszuwachs in den umliegenden Landkreisen. Er liegt weitaus höher als in anderen Landkreisen.

(Florian von Brunn (SPD): Damit noch mehr Menschen nach München kommen!)

Auch das zeigt, dass dieser Flughafen enorm zur wirtschaftlichen Prosperität dieser Region beiträgt. Auch das sollte und muss man zur Kenntnis nehmen.

Aus all diesen Gründen werden wir die vorliegende Petition für erledigt erklären. Im Übrigen wird sich – das habe ich schon erwähnt – die Staatsregierung ohnehin zusammen mit den Gesellschaftern mit der Problematik befassen.

Auf die anderen Aspekte will ich jetzt nicht eingehen. Das alles ist gerichtlich im Rahmen von ausführlichen Gutachten geprüft worden. Ich nenne nur den Lärmschutz und den Naturschutz. Das alles haben Sie heute gar nicht mehr ins Feld geführt.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Weil die Redezeit nicht reicht!)

Ich wäre darauf eingegangen, Kollege Magerl, aber für mich ist klar: Politisch gilt unsere Zusage, alles Mögliche zu tun, dass die Infrastruktur im Umfeld des Flughafens ausgebaut wird. Das hat die Staatsregierung zugesagt, und das passiert auch. Ich meine aber auch, wenn über die Nichtzulassungsbeschwerden entschieden ist, muss zeitnah eine Entscheidung über diese Start- und Landebahn fallen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat Frau Kollegin Kohnen das Wort. Bitte sehr.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir hier vor nicht allzu langer Zeit über die sogenannte 10-H-Regelung diskutierten, sprang Frau Brendel-Fischer auf, sprang ans Mikrofon und stellte mir in einer Zwischenbemerkung die Frage: Wissen Sie nicht, dass wir uns um die Menschen kümmern? Uns sind die Menschen wichtig. Ihre

Immobilien sind uns wichtig, und die Menschen fühlen sich durch die Windräder bedroht. Ich habe darauf geantwortet, das sei spannend. Immerhin müssen Atomkraftwerke nur einen Abstand von 100 Metern zur Wohnbebauung haben, aber bei den Windkraftträdern sollen es 2.000 Meter sein.

Jetzt frage ich Sie: Glauben Sie, dass sich die 82.000 Menschen, die diese Petition eingebracht haben, nicht bedroht fühlen von der dritten Startbahn? Kümmern Sie sich darum? Interessiert Sie das? Ist es Ihnen wichtig, wie es den Menschen dort geht, wie es um ihre Immobilien steht? - Da höre ich nichts von Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

- Herr Freller, auch die Windkraft bietet Arbeitsplätze. Ich glaube, da wäre ich einmal ganz leise.

Spannend ist auch, dass Herr Seehofer immer gerne mit den Bürgern koalitiert. Sie machen doch immer gerne Koalitionen mit den Bürgern, Herr Seehofer. Ich frage Sie ganz ehrlich: Wie steht es denn mit der Koalition mit den Bürgern, die nahe am Münchner Flughafen wohnen und von der dritten Startbahn betroffen wären? Ist es heute ein Koalitionsbruch, was Ihr Kollege Dr. Otmar Bernhard hier angekündigt hat?

Für mich ist es auch äußerst interessant – das war schon im Wirtschaftsausschuss so –, dass Sie sich zurückziehen und erklären, Sie sähen derzeit keine Entscheidungsnotwendigkeit und deshalb sei die Petition für erledigt zu erklären. Sie wollten vielmehr abwarten, wie sich das Gericht entscheide. Ist es Ihr Verständnis von Politik, erst abzuwarten, wie ein Gericht entscheidet? Ich würde vorschlagen, Sie sollten zunächst Ihren politischen Willen bekunden und sagen, was Sie wollen und was Sie nicht wollen für die Menschen in Bayern. Das ist schon interessant, Herr Bernhard: Wenn in München direkte Demokratie vollzogen wird, die Ihnen aber nicht passt, dann wird gewartet, bis die rechtliche Bindung aufgehoben ist, und dann wird nochmals in ganz Bayern abgestimmt. Das war ja wohl die Reaktion von Herrn Seehofer. Ist das Ihr Verständnis von direkter Demokratie? Das ist ja wohl ein Hammer; das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Der Münchner Stadtrat hat seit den 1970er-Jahren diese dritte Startbahn verfolgt. Wissen Sie, was die SPD im Stadtrat nach dem Bürgerentscheid klargemacht hat? - Sie hat klargemacht, dass der Bürgerentscheid respektiert wird. Er gilt, und er gilt über die Bindungszeit hinaus. Das ist korrekt und Ausfluss direkter Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir mit den Fluggastzahlen kommen, dann muss ich Ihnen sagen, dass die Fluggastzahlen von einem Institut namens Intraplan erhoben worden sind, das zugeben musste, dass es sich vertan hat. Was Sie völlig vergessen, Herr Dr. Bernhard: Heute Mittag wurde noch über Klimaschutz diskutiert. Wie ist es denn mit dem Klimaschutz im Zusammenhang mit der Kerosinbesteuerung? Glauben Sie allen Ernstes, es geht über die Jahrzehnte so weiter, dass wir mit unserem Planeten so umgehen können? Irgendwann wird die Kerosinbesteuerung kommen, und dann wird es bei den Fluggastzahlen ganz anders aussehen. Interessiert euch Klimaschutz nun oder nicht? - Scheinbar null. Jedenfalls kommen in der Stellungnahme der Staatsregierung ökologische Aspekte überhaupt nicht vor.

(Beifall bei der SPD)

Herr Seehofer, Sie haben x-mal schon zugegeben, dass Sie in Bezug auf Kurswechsel prima sind. Sie können sich drehen und wenden. Ich glaube, bei diesem Thema ist es angebracht, den Bürgern zu sagen: Ja, ich koaliere mit euch. Wie wäre es mit einem echten "Drehhofer", und das bedeutet: Berücksichtigen Sie die Petition! Die Menschen wären Ihnen in diesem Fall dankbar. Ich glaube, für einen solchen Kurswechsel wäre es Zeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke. - Jetzt hat Herr Kollege Zierer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Im Jahr 2015 ist der zehnte Jahrestag, der zehnte Jahrestag, seit dem über Freising, Erding und dem Umland ein Damoklesschwert schwebt. Sie wissen nicht: Fällt es herab, oder fällt es nicht herab? Sie haben sich mit dem Flughafen und der damit verbundenen Belastung arrangiert, aber irgendwann geht es eben nicht mehr. Die dritte Startbahn würde das Umland mit einer Gewalt treffen, die nicht mehr zu ertragen sein wird.

Die Vorrangfläche in einem Vogelschutzgebiet, die in das Landesentwicklungsprogramm aufgenommen worden ist – Kollege Magerl hat es bereits ausgeführt –, ist schon allein untragbar. Die Lebensqualität der Freisinger, der Erdinger und der Bewohner des Umlandes wird beschädigt. Eigentlich müssten den Menschen, die dafür klatschen, die Hände brennen. Das ist nicht verantwortbar. Wenn wir in Freising einen Kindergarten bauen wollen, wissen wir nicht, wo, weil wir in der Entwicklungsmöglichkeit total eingeschränkt

sind. Wir können kaum mehr Schulen bauen. Wir haben riesige Probleme, wenn wir etwas bauen wollen, weil wir durch die Planungen für die dritte Startbahn in unseren Planungen derart eingeschränkt sind, dass wir kaum noch handlungsfähig sind. Damals hat sich der Widerstand Gott sei Dank sehr schnell realisieren lassen und war sehr schlagkräftig. Man sieht es an der Petition mit 82.000 Unterschriften. Dahinter stehen Menschen, denen ihre Heimat am Herzen liegt und die wissen, dass – Herr Magerl hat es bereits ausgeführt – mit Zahlen allein in keiner Weise zu bekunden ist, warum die Staatsregierung an diesem Vorhaben festhält.

Gott sei Dank gab es bei uns AufgeMUCKt, eine Organisation, die das Ganze koordiniert und die Menschen hinter sich gebracht hat. Schütteln Sie nicht den Kopf. Das ist wichtig; denn den Betroffenen liegt unsere Heimat am Herzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Es geht nicht nur um den Klimaschutz und den Landverbrauch, sondern auch um die Heimat. Wir haben einen Heimatminister. Ich denke, er wird sich zu dieser Thematik noch äußern.

Viele haben versucht, Überzeugungsarbeit zu leisten. Bei einigen ist es gelungen, bei einigen leider nicht. Gott sei Dank hat München uns damals geholfen. Ich respektiere die Entscheidung, die in München gefallen ist. Obwohl die Betroffenheit in München nicht so groß ist wie bei uns, haben die Menschen dort gesehen: So geht es nicht, und wir brauchen das nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

82.000 Unterschriften sind auch, Herr Ministerpräsident, ein Zeichen dafür, dass noch bei 82.000 Menschen Hoffnung vorhanden ist, das Ganze noch zu ändern. Es gibt keinen Bedarf – das wurde bereits erläutert –; denn die Flugbewegungen gehen zurück. Die Prognosen waren so falsch wie bei keinem anderen Projekt, das jemals in Angriff genommen worden ist. Über die Zahlen brauche ich mich nicht auszulassen. Sie kennen sie genauso gut wie wir. Leider wurden sie bei Ihnen aber nicht entsprechend bewertet, und das ist bedauerlich. Man kann sogar sagen, dass es ein absolutes Falschgutachten war.

Trendwenden wird es in der nächsten Zeit nicht geben; denn auf die Trendwende wartet die FMG seit 2008, aber sie ist bisher nicht eingetreten. Selbst wenn das Kerosin billiger werden sollte oder billig bleiben sollte, werden nur Gewinne mitgenommen, aber die Flugbewegungen werden nicht so stark ansteigen,

dass es nicht möglich wäre, in den nächsten 20 oder 30 Jahren den Flughafen mit den vorhandenen Kapazitäten sinnvoll zu betreiben.

Sie haben gesagt, die Startbahn sei im Interesse Bayerns. Im Interesse Bayerns kann sie nicht sein; denn mit einem weiteren Ausbau werden Sie als Befürworter zu Totengräbern von Nürnberg und Memmingen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist keine Frage. Ich würde mir wünschen, dass - -

(Karl Freller (CSU): Das ist doch Blödsinn – und ich sage das als Nürnberger!)

– Selbstverständlich ist es so. Die Vertreter des Münchner Flughafens werden alles tun, um Flugbewegungen nach München zu holen. Selbstverständlich ist das so, und Sie müssen das akzeptieren. Das ist so.

Mit Blick auf meine Redezeit möchte ich noch etwas ganz Wichtiges ansprechen: Der Ministerpräsident wird sich vielleicht in die Riege seiner Vorgänger einreihen, die unnötige und sinnlose Großprojekte gestoppt haben. Denken wir einmal zurück: Max Streibl hat Wackersdorf sterben lassen. Günther Beckstein hat gesagt: Der Transrapid ist unnütz und ein Milliardengrab, und wir brauchen ihn nicht.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- So weit gehe ich gar nicht zurück. Darüber können wir streiten. Sicher weiß ich: Ministerpräsident Seehofer hat gesagt, wir brauchen den Donauausbau in diesem Umfang nicht. Er hat ihn als Wahnsinnsprojekt bezeichnet, das nicht nötig ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Setzen Sie eines drauf! Geben Sie ein zweites Projekt auf!)

Ja, genau. Ich habe noch ein weiteres Beispiel, nämlich den ehemaligen Ministerpräsidenten - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte schauen Sie auf die Uhr. Sie müssen mit Ihrer Redezeit zurechtkommen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Eine Minute, glaube ich, habe ich noch.

Präsidentin Barbara Stamm: Schauen Sie auf Ihre Uhr. - Das haben Sie schon.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ich bin gleich fertig. Herr Ministerpräsident, Sie können Probleme wegräumen. Sie können mit dem Verzicht auf zwei Projekte, die sinnlos sind, in die Geschichte eingehen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Nicht nur mit dem Donauausbau, sondern auch mit der dritten Startbahn. Ministerpräsident Stoiber – den hatte ich vorhin vergessen – hat uns leider den Länderfinanzausgleich eingebrockt, den jetzt Minister Söder auslöffeln muss.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo! – Reinhold Bocklet (CSU): Stammtischniveau! – Josef Zellmeier (CSU): Bei der Wahrheit bleiben!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, vielen Dank.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Es wäre wichtig, - -

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte, keine Fragen mehr stellen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß und der Vernunft Raum. Helfen Sie mit, dieses Unheil zu verhindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl, bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Söder ums Wort gebeten.

(Unruhe)

- Vielleicht können wir hier ein bisschen mehr Ruhe haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Dahoam is dahoam! – Florian von Brunn (SPD): Heimatminister oder Heimatzerstörungsminister?)

- Das werden Sie dann hören, Herr Kollege. Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Da kann er sicher sein. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung und die Mehrheit des Landtags entscheiden immer mit dem Herzen, aber auch mit dem Verstand. Das unterscheidet uns von vielen anderen.

(Beifall bei der CSU)

Ohne Frage nehmen wir die Bedenken der Bevölkerung ernst. 82.000 Menschen und deren Sorgen sind natürlich ernst zu nehmen.

Der Franz-Josef-Strauß-Flughafen ist nicht nur ein Regionalflughafen für zwei Landkreise, sondern das

Tor zur Welt für Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bayern wird mit 240 Zielen in der ganzen Welt verbunden – transatlantisch, mit Fernost, Nahost, überallhin. Bayern ist Weltspitze, Bayern hat Weltkonzerne. Und Weltkonzerne brauchen einen Weltflughafen, meine Damen und Herren, keinen Regionalflyhafen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Sprechen Sie mit den Arbeitnehmern am Flughafen. Wir haben genau zugehört: 32.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Flughafen. Wenn man das Umland dazunimmt, sind bis zu 60.000 Menschen beschäftigt. Allein in den letzten zehn Jahren sind 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Das bedeutet für den ganzen südostbayerischen Raum, dass der Flughafen der Jobmotor Nummer eins ist. Der Flughafen ist einer der größten Arbeitgeber. Wir müssen Arbeitgeber stützen, anstatt sie zu belasten.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben über Flugbewegungen gesprochen. Sie haben aber nicht über die Passagiere gesprochen. Die rückläufigen Flugbewegungen hängen auch damit zusammen, dass sich die Flugszene ändert. Maschinen werden größer, andere Systeme im Flugverkehr werden etabliert. Beim Flugverkehr werden die Bewegungen weniger, die Passagiere werden mehr.

Wir haben seit 2004 regelmäßig Steigerungen von 26,8 auf 28,6, auf 34,7, auf 37,8, auf 38,4, auf 38,7 Millionen. Im letzten Jahr haben wir erneut eine Steigerung. Man kann sagen, der Flughafen München ist nicht nur beliebt, sondern auch wirtschaftlich erfolgreich, gerade durch die höheren Passagierzahlen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt kommt das Argument: Wenn es so wäre, brauchen wir dann eine dritte Startbahn?

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Ist es überhaupt notwendig? Lassen wir alles so, wie es ist, verändern wir am besten nichts und warten ab, was die Zeit bringt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist doch das Prinzip der Staatsregierung!)

Andere, meine Damen und Herren, bauen aus. Überall in der Welt werden Flughäfen und der Flugverkehr als Riesenzukunftschance verstanden.

(Florian von Brunn (SPD): Wollen Sie ganz Oberbayern zupflastern?)

Wir haben in Bayern nur Glück, dass ein Hauptkonkurrent in Berlin sicherlich noch 30 Jahre brauchen wird, bis er ein ernsthafter Konkurrent für München wird.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Fakt ist, dass überall woanders massiv investiert wird, weil man im Flugverkehr eine internationale Chance sieht. Das Geschäft ist doch global, es ist nicht nur regional. Darum ist die Kernfrage, die am Ende zu entscheiden ist: Entwickeln oder stagnieren, Fortschritt oder Blockade? Meine Damen und Herren, wer stehen bleibt, der verliert. Und verlieren liegt uns Bayern nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen wirtschaftlich erfolgreich sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben Respekt vor Gerichtsverfahren, und wir haben auch Respekt vor den Gefühlen der Menschen. Obwohl der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, also die oberste bayerische Instanz für Verwaltungsfragen, entschieden hat, dass die Planfeststellung, was Lärmschutz, was Umweltschutz betrifft, absolut nach Recht und Gesetz war, was in der Demokratie ein ganz wichtiger Maßstab ist, und obwohl eindeutig alles, was da geplant wurde, nach Recht und Gesetz ablief, sagen wir, wir warten alle juristischen Verfahren ab. Ein saubereres, ein transparenteres, ein demokratischeres Verfahren gibt es nirgendwo in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Unabhängig von der Frage, wie wir am Ende entscheiden, investieren wir in eine der großen Sorgenfalten, die es in der Region gibt, nämlich in die Verkehrserschließung. Unabhängig von der endgültigen Entscheidung, ob dritte Startbahn ja oder nein – das war ein Argument –, entwickeln wir die Verkehrsachsen weiter: Schiene, aber auch Straßen werden jetzt in Angriff genommen, geplant, vorangebracht.

(Florian von Brunn (SPD): Das sieht man ja, wie es in den letzten Jahren vorangegangen ist!)

Wenn man alles zusammennimmt, schätzt das Innenministerium, sind es circa zwei Milliarden Euro für diesen Bereich. Es gibt kaum eine Region in Bayern, meine Damen und Herren, die dermaßen stark mit finanziellen Mitteln rechnen darf.

(Beifall bei der CSU)

Wir investieren Steuergeld in die Verkehrserschließung, aber kein Steuergeld in die dritte Startbahn. Wir investieren Geld in das Umland, indem wir ganz bewusst für das Umland des Flughafens München 100 Millionen Euro als Umlandfonds aufgelegt haben. Wir ziehen am Ende, wenn es notwendig ist, die Darlehen heraus aus dem Flughafen; nicht etwa, um die Startbahn zu finanzieren, sondern um eine andere große Verkehrsaufgabe anzugehen, nämlich die Zweite S-Bahn-Stammstrecke. Es ist also keine Verschwendung von Steuergeldern, sondern genau das Gegenteil, nämlich ein sorgsamer Umgang mit dem Geld der Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Insofern kann man, glaube ich, sagen, Respekt vor Demokratie, Respekt vor Gerichtsentscheidungen. Wenn in diesem Jahr wahrscheinlich die Gerichtsentscheidung fällt, dann würden wir uns im Parlament, in der Staatsregierung, in allen zuständigen Gremien zusammensetzen und darüber befinden, wie es weitergeht. Wir sind auch der Auffassung, dass Endloschleifen an der Stelle der falsche Weg sind. Wir brauchen eine Entwicklung.

Den beiden Freisinger Kollegen, die sich Sorgen um Nürnberg machen, darf ich sagen:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Uli Scharf!)

In Nürnberg selber, Herr Magerl, sind die GRÜNEN ständig dabei, alles zu torpedieren, was nur annähernd Verkehrsentwicklung in der Region betrifft. Sich hier als Anwalt aufzuspielen, ist nicht fair. Das kann nicht akzeptiert werden.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie reden ja auch über München!)

Da hätte man schon einen Nürnberger reden lassen sollen; denn da habt ihr wirklich keine Ahnung.

Vor dem Hintergrund, meine Damen und Herren, sage ich ganz objektiv: Natürlich habe ich Sympathie für eine dritte Startbahn. Wir haben uns aber festgelegt – und das Verfahren ist, glaube ich, richtig -, wir entscheiden erst, wenn es so weit ist. Wir entscheiden nach Argumenten, meine Damen und Herren, und wir nehmen alle Argumente zusammen. Wir werden am Ende danach entscheiden, was für Gesamtbayern das Richtige ist, so wie wir es immer halten. Wir wollen das Land entwickeln, und da kann die dritte Startbahn eine wichtige Rolle spielen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Zu einer Zwischenbemerkung hat Frau Kollegin Schulze das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Söder, heute haben Sie nicht den Heimatminister gegeben, sondern den Heimatzerstörungsminister.

(Widerspruch bei der CSU – Reinhold Bocklet (CSU): Pfui!)

Wenn Sie sagen, dass Sie auch nach Verstand entscheiden, dann war Ihre Rede überhaupt nicht danach. Wenn Sie die Sache klar und intellektuell anschauen würden, dann würden Sie erkennen, dass wir keinerlei Bedarf für eine dritte Startbahn haben. Es ist unsinnig, daran weiter festzuhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens sagen Sie, Sie haben Respekt vor Demokratie. Dann erwarte ich aber auch von Ihnen - von der CSU und von der CSU-Staatsregierung -, dass Sie den Bürgerentscheid der Stadt München ernst nehmen und sich daran halten, dass Stadt und Land keine dritte Startbahn möchten und keine dritte Startbahn brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Der dritte Punkt ist, Sie ziehen hier eine Show ab nach dem Motto, als würden wir den Flughafen komplett schließen wollen, sodass niemand mehr von München wegfliegen kann.

(Zuruf von der CSU: Sie würden ihn gar nicht bauen wollen, lügen Sie doch nicht!)

- Bevor Sie sich da hinten aufregen, hören Sie erst einmal kurz zu.

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Es geht nicht darum, den Flughafen als Arbeitgeber aus der Region zu entfernen. Es geht darum, dass es, wenn man sich die Fakten anschaut und im Hinterkopf behält, dass wir unsere Erde schützen müssen und eine Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen haben, nach dem Zusammenzählen all dieser Punkte keine guten Gründe für eine dritte Startbahn gibt.

(Zuruf von der CSU)

Wir haben Ihnen schon x-tausendmal erklärt, wieso wir hier sitzen. Menschen gehen deshalb auf die Straße, Bündnisse schreiben Ihnen die Gründe täglich.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Okay, wir merken, hier ist ein wunder Punkt.

(Zurufe von der CSU: He!)

Präsidentin Barbara Stamm: Entschuldigen Sie, nach der Geschäftsordnung muss bei Zwischenbemerkungen nicht gefragt werden. Damit das mal klar ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie kann sagen, was sie will!)

Frau Kollegin, kommen Sie zum Ende. Die Redezeit ist gleich abgelaufen.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich bin bei meinem letzten Punkt. Lange Rede, kurzer Sinn: Es gibt keine guten Gründe für die dritte Startbahn, und ich erwarte von Ihnen, von der CSU-Staatsregierung und von der CSU, dass Sie endlich die Fakten anerkennen und dieses unsinnige Projekt beerdigen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Danke, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin, da ich vier Kinder habe, denke ich sehr wohl an die Zukunft, wie ich glaube. Wenn ich mir überlege, wie es derzeit in der Welt aussieht, wie um uns herum um Arbeitsplätze gerungen wird, wie überall sorgenvoll um jeden Arbeitsplatz gekämpft wird - -

(Florian von Brunn (SPD): Meine Güte! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu! Vorhin haben Sie doch gesagt, Sie wollen intellektuell wirken. – Überall müssen Menschen ihre alte Heimat verlassen, weil sie keine Arbeitsplätze finden. Wir geben den Menschen in Bayern eine Heimat, weil es hier neue Arbeitsplätze gibt. Das ist der richtige Weg, um die Heimat zu stärken. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zur Redlichkeit sage ich, es gehört dazu, die Zahl der Flugbewegungen zu akzeptieren, wie Kollege Bernhard gesagt hat. Sie müssen aber akzeptieren, dass es auch andere Zahlen gibt.

Sie haben eine etwas eindimensionale Sicht, weil Sie sagen, nur die eine Spalte, die mir gefällt, zitiere ich,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Da haben Sie ja schon etwas gemeinsam!)

aber die andere Spalte, nämlich die mit den Passagierentwicklungen, interessiert mich nicht.

Ich glaube, Sie tun sich schwer. Diese gespaltene Sichtweise kommt auch in Ihrem Satz zum Ausdruck, dass Stadt und Land den Flughafen nicht wollen. Soweit ich weiß, gab es eine Entscheidung in München.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Dritte Startbahn! – Florian von Brunn (SPD): 80.000 Unterschriften! – Weitere Zurufe – Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Soweit ich weiß, ist in München abgestimmt worden. In Bayern ist nicht abgestimmt worden. München ist wichtig. Aber Bayern besteht nicht nur aus München, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn das der eine oder andere meint.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich bringe einen letzten Punkt an. Es gab eine indirekte Abstimmung, auch bei Ihnen im Landkreis Landshut, Herr Aiwanger.

Präsidentin Barbara Stamm: Zu Zwischenrufen sage ich immer: Ja; aber ich bitte doch darum, Maß zu halten. – Jetzt hat der Herr Staatsminister das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich habe noch zwei kurze Bemerkungen. Abgesehen davon, dass beim Thema Lärmschutz bereits mancher Zwischenruf an die Belastungsgrenze geht, hat es tatsächlich eine Abstimmung gegeben. Soweit ich mich erinnern kann, ist zum Beispiel die letzte Landtagswahl in den betreffenden Landkreisen zur absoluten Entscheidung über dieses Thema deklariert worden. Soweit ich mich erinnern kann, haben Sie dort nicht die Mehrheit bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Respektieren Sie einmal die Mehrheitsentscheidungen der Bayern, und versuchen Sie nicht, diese immer umzudeuten. Wir respektieren diese Entscheidungen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. – Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich darf sagen, dass nach der Geschäftsordnung unserer Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde liegt. Die Urnen stehen bereit. – Noch nicht? – Aber jetzt. – Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 19.04 bis 19.09 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Wir werden das Ergebnis zu einem späteren Zeitpunkt bekannt geben. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Christoph Rabenstein, Günther Knoblauch u. a. (SPD)
Behördenverlagerungen in die ländlichen Räume (Drs. 17/2585)

Ich eröffne die Aussprache. Die CSU hat acht Minuten, die SPD sechs Minuten, die FREIEN WÄHLER fünf Minuten, die GRÜNEN auch fünf Minuten und die Staatsregierung acht Minuten zur Verfügung. – Als Erste hat Frau Kollegin Karl das Wort.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Informationsrecht des Parlaments ist ein hohes Gut. Es ist deshalb gute Sitte, in allen Ausschüssen des Landtags auch Berichtsansträgen der anderen Fraktionen zuzustimmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, mit der Ablehnung dieses Berichtsanspruchs zur Behördenverlagerung treten Sie dieses Informationsrecht fahrlässig und vorsätzlich mit Füßen.

(Beifall bei der SPD)

Behördenverlagerungen können ein wichtiges Instrument zur Entwicklung strukturschwacher Regionen sein. Deshalb unterstützen wir diese Bemühungen auch. Behördenverlagerungen sind aber auch sehr

teuer und stellen eine große Belastung für die Beschäftigten und ihre Familien dar. Deshalb gilt es sehr wohl abzuwägen, damit sich Aufwand und Ertrag die Waage halten. Deshalb können Behördenverlagerungen nur ein Baustein eines in sich schlüssigen Konzepts für die einzelnen Regionen Bayerns sein. Allein selig machend sind diese Maßnahmen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ein Berichtsanspruch ist ein ganz normaler Vorgang im Parlament. Es ist ganz normal, den Zwischenstand der Entwicklungen und Entscheidungsgrundlagen staatlichen Handelns abzufragen, zumal die endgültige Entscheidung in diesem Fall immer weiter hinausgeschoben wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Einen Zwischenbericht zu geben, ist gerade nicht die Preisgabe exekutiver Rechte, wie das einige Kollegen in den Ausschüssen behauptet haben. Ein Zwischenbericht ist ein Zeichen von Transparenz und Bereitschaft zum Dialog auch und gerade mit den Beschäftigten und den dann hoffentlich positiv betroffenen Gemeinden. Herr Minister Söder, Sie sollten sich ein Beispiel an Ihrer Kollegin Aigner nehmen, nach deren eigenem Bekunden der Energiedialog einen enormen Erkenntnisgewinn gebracht hat. Sie könnten jetzt mit einem transparenten Dialogverfahren einen ersten Baustein für eine Landesentwicklung unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger setzen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist recht und billig, Parlamentariern auf drängende Fragen Antworten zu geben, so zum Beispiel auf folgende Fragen: Auf welcher Grundlage treffen Sie die Entscheidung, und welches Verfahren haben Sie zur Standortfindung ausgewählt? Wie viele Arbeitsplätze sollen wohin und warum gerade dorthin verlagert werden und nicht woanders hin? Wann überhaupt sind erste Verlagerungen geplant? Ich meine, die Verlagerung von Arbeitsplätzen bedeutet nicht, hier ein Türschild abzuschrauben und es woanders wieder hinzuschrauben. Das Beispiel des Landesamtes für Statistik zeigt, dass dem Türschild oft nur sehr zögerlich die Beamten folgen. 2009 fiel der Beschluss zur Verlagerung. Bis heute sind von 539 Stellen gerade einmal 150 umgesiedelt worden. Fast ausnahmslos sind es Angestellte, nur 15 % der Beamten haben bis jetzt den Weg zur Arbeit nach Fürth gefunden.

Dass die CSU den Berichtsanspruch abgelehnt hat, lässt nichts Gutes ahnen. Es verstärkt den Eindruck, dass hier eine Vergabe nach Gutsherrenart erfolgt, quasi ein Rückfall in absolutistisches Handeln. Es kann nicht sein, dass allen Bürgermeistern der Wurstzipfel

Behördenverlagerung über Monate hingehalten wird, nur um zuzuschauen, wer dann am höchsten springt. Die Staatsregierung muss endlich ein fachübergreifendes komplettes Konzept der Entwicklung vorlegen und nicht nur ein Sammelsurium einzelner Maßnahmen des Finanzministeriums.

(Beifall bei der SPD)

Die Entwicklung der Räume ist eine gesamtstaatliche Aufgabe von Verfassungsrang und nicht die Folie für Profilierungsmaßnahmen eines ehrgeizigen Ministers.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Kollege Nussel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrte Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Karl, genau aus dem Grund, den Sie genannt haben, haben wir den Antrag abgelehnt. Wir werden ihn auch heute wieder ablehnen; denn wir sehen uns in der Verantwortung gegenüber unseren Beamten und unseren Beschäftigten.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Berichtsanträge abzulehnen!)

Wir – und da meine ich natürlich die Staatsregierung, die mit unserer Mehrheit hier gewählt wurde - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Sind Sie die Staatsregierung oder das Parlament?)

Wenn Sie zugehört hätten und nicht immer dazwischenrufen würden, dann hätten Sie bei der Regierungserklärung unseres Finanzministers gehört, dass er im ersten Quartal 2015 einen Bericht abgeben wird, wenn er mit allen Ministerien und den zuständigen Verantwortlichen gesprochen hat. Ich bitte Sie einfach, das einmal zur Kenntnis zu nehmen. Wir sind es unseren Beamten schuldig, dass unser Minister ein Konzept vorlegt, welches schlüssig ist und welches bis 2025 greifen soll. Wir wollen 1.500 Arbeitsplätze aus verschiedenen Bereichen in den ländlichen Raum verlagern. Mit "ländlicher Raum" meine ich das ganze Land, den ganzen Freistaat Bayern.

(Lachen bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Das wollen Sie schon seit 30 Jahren! Seit 30 Jahren will das die CSU, aber noch nichts ist geschehen!)

Hier gibt es nichts zu lachen. Wir sollten es ernst nehmen, wenn wir Einzelbehörden oder Behördenzentren verlagern oder einzelne Behördenstandorte aufsto-

cken. Wenn sich hier jemand über solche Maßnahmen lustig macht, halte ich das nicht für ehrenwert. Wir reden über Menschen, für die wir Verantwortung haben. Da bin ich schon der Meinung, dass es zum guten Ton des Hauses gehört, hier aufmerksam darüber zu diskutieren. Wenn wir die Stärkung des ländlichen Raums ernst nehmen – und ich hoffe, die Opposition nimmt sie auch ernst -, sollten wir gemeinschaftlich unsere Regionen stärken. Wir sollten hier die Behörden mitnehmen, damit sie sich auch als ein Standbein der Region fühlen, wenn sie dort arbeiten. Diesen Weg, den uns das Finanzministerium und der Finanzminister aufzeigen, sollten wir beschreiten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wollen wir auch!)

Ich bitte Sie einfach um Geduld und darum, die Zeit abzuwarten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Seit 30 Jahren haben wir Geduld! Seit 30 Jahren kündigen Sie nur an!)

Sie sollten die Zeit abwarten, bis das Konzept schlüssig ist. - Ich bin schon lange in der Politik und brauche mir von Ihnen nicht vorwerfen zu lassen, dass ich nicht weiß, wovon ich spreche.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich gar nicht gesagt!)

- Das haben Sie eben schon gesagt! Herr Rinderspacher, gerade von Ihnen hätte ich einen anderen Diskussionsbeitrag erwartet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir wollen doch nur einen Bericht haben!)

– Sie bekommen den Bericht. Das habe ich eingangs gesagt. Ich brauche das nicht dreimal zu wiederholen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber Sie lehnen es ab!)

Wir lehnen den Antrag ab, das habe ich auch gesagt. Warum? - Weil wir die Verantwortung haben. Ich hoffe, dass Sie in der Zukunft auch die Verantwortung sehen. Ich hoffe, dass Sie sich für unsere Beamten und für unsere Mitarbeiter verantwortlich zeigen. Und deswegen plädiere ich für die Ablehnung des Antrags. Ich möchte es gar nicht weiter ausführen. Ich hoffe, dass die Opposition auch hier zum Nachdenken kommt und vielleicht einmal vorher mit uns spricht, bevor sie solche Anträge stellt. Dann bräuchten wir hier nicht in dem Ton diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Herr Kollege Muthmann hat jetzt das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Anmerkungen zu dem, was wir gerade von Herrn Kollegen Nussel gehört haben, sind dann doch veranlassend: Die Bitte, vor der Antragstellung auch mit der Mehrheitsfraktion zu sprechen, ist bei einem hochgezogenen Antrag, bei dem wir schon über das Thema gesprochen hatten, besonders beeindruckend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Herr Kollege Nussel, ich stimme Ihnen zu. Sie haben darauf hingewiesen, dass es bei Behördenverlagerungen auch um Menschen geht, für die wir die Verantwortung tragen. Dies wäre auch das zentrale Argument dafür gewesen, diesem Berichtsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

In der Konsequenz ist die Botschaft, die hier und heute von Ihrem Abstimmungsverhalten ausgeht: Es reicht aus, wenn sich der verantwortliche Minister mit seinem Fach- und Ressortkollegen abstimmt und anschließend einen Bericht über die so getroffenen Entscheidungen vorlegt. Wir hätten vorher Informationen gewollt und mitberaten bzw. mitdiskutieren wollen, um noch die eine oder andere Anregung einbringen zu können. Dieses Thema ist unter dem Gesichtspunkt der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und im Hinblick auf die Tatsache, dass es um 1.500 Arbeitsplätze in den Regionen Bayerns geht, zu wichtig, als dass der Bayerische Landtag sagen könnte: Das interessiert uns nicht; wir warten mit Spannung, wie die anderen entscheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Kern geht es bei diesem Antrag um nichts anderes als um Informationen. Wir wollen wissen, nach welchen Kriterien, auf welchen Grundlagen und mit welchen Überlegungen Entscheidungen vorbereitet werden. Ich nehme nicht an, dass die Antragsteller erwartet haben, dass im Vorfeld schon konkrete Entscheidungsvorschläge vorgelegt werden. Dies wäre natürlich problematisch. Die Fragen, die anstehen, lauten jedoch: Um welche Behörden geht es überhaupt? Um wie viele Arbeitsplätze geht es? – Das wissen wir mittlerweile. Es geht pauschal um 1.500 Arbeitsplätze. In welchen Fachbereichen wird eine Behördenverlagerung Thema werden? - Dies sind Fragen, die ein Landtag besprechen, diskutieren

und aufklären muss, wenn er seiner Verantwortung gerecht werden will. Er darf die Entscheidungen nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen und sie sich hinterher erklären lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, ich bitte Sie, noch einmal über Ihr eigenes Selbstverständnis und Ihre Rolle in diesem Entscheidungsprozess nachzudenken. Was Sie bei diesem Thema an Entscheidungswillen und Beratungsbereitschaft einbringen, ist zu wenig. Hier geht es um wichtige und schwierige Fragen. Wenn Behörden in den ländlichen Raum verlagert werden, entstehen spannende Fragen. Betroffene Bedienstete aus München werden sagen: Wenn schon in den ländlichen Raum, dann wenigstens in größere Orte. In Oberfranken wären etwa Coburg oder Bayreuth akzeptable Adressen. In Niederbayern kämen Passau, Landshut, Deggendorf und Straubing infrage.

(Michael Hofmann (CSU): Regen!)

- Ja, lieber Herr Kollege. Die spannende Frage lautet, ob wir nur auf die zentralen Orte oder auch darüber hinaus schauen sollten. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mir an dieser Stelle dieses Stichwort geben; denn bei uns zu Hause gibt es ein sehr gutes Beispiel dafür, dass auch Verlagerungen in den klassischen ländlichen Raum und in kleinere Orte sehr Gutes bewirken können. Ich nenne nur die Zentrale Bußgeldstelle in Viechtach. Wir alle tun das Unsere dafür, dass diese Stelle kontinuierlich Arbeit hat. Dort sind 200 Mitarbeiter beschäftigt. Das ist ein Segen für die Region. Es wird spannend sein, wenn wir darüber diskutieren, ob wir über die Oberzentren und die Mittelzentren hinaus auch in die kleineren Orte gehen können. Das ist nicht nur ein Thema für die Exekutive; es kostet auch Geld. Wir in diesem Hohen Hause haben eine Verantwortung für den Gesamtprozess. Deshalb hätte es beste Gründe dafür gegeben, diesem Berichtsantrag zuzustimmen, um über diese Themen zu beraten.

Ich möchte jetzt noch auf die betroffenen Mitarbeiter zu sprechen kommen, weil dies ein wichtiges Thema ist. Diese Mitarbeiter sollten im Vorfeld von Entscheidungen beraten werden. Deshalb werden wir diesem Berichtsantrag zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Hofmann, bitte.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Muthmann, ich bin grundsätzlich der Auffassung, dass dies eine Frage der Exekutive ist. Die Exekutive wird einen Vorschlag unterbreiten. Es ist dann Sache des Landtags,

inwieweit dafür Mittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb halte ich den Vortrag, den Sie gerade gehalten haben, für äußerst problematisch. Ich glaube nicht, dass den Beamten des Freistaats Bayern damit gedient ist, wenn über Zwischenberichte Wasserstandsmeldungen abgegeben werden. Es ist sinnvoller, ein Gesamtkonzept vorzulegen.

Sie haben erklärt, dass Sie gerne Anregungen gegeben hätten und Ihnen dies verwehrt worden sei. Ich habe Sie vorhin so verstanden, dass Sie nicht in der Lage gewesen wären, die entsprechenden Anregungen weiterzugeben. Ich gehe aber davon aus, dass Sie zumindest als Vertreter Ihrer Region einen Brief an den Minister geschrieben und darin Vorschläge gemacht haben, wo eine Behördenverlagerung möglich wäre. Können Sie mir sagen, was Sie in dieser Hinsicht vorgeschlagen haben?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Muthmann, bitte.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Darüber können wir gerne berichten. Herr Kollege Hofmann, zu dem ersten Gedanken, den Sie vorgetragen haben: Wichtig ist, dass die Dinge miteinander verflochten werden und der Landtag, der ein maßgebliches Wort bei der Umsetzung mitzusprechen hat, eingebunden wird, und zwar bevor die Entscheidung getroffen wird. Ich möchte das nicht noch einmal wiederholen. Das habe ich bereits gesagt. Deshalb geht es hier nach meinem Verständnis nicht nur um eine exekutive Entscheidung, da wir das Vorhaben nachher noch einmal bewerten müssen.

Natürlich gibt es eine ganze Reihe von Themen und Aufgaben, aber auch Anregungen. Ich möchte Ihnen nur zwei Beispiele nennen, die in der Region bekannt sind. Zum einen geht es um die Stärkung der Finanzämter und zum anderen um die Stärkung der Technologiecampus, um in der Region eine wissenschaftliche Stärkung zu erreichen. Dies ist eine Aufgabe des Staates. Hier gibt es immer noch kommunale Mischfinanzierungen, die wir nicht akzeptieren. Hier gibt es viele Möglichkeiten weiterzukommen.

Im Übrigen ist es wichtig, dass das Know-how der Exekutive in diese Beratungen einbezogen wird. Ich würde nicht für mich in Anspruch nehmen, für alle Ministerien erkennen und bewerten zu können, wo Verlagerungen möglich sind. Gerade darauf hat dieser Berichtsantrag abgezielt. Leider verwehren Sie uns die Möglichkeit, in dieser Frage zu besseren Entscheidungen zu kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt darf ich Frau Kollegin Stamm das Wort erteilen. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Man darf die Frösche nicht fragen, wenn man den Teich austrocknen will. Sehr geehrte CSU, hier geht es aber nicht um Frösche, sondern um Menschen, sogar um gestandene Menschen. Das haben Sie so weit inzwischen verstanden. Sie wollen Ihrem damaligen Minister und dem jetzigen Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses nicht mehr folgen. Das ist gut so; denn Behördenverlagerungen machen schlicht keinen Sinn, ohne die Menschen mitzunehmen und ohne sich danach zu richten, was sie wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seien Sie doch einmal ehrlich, sogenannter Heimatminister Dr. Söder: Der große Wurf, der ganz große Coup, den Sie hier mehrfach angekündigt haben, wird es nicht. Sie wollten mit dem Konzept zur Rettung des ländlichen Raumes bereits vor der Sommerpause rauskommen, also vor einem knappen Dreivierteljahr. Dann hieß es, es kommt im Herbst; dann hieß es: Es kommt auf der Klausur in Kreuth, und jetzt heißt es: Es kommt im März. Dann sollen wir eben Anteil an der großen Erkenntnis haben, wie der ländliche Raum gerettet oder gestärkt werden soll.

Ehrlich gesagt, es ist auch ganz gut, dass dieses Konzept nicht kommt, weil man erstens, wie gesagt, die Beschäftigten mitnehmen muss. Zweitens – das zeigt die Antwort auf meine Anfrage ganz klar – hat die Behördenverlagerung strukturpolitisch keinerlei nachweisbare Effekte, 0,0. Mit keinem Cent wird das in einer sehr ausführlichen Antwort – dafür bedanke ich mich bei den Ministerien mit Ausnahme des Finanzministeriums; das erkläre ich nachher noch - beziffert. Drittens ist festzuhalten, dass wir es da, wo es sinnvoll ist, gut finden, wenn man verlagert. Ein Beispiel dafür gibt es beim Finanzamt München: Bereiche wie die Bearbeitung der Einkommensteuer, die man auslagern kann und die gut von der Ferne aus gemacht werden können, können gerne verlagert werden.

Dann gibt es noch ein weiteres Kriterium: Wenn verlagert wird, dann sollte das dahin geschehen, wohin die Versetzungswünsche zielen. – All diese Kriterien sind bei der zuletzt beschlossenen Auslagerung aus dem Finanzamt München nicht berücksichtigt. Da spielten offensichtlich andere Gründe eine Rolle. Oder ist Höchstädt an der Donau der perfekte Standort, um Grundstücke in München zu bewerten? Ist Nürnberg das Zentrum der bayerischen Heimat oder das des ländlichen Raumes?

(Jürgen W. Heike (CSU): Haben Sie was gegen Nürnberg?)

Viertens. Die Antwort auf meine Anfrage ergibt, dass die Verlagerung von Behördenarbeitsplätzen viel Geld kostet. In der Antwort heißt es, dass circa 1.000 Stellen in den letzten fünf Jahren verlagert wurden; das hat circa. 11 Millionen Euro gekostet. Das heißt, die Kosten pro verlagerten Arbeitsplatz betragen 11.000 Euro. In diese Summe ist die Installierung des sogenannten Heimatministeriums in Nürnberg noch gar nicht eingerechnet, weil – darauf bekomme ich keine Antwort – das keine Verlagerung, sondern eine Neueinrichtung ist.

Jetzt spricht tatsächlich die Haushälterin in und aus mir: 11.000 Euro pro Arbeitsplatz! Mit so viel Geld darf ich einen Arbeitsplatz nicht einfach verlagern; das Geld muss anders eingesetzt werden, auch im und besonders für den ländlichen Raum. Damit darf keine Show-Politik betrieben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Summen, die mir da genannt wurden – 11.000 Euro pro Arbeitsplatz –, ist noch gar nicht eingerechnet, was an Synergieeffekten verloren gegangen ist, weil die Beamtinnen und Beamten auf mehrere Standorte verteilt sind. In den letzten fünf Jahren gab es in Bayern zahlreiche Behördenumstrukturierungen und eine einzige große Verlagerung, nämlich die des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung. Sie erfolgte gegen viel Widerstand der Beamten und Beamtinnen, die dort gearbeitet haben. Kaum jemand wollte mitgehen. Auslöser war keinesfalls irgendeine Strategie zur Stärkung des ländlichen Raumes, sondern einfach die Pleite der Firma Quelle in Fürth. Die Regierung musste der Öffentlichkeit irgendetwas präsentieren, und deshalb wurde das Landesamt von dem einen Ballungsraum, nämlich von München, in den anderen Ballungsraum, nämlich nach Nürnberg, verlegt. Trotzdem bleibt die Behördenverlagerung, die sich meist nur als Teilverlagerung entpuppt, einer der Hauptpfeiler der Bestrebungen des sogenannten Heimatministers Söder, den ländlichen Raum zu stärken.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass es auf die Frage, ob Behördenverlagerungen dem ländlichen Raum wirklich etwas bringen, selbst von Befürwortern der Verlagerungen keine nachvollziehbare und belegbare Antwort gibt. Deswegen erstaunt es mich auch nicht, dass Sie diesem Berichtsantrag nicht zugestimmt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung, Herr Kollege Heike. Bitte.

Jürgen W. Heike (CSU): Frau Kollegin, könnte es sein, dass Sie vergessen haben, dass da eine ganze Reihe von anderen Verlagerungen war? – Ich will Ihnen nur eine nennen: das zentrale Mahngericht für ganz Bayern in Coburg mit immerhin 200 Arbeitsplätzen. Diese Verlagerung hat der Region verdammt gut getan.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön!

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich habe eine Anfrage gestellt. In der Anfrage beziehe ich mich auf die letzten fünf Jahre. Über das, was ich an Antwort bekommen habe – das ist tatsächlich sehr gut und ausführlich beantwortet worden –, mögen Sie sich bei der Exekutive beschweren. Da ist alles sehr ausführlich drin – bis auf den Bereich des Finanzministeriums, das ausweicht. Diese Zahlen und das, was da ausgerechnet wurde, habe ich Ihnen hier vorgetragen.

Nochmal: Es ist ganz klar, dass wir sagen: Behördenverlagerungen gerne dahin, wo es Sinn macht; das Finanzamt München ist genau so ein Beispiel. Den Einkommensteuerbereich kann man gut verlagern, aber nicht die Bewertungsstelle. Um es noch einmal ganz klar und deutlich zu sagen: Wo es Sinn macht, wohin es Versetzungswünsche gibt, sehr gerne. Aber alles andere macht keinen Sinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt hat Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ganze hat jetzt gerade wieder offenbart, welches Verständnis für den ländlichen Raum Sie haben. Wenn es um Großinvestitionen in München geht, gibt es keine Diskussion von der Seite. Wenn es aber um ein paar Euro für den ländlichen Raum geht, wird alles schlechtgeredet.

(Beifall bei der CSU)

So schaut's aus. – Die GRÜNEN haben – die anderen vielleicht schon, aber nicht die GRÜNEN – null Verständnis für die Probleme und Sorgen des ländlichen Raumes in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine große Herausforderung; das hat der Heimatbericht diese Woche gezeigt: Bayern geht es im Grunde genommen gut, und wir haben im Vergleich zu allen anderen Bundesländern top Zahlen. Die einzige strukturelle Herausforderung ist die Demografie. Die Demografie ist ganz leicht zu erklären: Wir haben fast überall weniger Geburten als Sterbefälle; das können wir übrigens schwer durch politische Entscheidungen beeinflussen. Selbst ein Beschluss des Landtages wird das nicht auf einen Schlag verändern können. Deswegen entscheidet die Zuwanderung am Ende über die Frage der Bevölkerungsentwicklung. Die Zuwanderung kommt bei uns im Wesentlichen aus Deutschland selber, weil Menschen Heimat und Arbeitsplätze suchen. Deswegen stellt sich die Frage, wie wir die Balance zwischen Räumen extremer Verdichtung und Räumen, die nicht dieselben Möglichkeiten haben, gestalten. Dafür braucht es verschiedene Elemente, die den jeweiligen ländlichen Räumen flexibel und passgenau Hilfe bieten. Dazu gehört beispielsweise der kommunale Finanzausgleich.

Oft wird man hier kritisiert: Macht doch mal was. Dann haben wir etwas gemacht: Wir haben Stabilisierungshilfen eingeführt. Wenn ich dann einmal die Frage der Beteiligung anschau, muss ich sagen: Es gibt kaum ein anderes Verfahren, das so transparent ist und an dem auch die kommunalen Spitzenverbände beteiligt werden und durch das so viele Gemeinden eine echte Hilfe und Unterstützung bekommen, wie beispielsweise die Stabilisierungshilfen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir haben letztes Jahr um diese Zeit über drei, vier Monate alle zwei, drei Wochen die Diskussion gehabt: Bei Breitband geht ja nichts voran! Sie versprechen doch bloß; was ist denn jetzt los? Wann macht denn der Söder mal was? Der macht doch nur Show, der tut doch nichts! Da läuft doch gar nichts!

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann macht er das, was wir seit fünf Jahren fordern! Sie waren doch bisher auch schon Mitglied der Staatsregierung, Herr Söder!)

Meine Damen und Herren, das respektiere ich, dass Sie das gesagt haben. - Ja, ja, Herr Halbleib, wir haben jetzt in einem halben Jahr geschafft, das komplett zu überarbeiten, bei der EU durchzubringen und genehmigen zu lassen;

(Volkmar Halbleib (SPD): Kaum sind zehn Jahre rum, schon passiert was!)

nach einem Jahr sind 78 % der bayerischen Gemeinden im Verfahren, und die Breitbandversorgung im

ländlichen Raum ist von 15 auf 25 % erhöht. Wer schafft denn das in Deutschland außer dem Freistaat Bayern? – So.

(Beifall bei der CSU)

Ich will nur drei oder vier Elemente erwähnen, weil sie alle dazu gehören; denn das Argument, die Behördenverlagerung allein sei es, stimmt natürlich nicht. Das ist klar. Darum sagen wir: Es gibt mehrere Elemente.

Die Regionalisierung von Hochschulen ist ein ganz wesentliches Element, weil wir in vielen Bereichen die Chance nutzen, mit Studenten, mit vielen jungen Menschen eine Veränderung herbeizuführen, sowohl im klassischen Universitätsbereich als auch bei anderen. Ich denke daran, dass wir jetzt noch vor Weihnachten ein Signal für die Finanzakademie in Kronach gegeben haben. Es gibt einen Riesenschub, wenn 200 junge Leute in einer Stadt, in einer Gemeinde sind. Sie führen zu einer Belebung, zu einer Veränderung des Klimas und auch zu mehr Respekt für ländliche Räume, die sich an dieser Stelle verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Die Behördenverlagerung ist hier ein ergänzendes, weiteres Instrument – übrigens auch dort, wo wir keine Hochschulen haben. In Räumen ohne Hochschulentwicklung, in ländlichen Räumen, in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, in von Konversion betroffenen Gemeinden oder in Gemeinden mit extremen Problemen – Herr Arnold und viele andere Kollegen wissen das – kann das Instrument der Behördenverlagerung helfen. Meine Damen und Herren, eines muss ich sagen: Selbstverständlich kostet das Geld. Dies wird jedoch auf die getätigten Investitionen umgerechnet. Jede Investition im ländlichen Raum, auch in Gebäude und Ähnliches mehr, bedeutet Aufträge für die regionale Wirtschaft und tut dem ländlichen Raum gut. Darum ist das Geld an dieser Stelle richtig angelegt.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist unser Ziel klar: Wir wollen 1.500 Versetzungen in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren. Das hat der Ministerpräsident und das haben wir vorgegeben. Dabei handelt es sich nicht um Zwangsversetzungen. Übrigens gibt es mit einer natürlichen Fluktuation schon sehr viele Möglichkeiten zur Veränderung. Das haben wir mit den Personalräten besprochen. Diese sind mit dem Verfahren einverstanden. Bei uns gehen mehr Versetzungswünsche aus München heraus als nach München hinein ein. Das muss man sagen. Insofern lässt sich an dieser Stelle viel managen. Wichtig ist, Verwaltungseffizienz und Struk-

turpolitik in Balance zu bringen. Herr Muthmann, es ist richtig: Am Ende besteht die Schwierigkeit, die Gesamtbalance zu halten. Glauben Sie mir, das Verfahren ist transparent, weil mir Hunderte Leute Briefe geschrieben haben, in denen steht, dass dies genau richtig wäre. Es wird Sie überraschen, dass in einem Landkreis manchmal drei Bürgermeister der Überzeugung sind, dass es bei ihnen besser ist als beim Nachbarn. Das ist normal.

Einige Regionen, wie der Landkreis Tirschenreuth, haben sich im Kreistag zusammengesetzt und gesagt: Wir entscheiden uns für einen Standort, das ist unsere zentrale Einheit. An dieser Stelle gibt es viele interessante Angebote, die es gilt zusammenzubringen. Glauben Sie mir, ich habe nicht die Illusion, dass darüber nicht eifrig diskutiert und gestritten wird. Dies ist selbst beim Breitband der Fall. Wenn man etwas Gutes tut und eine Förderung in Höhe von 80 % gewährleistet, gibt es immer noch jemanden, der sagt: Mensch, 90 % Förderung wäre auch nicht schlecht gewesen. Insofern habe ich keine demokratische Illusion.

Ich glaube jedoch, es ist sinnvoll, dass ein solches Konzept sauber und in sich geschlossen ist. Diesen Versuch werden wir unternehmen. Das zu akzeptieren oder nicht zu akzeptieren, ist das gute Recht eines jeden Mitglieds des Landtags. Aus unserer Sicht ist wichtig: eins nach dem anderen. Wir reformieren das FAG. Wir reformieren das LEP mit großer Unterstützung von Gemeinde- und Landkreistag. Wir haben das Regionalmarketing verändert und die Fördersummen erhöht. Das stößt auf große Unterstützung in den ländlichen Räumen. Wir haben die Regionalisierung der Hochschulen vorangebracht. Wir bringen die Digitalisierung voran. Ähnliches wird mit der Behördenverlagerung auch passieren.

Geben Sie uns noch einen Monat Zeit. Ich habe mich gewundert, dass Sie den Antrag heute stellen. In einem Monat haben Sie immer noch die Möglichkeit dazu. Dann können Sie losschießen, wie Sie es mögen. Wenn Sie Beifall klatschen wollen, dürfen Sie das. Das ist im Landtag auch zulässig. Das bleibt Ihnen natürlich vorbehalten. Das wird die größte Behördenverlagerung auf einen Schlag sein, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Meine Damen und Herren, ich finde, das ist ein gutes Signal für die ländlichen Räume. Darum machen wir das auch.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Kollege Dr. Rabenstein das Wort.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Minister, ich komme zu Ihrem Heimatbericht und dem, was Sie

vorhin angesprochen haben. Nicht alles ist verkehrt, und nicht alles wird von mir kritisiert.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings möchte ich den Bayerischen Rundfunk zitieren. Der Artikel befindet sich im Pressespiegel. Herr Neumaier schreibt: "Auch wenn Söder die Fortschritte der letzten Jahre herausstellt und mit Zahlen belegt, so zeigt der Bericht doch auch, was schiefgelaufen ist." Das haben wir als Opposition seit vielen Jahren angesprochen. Vielleicht sind die Fortschritte eine Reaktion darauf. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen.

In Oberbayern und im Großraum München hat es eine Konzentration an außeruniversitären Forschungseinrichtungen gegeben. Das wurde von uns über viele Jahre hinweg kritisiert. Jetzt befindet sich in meiner Heimatstadt Bayreuth das Fraunhofer-Institut. Das begrüßen wir. Das damals kritisierte Defizit wird von Ihnen wieder herausgestellt. Sagen Sie doch auch einmal, dass wir damals recht gehabt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Beispiel betrifft den Breitbandausbau. Wie häufig haben wir im Landtag kritisiert, dass das alte Förderprogramm unpraktikabel ist und nicht läuft. Wenn Sie heute erklären, das laufe besser, müssen Sie auch sagen, dass das alte System überhaupt nicht funktioniert hat und erst auf Druck der SPD geändert wurde.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

So war es doch? Wir haben doch gesehen, dass es draußen auf dem Land nicht funktioniert hat. Das haben wir massiv kritisiert. Damals hieß es, das sei nicht europakonform. Jetzt geht es auf einmal.

Was ich sagen möchte: Viele Sachen, die umgesetzt worden sind, sind von uns gefordert worden. Das gilt auch für Behördenverlagerungen. Deshalb hatten wir an der positiven Entwicklung einen großen Anteil. Bitte nehmen Sie das auch zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, wissen Sie, womit ich mich manchmal etwas schwertue? – Mit dieser Debatte: Ich habe recht, ich habe es schon immer gesagt.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Da habe ich etwas getroffen, oder?

(Unruhe)

Da bricht sich noch einmal alles Bahn.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dafür können Sie nur dankbar sein!)

Lassen Sie die Gefühle raus. Ich höre das bei anderen Themen, wie beispielsweise bei der Landesbank, auch: Damals habe ich das schon gesagt. Ich verstehe mein Amt so, dass ich eine Aufgabe zum Wohl der bayerischen Bevölkerung und im Dienst des Bayerischen Landtags zu erledigen habe. Ehrlich gesagt hilft es nicht, eine Stunde darüber zu philosophieren, wer vielleicht irgendwann einmal einen klugen Satz gesagt hat. Viel wichtiger ist es, etwas Kluges zu machen. Das tun wir.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich darf das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zur Eingabe betreffend "Ablehnung der geplanten 3. Start- und Landebahn am Flughafen im Erdinger Moos" bekannt geben. Mit Ja haben 88 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 71 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Damit ist dem Votum des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie entsprochen worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Volkmar Halbleib u. a. (SPD) Prioritätenlisten der großen Bauvorhaben (Drs. 17/4361)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt wieder 24 Minuten. Herr Kollege Kränzlein steht schon bereit.

(Unruhe)

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist immer noch Sitzung. Ich bitte Sie, Gespräche, wenn es welche gibt, draußen zu führen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Alle europäischen Parlamente bis hinunter zu den Kommunalparlamenten steuern schon wegen der knappen Ressourcen – Personal und Geld – in der Regel über Prioritäten und Festlegungen. In Bayern, wo die CSU das Sagen hat, hat man dieses Prinzip in einem ganz wichtigen Bereich außer Kraft gesetzt, nämlich bei den Hochbauvorlagen. Dort geht es um viel Geld. In aller Regel wird über die Hochbauvorlagen nur im Finanzausschuss beraten. Dort spielen sie jedoch eine große Rolle. Dort werden diese Prioritätenlisten, die wir immer wieder wünschen, einfach nicht vorgelegt. Darum fordern wir, dass alle Ministerien, die Gebäude verwalten oder für Neubauten zuständig sind, künftig solche Prioritätenlisten vorlegen, und zwar nicht erst dann, wenn der Haushalt oder die Anlage S erstellt wird, sondern schon im Vorfeld. Das wäre keine zusätzliche Arbeit, das wäre keine neue Bürokratie; denn jede vernünftige Verwaltung arbeitet nach Prioritäten. Die bayerischen Ministerien haben diese Prioritätenlisten schon in den Schubladen. Verwaltung funktioniert eben so. Wenn sie eine gute Verwaltung ist, kann sie nur danach ihre Schwerpunkte festlegen.

Diese Prioritätenlisten sind nicht in Stein gemeißelt, davon kann man abweichen. Vorhaben können vorrücken, wenn sich irgendwelche anderen Bauten wegen Planungsrückständen oder unvorhergesehenen Hindernissen verzögern. Dabei ist wichtig, dass es ein transparentes, kein willkürliches Verfahren ist. Jeder weiß dann, dass die nächste Maßnahme vorrückt, wenn eine geplante Maßnahme jetzt nicht durchgeführt werden kann.

Prioritätenlisten gibt es überall. Der fünfjährige Bundesverkehrswegeplan ist ein Beispiel. Als kommunal Verantwortlicher kann man erkennen, wann das eigene Vorhaben an die Reihe kommt, welche Vorhaben davor stehen und was eventuell getan werden muss, um das Vorhaben zu beschleunigen.

Im Haushaltsausschuss haben wir genau diese Vorlagen nicht. Das heißt, wir können nicht prüfen, was wirklich wichtig ist, was eventuell vorgezogen werden müsste, wie die Reihenfolge geändert werden könnte, was beschlossen werden soll. All das ist eigentlich allein der Exekutive überlassen. Wir müssten die Mittel freigeben und entscheiden, ob zum Beispiel eine bestimmte Hochschule jetzt schon oder erst später renoviert wird, ob eine andere Hochschule eventuell einen größeren Bedarf hat. All das ist der Debatte bei uns im Ausschuss entzogen. Weil dem so ist, können wir

unsere Arbeit im Ausschuss nicht sachgerecht erledigen.

Es gibt eigentlich nur zwei denkbare Argumente dafür, warum Sie, verehrte Kollegen, diesen Antrag im Haushaltsausschuss abgelehnt haben. Das eine Argument ist, dass die Abgeordneten nicht Bescheid wissen sollen, damit die Verwaltung die Prioritäten ungestört und ohne lästige Debatten beliebig verändern und verschieben kann. Der zweite Grund ist, dass Abgeordnete mit einem besonders guten Draht und Einfluss in Richtung Exekutive leichter irgendein Vorhaben nach vorne bringen können, das in ihrem Stimmkreis besonders wichtig ist, wobei die anderen überhaupt nicht erkennen, ob dem eventuell wichtige Vorhaben entgegenstehen. Dafür soll es ja Beispiele geben. Diese Argumente ziehen aber nicht und werden weder der Gewaltenteilung noch der Entscheidungsbefugnis der Legislative gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihrer Entscheidung, diese Prioritätenlisten nicht vorlegen zu lassen, entmündigen Sie eigentlich uns als Legislative und als parlamentarisches Gremium. Das ist ein Armutzeugnis, das wir uns nicht ausstellen lassen sollten. Sie haben bei den Einzelvorhaben immer wieder Verständnis geäußert; Sie haben selber darauf hingewiesen, dass wir, wenn wir zum Beispiel über eine Polizeiinspektion in XY reden, nicht sagen können, ob eine Polizeiinspektion in der Stadt Z wichtiger wäre. Ihnen war es aber offensichtlich nicht wichtig, weil Sie entweder Hintergrundinformationen hatten oder weil es Ihnen gleich war. Uns ist es nicht gleich, und darum bitten wir Sie: Ermächtigen Sie uns als Parlament, dass wir diese Listen, die die Verwaltungen in den Schubladen haben, bekommen, damit wir entsprechend steuern können.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Kollege Winter, bitte schön.

Georg Winter (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und werte Kollegen! Herr Dr. Kränzlein, wenn ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten darf. – Mir ist eine Prioritätenliste zu wenig, um Kompetenz nachzuweisen. Allein dafür möchte ich nicht zur Sitzung in den Landtag fahren. Das wäre die Sache nicht wert. Da müssen wir schon etwas mehr erreichen.

Der Kollege von der SPD-Fraktion sagt, wir bekommen keine Prioritätenliste. Richtig ist aber: Wir in Bayern haben schon jetzt eine Prioritätenliste. Sie alle haben sie am Jahresende mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes bekommen; jedem Einzelplan ist die Anlage S beigefügt. Sie führt die Summe, die

Bemerkungen, den Rahmen und die Abschnitte auf. Sie ist absolut informativ.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wissen Sie doch, dass das nicht stimmt! Mit so wenig würde ich mich nicht zufriedengeben!)

Das ist unsere Prioritätenliste, die jedem von uns zugänglich ist und die wir alle bekommen. Wir im Haushaltsausschuss dürfen sie sogar beraten und verändern. Sie wird natürlich auch kontinuierlich fortgeschrieben. Auch das erfolgte im Rahmen der Haushaltsberatung. Wir haben bei der Beratung der Hochbauvorlagen im Ausschuss im Abstand von zwei bis drei Monaten regelmäßig die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen. Wir sind also aktiv tätig.

Was ist unsere Kompetenz? – Als Haushälter treffen wir die Entscheidung, ob aus einer Planung tatsächlich eine Maßnahme wird. Im Fachjargon heißt das, wir wandeln den Planungstitel in einen Bautitel um. Das muss nicht immer der Fall sein; zuletzt im Dezember hat der Ausschuss gesagt: Nein, wir wandeln diese Maßnahme in Regensburg noch nicht um, wir haben Fragen, wir stellen das zurück, das muss aufgeklärt werden, das ist so nicht okay; wir setzen die Beratung erst nach umfassender Prüfung fort.

Wir haben natürlich die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen. Wir können durch eigene Initiativen Maßnahmen auf den Weg bringen, die uns wichtig erscheinen. Damit können wir Prioritäten setzen.

Wir haben auch die Möglichkeit zu hinterfragen, ob wir eine geplante Hochbaumaßnahme für sinnvoll, für richtig oder für wichtig halten. Das steht uns zu. Natürlich haben wir ein Informationsbedürfnis und ein Informationsrecht im Rahmen der parlamentarischen Zuständigkeit. Dem wird natürlich auch entsprochen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber warum lehnt ihr so einen Antrag ab?)

– Weil das Selbstbeschäftigung und ein Bürokratiemonster ist, Kollege Halbleib. Wir haben die Liste bereits.

(Heiterkeit bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt sie vielleicht bei der CSU-Fraktion! Wir haben sie nicht!)

Man muss sich vorstellen, es sind über 800 Maßnahmen, die geplant oder gerade umgesetzt werden. Wenn dazu permanent nachgefragt wird, wie weit sie denn jetzt sind, würde das zu einem Bürokratiemonster führen.

Wir alle wissen, wodurch sich Prioritäten verändern können, siehe Gärtnerplatztheater. Wir haben die Maßnahme beschlossen, dann haben die Verantwortlichen festgestellt, dass man kein Baurecht hat. Dann haben sie erstmal wieder Geld gebraucht, um Baurecht zu schaffen. Das ist Prioritätensetzung. Sie finden unter Umständen plötzlich Altlasten – das führt zu Verzögerungen –, oder Sie haben Änderungen der Nutzerwünsche. Es gibt eine Vielzahl von Gründen, die zu Verzögerungen im Ablauf führen können, sodass sich die Priorität verschiebt. Es ist wichtig, dass man dann möglichst im Rahmen des Vollzugs flexibel ist und die Gelder umgesetzt werden.

Die Prioritätenliste gibt es also bereits. Wir haben die Chance, selber Initiativen zu entwickeln. Wir können sie beschließen. Das ist viel mehr, Kollege Dr. Kränzlein, als so ein Papier anzufordern. Wenn wir schon von Kompetenz, Zuständigkeit und parlamentarischem Selbstverständnis sprechen, dann können wir bei ganz wichtigen Dingen auch einmal daran denken, ein Gesetz zu machen. Damit beweisen wir Einfluss und Zuständigkeit und schöpfen unsere Möglichkeiten aus.

Für die Nichthaushälter sage ich: In Bayern wird keine Maßnahme mit einem Finanzvolumen über einer Million Euro ohne Zustimmung des Haushaltsausschusses begonnen. Damit ist, glaube ich, deutlich geworden, dass wir hier umfassend eingebunden sind. Herr Dr. Kränzlein, wenn man so viel Information hat, wie sie gerade uns als Haushältern vorliegt – das geht von der Anlage S über Hochbauvorlagen bis hin zu der Möglichkeit, nachzufragen und Eigeninitiative zu entwickeln –, kann man nicht wie Sie sagen, wir könnten unsere Arbeit nicht tun. Ich meine ganz im Gegenteil, wir sollten unsere Kraft und unsere Zeit auf Wichtigeres konzentrieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Muthmann, bitte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Devise ist: Ich will nicht wissen, was die im Ministerium wissen!)

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann es eigentlich kurz machen und mich den Ausführungen von Dr. Kränzlein voll umfassend anschließen. Kollege Winter, es ist nicht zu wenig; das ist ja auch nicht alles, was ein Parlament als Entscheidungsgrundlage braucht. Die neuralgischen Fälle kennen Sie so gut wie wir auch. Nicht die Liste ist die Grundlage der Beschlussfassung zum Doppelhaushalt im ersten Zug, sondern es sind gerade die Konstellationen, wenn ein Projekt, aus welchen Gründen auch immer – wegen Verfah-

rensverzögerungen oder, was da sonst infrage kommt –, nicht realisiert werden kann, obwohl Mittel zur Verfügung stehen. Dann stellt sich eben die Frage: Was machen wir? Was macht die Exekutive mit diesen Mitteln?

Ich glaube zum Ersten, dass es in den jeweiligen Ministerien ohnehin eine solche Liste gibt, die als Arbeitsgrundlage gilt und die uns vorenthalten wird. Zum Zweiten wären die Listen nicht nur für uns, sondern auch für die in der Exekutive Verantwortlichen hilfreich, weil sie dann wüssten, welches die nächsten Projekte sind, die zur Realisierung anstehen, wenn irgendwo Geld übrig bleibt. Zum Dritten könnten die Listen auch das Wettrennen um die Bindung freier werdender Mittel, wo auch immer, vermeiden helfen. Das ist ja immer ein großes Problem; das kennen wir. Da haben die Kollegen der CSU ob ihrer größeren Nähe zur Exekutive sicher einen schnelleren Zugriff als andere. Das nur nebenbei bemerkt.

Ich glaube, es wäre insgesamt angemessen und richtig, wenn das Parlament wüsste, wie es mit der Realisierung der Maßnahmen jenseits derer, die durch die Haushalte abgedeckt sind, fortzufahren gedenkt. Sicher kann es da noch Veränderungen nach dem Motto geben: Ist ein Plan auch sehr gelungen, trägt er doch Änderungen. Wir wissen durchaus, dass es kein zwanghaftes Festhalten an solchen Listen geben muss, aber zumindest wäre es richtig und wichtig, wenn wir ein Arbeitsprogramm über das hinaus hätten, was in den beiden Jahren zur Finanzierung ansteht.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass sich die CSU-Fraktion gegen solche verlässlichen Entscheidungs- und Arbeitsgrundlagen im Sinne einer größeren Transparenz der staatlichen Verwaltung und der Umsetzung wehrt und dem Antrag nicht zustimmt. Wir tun dies aus guten Gründen und aus Überzeugung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich habe die Mitteilung zu machen, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Zurufe – Thomas Kreuzer (CSU): Wir wollen Präsenz bis zum Schluss! – Gegenruf: Das hättet ihr euch früher überlegen können!)

Bitte, Frau Kollegin Claudia Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Egal, ob es Prioritätenliste oder wie auch immer heißt – wir haben in der letzten Legislaturperiode einen Bericht

über die anstehenden Sanierungen beantragt –, ich finde, es geht um etwas ganz anderes: Wir als Souverän, als Legislative, sollten und dürfen uns doch nicht die Hoheit über das nehmen lassen, was wir für Sanierungen oder anstehende Neubauten ausgeben. Das sind nämlich – das ist hier schon herausgekommen – richtig hohe Summen. Deswegen habe ich auch in der letzten Legislaturperiode dazu einen Antrag gestellt.

Ich habe als Mitglied des Haushaltsausschusses keine Lust mehr, aus der Presse zu erfahren, wo und bei welchem Gebäude wie viel Geld investiert werden muss. Das ist aber leider viel zu oft der Fall. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich kann mich nur wundern, wenn Sie Berichtsanträgen nicht zustimmen. Vorhin habe ich mich nicht gewundert; aber in diesem Fall wundere ich mich tatsächlich, weil ein solcher Berichtsantrag Ihre Legitimation und Ihre Arbeit nur stärken würde. Das kann ich einfach nicht verstehen. Eine solche Liste würde uns bei unserer Aufgabe, das Königsrecht des Parlaments besser auszuüben, nur helfen. Wenn Sie diese Aufgabe und diese Arbeit einigermaßen ernst nehmen, stimmen Sie bitte dem Antrag der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Das Wort hat der Herr Staatssekretär Hintersberger. Bitte schön.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Begriffe wie Nichttransparenz verwendet werden und davon gesprochen wird, dass Baumaßnahmen am Landtag und am Haushaltsausschuss vorbei entschieden werden. Frau Kollegin Stamm hat behauptet, dass irgendwelche großen Maßnahmen im Sanierungsbereich nicht in den Gremien des Parlaments entschieden werden.

Meine Damen und Herren, worum geht es denn? - Wir haben – der Kollege Winter hat dies dargestellt – doch im Haushalt über 800 Maßnahmen klipp und klar aufgeführt, die Sie entschieden haben und die in der Anlage S für alle transparent aufgeführt sind. Ohne irgendwelche haushalterischen Festlegungen erfolgt überhaupt keine Maßnahme. Jede Maßnahme wird durch eine Hochbauvorlage von Ihnen oder im Haushaltsausschuss beraten und beschlossen. Von daher ist die zusätzliche Prioritätenliste, die aufgrund der vielen flexiblen Einwirkungen im Rahmen eines Ver-

fahrens oft nur eine sehr beschränkte Dauer hat, völlig entbehrlich.

Ich darf auch noch deutlich machen, dass jeder Planungstitel, jeder Bautitel und jede Umwandlung von einem Planungstitel in einen Bautitel vom Haushaltsausschuss entschieden werden. Das ist eine Entscheidung von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es entspricht deshalb nicht den Tatsachen, dass das nicht so umgesetzt wird, wie Sie das hinstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch genau das, worum es geht! Das wissen Sie doch!)

Ich verweise noch einmal darauf, dass jeder Kollege und jede Kollegin selbstverständlich das Recht hat, bei Anfragen zu einzelnen Maßnahmen ganz konkrete Details abzufragen, und dies wird ja auch in Anspruch genommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, man kann zusammenfassend sagen: Eine jährliche Vorlage von Prioritätenlisten hilft dem Landtag und dem Haushaltsausschuss bei ihren Entscheidungsfindungen nicht weiter. Die Prioritätensetzungen werden ständig angepasst.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir wollten einmal sehen, wie hoch der Sanierungsbedarf ist!)

Zementierte Listen sind zum einen in kürzester Zeit überholt. Zum anderen sind solche Listen mit einem großen Verwaltungsaufwand und mit Bürokratie verbunden. Die Umsetzung von Bauvorhaben gehört zu den Vollzugsaufgaben der Exekutive und damit zum Kernbereich der Staatsregierung und der staatlichen Verwaltung. Die Mitglieder des Landtags und des Haushaltsausschusses sind in die Entscheidungen und die Prioritätensetzungen bei den einzelnen Maßnahmen nicht nur eingebunden, sondern sie entscheiden auch über diese Maßnahmen im Rahmen des Haushaltsplans, der Anlage S und der Planungs- und Bautitel. Von daher ist der Antrag der SPD abzulehnen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, eine Zwischenfrage von Kollegin Claudia Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie haben soeben von "zementierten Listen" gesprochen. Das ist lächerlich. Wir alle im Hohen Haus wissen: Wenn etwas Neues kommt, gilt die Liste nicht mehr, sondern sie wird entsprechend der neuen Priorität angepasst.

Worüber reden wir? Wir wollen erst einmal eine Grundlage haben, was geplante Vorhaben angeht. Meine Erfahrung mit Sanierungen ist, dass sie sich

außerhalb des Doppelhaushalts abspielen. Ich habe keine Lust, aus der Zeitung zu erfahren, dass die Neue Pinakothek 65 Millionen Euro braucht; darüber möchte ich zuvor eine Information bekommen. Insofern wäre es sinnvoll, schon vorher über eine Liste zu verfügen, wann welche Sanierungen anstehen. Das ist das Erste.

Das Zweite. Ich habe heute wiederholt gehört – auch Georg Winter hat es gesagt; ich dachte, ich höre nicht richtig –, das sei ein Bürokratiemonster. Sie können mir doch nicht erzählen, dass die Exekutive nicht irgendwo eine Liste hat, auf der die Vorhaben entsprechend ihrer Priorität verzeichnet sind. Wenn die Exekutive eine solche Liste nicht hätte, dann hätte sie ihre Arbeit nicht gemacht, und das glaube ich nicht, sehr geehrter Herr Staatssekretär.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Damit wir wieder mit der Geschäftsordnung zurecht kommen: Das war keine Zwischenfrage. Ich darf daran erinnern, dass eine Zwischenfrage bedeutet, eine Frage zu stellen. Wenn man sich zu einer Zwischenintervention meldet, muss man keine Frage stellen; dann kann man einen Beitrag leisten.

(Beifall bei der CSU)

Bitte schön, Her Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Ich beantworte dies so, Frau Kollegin: Es kann gar nicht sein, dass ohne eine Hochbauvorlage irgendwelche Dinge entschieden werden. Über Hochbauvorlagen in dieser Größenordnung ist im Landtag – konkret: im Haushaltsausschuss – zu beraten und zu entscheiden.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. – Als Grundlage ist die Anlage S anzusehen, ob Ihnen das passt oder nicht. Das sind die Maßnahmen, die festgelegt sind. Das ist die Grundlage für Ihre Entscheidungen und die Entscheidungen der Verwaltung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie wissen doch selbst, dass das nicht stimmt! Sie arbeiten doch auch mit Prioritätenlisten!)

Von einem "Verwaltungsmonster" oder "Aufwandsmonster" habe ich nicht gesprochen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber dass es zusätzlicher Verwaltungsaufwand wäre, werden Sie bestätigen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, jetzt hat Kollege Güller noch eine Zwischenintervention angemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Staatssekretär, Sie reden von der Anlage S. Ein Projekt muss aber erst einmal den Weg in die Anlage S finden. Der Antrag, um den es hier geht, betrifft die Frage: Welche Projekte finden ihren Weg in die Anlage S? – Dazu muss ich wissen, welche Priorisierungen die Ministerien jeweils haben.

Ich darf Ihnen dazu ein Beispiel, das Ihnen vielleicht nicht unbekannt ist, aus dem Raum Augsburg nennen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das ist aber keine Zwischenfrage!)

– Lieber Kollege, ich habe eine Zwischenintervention angemeldet. Deswegen brauche ich keine Frage zu stellen, sondern ich darf einfach eine Anmerkung machen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Sie haben recht.

Harald Güller (SPD): Herzlichen Dank.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Damit zurück zum Thema Augsburg: Wenn uns Herr Herrmann nicht auf freiwilliger Basis das Thema "Priorisierung der Baumaßnahmen im polizeilichen Bereich in Bayern" genannt hätte, wäre niemals herausgekommen, dass die neue Polizeiinspektion – darüber wurde in der "Augsburger Allgemeinen" mehrfach berichtet; ich verweise auf die Zusammenlegung der Inspektion Pfersee mit Oberhausen – überhaupt nicht auf der Liste erscheinen kann, weil das Ministerium zu wenige Mittel aus dem Gesamthaushalt bekommt. Das ist Hintergrund der Frage von Kollegen Kränzlein und unseres Antrags. Wir wollen eine Liste mit folgendem Inhalt haben: Was ist nach den Vorstellungen der einzelnen Ministerien im Freistaat Bayern notwendig? Wie priorisieren Sie das, was dann eingestellt wird?

Es reicht nicht aus, das einzustellen, wozu Sie gerade Lust haben, sondern Sie sollen uns das nennen, was bei Ihnen auf der Liste steht. Die Polizeiinspektion Augsburg-Oberhausen-Pfersee steht auf der Liste ganz oben, ist aber nie in die Anlage S gekommen, weil Sie es im Kabinett bereits verhindert haben. Es

ist aber Teil der Budgethoheit des Parlaments, dass wir das wissen, Herr Kollege.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Kollege Güller, nur ein Satz: Dies ist eine Sache der Antragstellung aus dem Parlament heraus, auch eine Sache der haushalterischen Darstellung. Insofern geschieht doch nichts neben dem Parlament. Es gibt sicherlich x andere Notwendigkeiten oder Wünsche, wo auch immer. Dieser Fall taugt in keiner Weise als Begründung für diesen Antrag. Von daher wiederhole ich: Wir lehnen diesen Antrag ab, weil Sie bereits eine Grundlage haben, insbesondere in der Anlage S des Haushalts.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Sie können die Ablehnung nur empfehlen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren – –

(Unruhe)

Da wir jetzt mehr oder weniger unter uns sind: Ich würde allen empfehlen, sich einmal eine Stunde lang hier heraufzusetzen und den Lärmpegel zu hören.

Ich darf noch etwas sagen: Ich bin nicht mehr bereit, all die Briefe zu beantworten, die eingehen, was den Ablauf des Plenums anbelangt. Ich gebe sie zukünftig zur eigenen Beantwortung weiter.

Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion der CSU.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Die namentliche Abstimmung?)

– Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist zurückgezogen worden.

Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20.17 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Erwin Huber, Eberhard Rotter u.a. CSU
 Intensivierung der Bewerbung von Rettungsgassen bei Staus
 Drs. 17/4396, 17/4724 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Expertenanhörung zur Realisierbarkeit islamischer Bestattungen in Bayern
 Drs. 17/4580, 17/4725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.02.2015 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Verfassungsauftrag ernstnehmen - Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement umsetzen (Drucksache 17/3718)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto			
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	72	91	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.02.2015 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller u. a. SPD; Pflege besser machen - Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsumlage zügig einführen! (Drucksache 17/4059)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	72	93	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.02.2015 zu Tagesordnungspunkt 11: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen II; Ausbildungsumlage zur solidarischen Finanzierung der betrieblichen Ausbildung einführen (Drucksache 17/552)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	55	90	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.02.2015 zu Tagesordnungspunkt 12: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Bestandsstreckenausbau statt S-Bahn-Verschwenk Fürth (Drucksache 17/3198)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge			X	Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva	X		
Bauer Volker		X		Güll Martin			X
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra	X		
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann			X	Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans			X
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian			X	Herrmann Joachim			
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra			
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes		X	
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard		X		Huber Erwin			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel		X	
Eisenreich Georg		X		Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen				Dr. Hünnerkopf Otto			
Fehlner Martina			X	Huml Melanie		X	
Felbinger Günther	X			Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus			X	Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette			X
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	Knoblauch Günther			X
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			X
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	33	89	37

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.02.2015 zur Eingabe betreffend "Ablehnung der geplanten 3. Start- und Landebahn am Flughafen im Erdinger Moos" (WI.0523.16)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse	X			Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten		X	
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas			
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann		X		Hanisch Joachim		X	
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig			
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut	X			Dr. Herz Leopold			
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes	X		
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto			
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus		X		Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette		X	
Füracker Albert				Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	88	71	1